



universität
wien

Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

„Das Ende des Ersten Weltkrieges 1918“

Eine qualitative Inhaltsanalyse über das Ende des Ersten Weltkrieges, untersucht anhand österreichischer Tageszeitungen von 21. Oktober 1918 bis 14. November 1918.

Verfasserin

Carmen Hiertz, Bakk. phil. BA

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

„Der Weltkrieg war die chemische Substanz, in der das Kaisertum Oesterreich aufgelöst wurde. Wer hätte wohl beim ersten Kanonenschuß, der im Juli 1914 an der serbischen Grenze fiel, gedacht, daß er ein Salutschuß am sich öffnenden Grabe Oesterreichs sei?“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

Hinweis

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Magisterarbeit nicht gegendert. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Inhalt

1. Einleitung	5
1.1. <i>Vom Forschungsstand zum Erkenntnisinteresse</i>	6
1.2. <i>Forschungsfragen.....</i>	7
2. Definition der Grundbegriffe	10
2.1. <i>Die Tageszeitung</i>	10
2.1.1 Die Zeitung als Quelle	11
2.2. <i>„Österreich“</i>	14
3. Die Habsburgermonarchie: Ausgangssituation vor dem Ersten Weltkrieg	15
3.1. <i>Die Habsburgermonarchie – Innenpolitik.....</i>	15
3.2. <i>Die Habsburgermonarchie – Außenpolitik</i>	17
3.3. <i>Die Habsburgermonarchie – Wirtschaft.....</i>	20
4. Der Erste Weltkrieg 1914/1918.....	22
4.1. <i>Auslöser und Beginn.....</i>	22
4.2. <i>Das Ende des Krieges.....</i>	24
4.2.1. Wilson's 14 Punkte	25
4.2.2. Das Kaisermanifest	27
4.2.3. Neue Nationalstaaten auf dem Boden der Monarchie	29
4.2.4. Kriegswirtschaft.....	31
4.3. <i>Die Erste Republik Österreich – Ein Anfang.....</i>	32
4.3.1. Die Anschlussidee.....	35
4.3.2. Wirtschaftliche Probleme zum Start	36
5. Zeitungshistorischer Kontext	38
5.1. <i>Anfänge der Zeitung.....</i>	38
5.2. <i>Die Ausbildung der modernen Zeitungslandschaft</i>	39
5.3. <i>Die Presselandschaft in Österreich-Ungarn ab 1900.....</i>	40
5.3.1. Nachrichtenagenturen in Österreich-Ungarn.....	43
5.3.2. Parteipresse, Lokalzeitung, Ausdifferenzierung der Presse	44
5.3.3. Finanzierung der Presse	46
5.3.4. Amtliche Pressestellen in der Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg	47
5.4. <i>Die Presse in Österreich-Ungarn zur Zeit des Ersten Weltkrieges</i>	48
5.4.1. Pressekontrolle im Ersten Weltkrieg.....	49
5.4.2. Propaganda im Ersten Weltkrieg.....	52
5.5. <i>Die Presse in Österreich-Ungarn am Ende des Krieges 1918 und zu Beginn der Ersten Republik Österreich.....</i>	53
5.5.1. Pressestellen in Deutschösterreich	54
6. Untersuchungszeitraum und Untersuchungsmaterial	55

7. Methode	57
8. Darstellung der Forschungsergebnisse Analysezeitraum 1	59
8.1. <i>Ansichten und Verhältnis zu US-Präsident Woodrow Wilson und der Entente</i>	<i>59</i>
8.2. <i>Das Deutsche Reich und Wilson</i>	<i>64</i>
8.3. <i>Die Nationalstaaten</i>	<i>67</i>
8.4. <i>Deutschösterreich.....</i>	<i>70</i>
8.5. <i>Kaiser und Monarchie</i>	<i>79</i>
8.6. <i>Ansichten zur Staatsform</i>	<i>82</i>
8.7. <i>Front und Militär</i>	<i>85</i>
8.8. <i>Chaos und schlechte Organisation</i>	<i>89</i>
8.9. <i>Lebensmittelsituation.....</i>	<i>92</i>
8.10. <i>Medien und Journalisten</i>	<i>96</i>
8.11. <i>Regionale politische Aktivitäten.....</i>	<i>99</i>
9. Darstellung der Forschungsergebnisse Analysezeitraum 2	102
9.1. <i>Deutschösterreich wird eine Republik</i>	<i>102</i>
9.2. <i>Anschluss?</i>	<i>107</i>
9.3. <i>Der Waffenstillstand</i>	<i>109</i>
9.4. <i>Die Niederlage - Der Krieg ist verloren</i>	<i>111</i>
9.5. <i>Dolchstoßlegende.....</i>	<i>114</i>
9.6. <i>Neue Gebietsverteilung und Grenzkämpfe</i>	<i>116</i>
9.7. <i>Der Kaiser und die Monarchie</i>	<i>118</i>
9.8. <i>Aufruf zum Zusammenhalt.....</i>	<i>122</i>
9.9. <i>Ordnung und Chaos.....</i>	<i>123</i>
9.10. <i>Vorbereitungen und Probleme der Nachkriegszeit</i>	<i>128</i>
9.11. <i>Regionale Spezifika</i>	<i>132</i>
9.12. <i>Medien und Journalisten</i>	<i>133</i>
10. Beantwortung der Forschungsfragen	140
11. Forschungsausblick	148
12. Literaturverzeichnis.....	150
13. Quellenverzeichnis	154
14. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	154
15. Anhang.....	155

1. Einleitung

In der heutigen Gesellschaft hat sich gezeigt, dass Kriege, Aufstände, Revolten und Revolutionen nicht nur Akte der Gewalt und politische Umwürfe sind, sondern auch Kommunikationsereignisse. So hat sich auch im sogenannten „Arabischen Frühling“¹ erwiesen, dass Nachrichten und Informationen, die über die verschiedensten modernen Kommunikationskanäle, wie Facebook oder Twitter, verbreitet werden, einen großen Einfluss auf die Menschen im Krisengebiet selbst und rund um die Welt haben können. Besonders für die Menschen, die nicht direkt betroffen sind, wie im Kriegsfall die Familie der Soldaten zuhause, sind die Nachrichten aus den Medien der einzige Zugang zu diesen Geschehnissen und die einzige Informationsquelle, die das Wissen dazu prägt und formt. Doch nicht nur die modernen digitalen Medien des 21. Jahrhunderts können einen derart wichtigen Platz in der Kommunikation über Kriege einnehmen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahmen die Zeitungen diese Aufgabe. Siegfried Quandt schreibt dazu in seinem Werk über den Ersten Weltkrieg als Kommunikationsereignis, dass „[...] Krieg eine Zeit der Intensivierung, Ausdehnung, aber auch Steuerung von Kommunikation ist. Die militärischen und zivilen, privaten und öffentlichen Bedürfnisse nach aktueller Information und eingehender Kommunikation steigen. Massenmedien gewinnen an Bedeutung.“ (Quandt, 1993, 5) Außerdem stellt er fest, dass im Kriegsfall auch immer ein besonderes Interesse von Seiten des Militär und der Politik besteht diese Kommunikation zu kontrollieren und durch Zensur und Propaganda zu steuern. Mit dem Ersten Weltkrieg hat sich in der Vergangenheit vor allem die Geschichtswissenschaft beschäftigt, doch unter den oben genannten Voraussetzungen wird auch eine kommunikationswissenschaftliche Betrachtung der damaligen Ereignisse relevant.

2014 ist ein Jubiläumsjahr – 100 Jahre sind seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vergangen. Jubiläen bedeuten auch für die Forschung ein erhöhtes Interesse und man möchte die gestiegene Aufmerksamkeit für ein Thema benutzen, um viele zu erreichen.

¹ Der sogenannte Arabische Frühling gilt als historische Zäsur. Gemeint ist eine Reihe von Protesten und Rebellionen in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens gegen die autokratischen Herrschaftssysteme. Seinen Ausgang nahm er im September 2010 in Tunesien und ergriff im Verlauf unter anderem Ägypten, Libyen, Syrien, Marokko etc. (vgl. Asseburg, dpd.de, 2011)

Zu diesem Kanon der neuen Forschungsarbeiten zum Ersten Weltkrieg wird auch diese Arbeit beitragen und dieses nun wieder aktuelle Thema aufgreifen.

Es wurden in den vergangenen Jahren bereits einige Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet publiziert, aber bisher beschäftigte sich die Forschung über die Kommunikationsprozesse zur Zeit des Ersten Weltkrieges eher vermehrt mit der Phase des Ausbruchs und den darauf folgenden Kriegsjahren. Der Fokus des Erkenntnisinteresses lag dabei eher im heutigen Deutschland als in Österreich bzw. der Habsburgermonarchie. Diese Arbeit soll sich daher auf neues Gebiet wagen und sich mit dem Ende des Krieges, dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der darauf folgenden Ausrufung der 1. Republik Österreich, sowie die Verarbeitung dieser Ereignisse in den Zeitungen der Zeit befassen.

1.1. Vom Forschungsstand zum Erkenntnisinteresse

Mit dem Ersten Weltkrieg, den Gründen des Ausbruchs und den Kriegsergebnissen beschäftigen sich zahlreiche Autoren. Fachliteratur dazu findet man vor allem auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft. Nur selten stellen hier aber Zeitungen das Analysematerial für eine Forschung dar. Finden sich doch auch Zeitungen unter den Quellen, dann werden diese meist nur sehr oberflächlich behandelt und es findet keine tiefer gehende Analyse des Materials statt.

Diese Etappe in der österreichischen Geschichte wurde zwar häufig in der Forschung thematisiert, aber die Untersuchung der Zeitungen in diesem Zeitraum weist noch große Lücken auf, was etwa am Umfang des Materials oder an der zu geringen Beachtung der Zeitung als Quelle liegen kann. Im Bereich der Kommunikationswissenschaft finden sich einige Werke aus diesem Forschungsgebiet. Diese beschäftigen sich aber vor allem mit dem Ausbruch und Beginn des Krieges. Diese Forschung stammt zudem zum Großteil aus Deutschland und zieht die dortigen Zeitungen als Quellenmaterial heran, wie etwa Bernhard Rosenberger (1998) mit seinem Werk „Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges“. Es mangelt also an einer Erforschung der österreichischen Zeitungslandschaft und dazu ebenfalls eine genauere Auseinandersetzung mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Daher ist die Fragestellung, mit der sich diese Arbeit beschäftigen will, eine Neuheit in der österreichischen

Forschung, welche dazu beitragen soll, die damaligen Geschehnisse am Ende des Krieges und die Entstehung der 1. Republik Österreich in einen neuen Kontext zu stellen und das Wissen darüber zu erweitern.

Sieht man sich die Forschung über diese Zeit an, so findet man vor allem politische oder militärische Darstellungen der damaligen Geschehnisse. Die Erforschung der in den Medien vertretenen Meinungen gerät dabei stark ins Hintertreffen, obwohl sie einen wichtigen Beitrag zur Kultur- und Mediengeschichte Österreichs liefern können. Durch Zeitungen kann ein breites Spektrum an Ideen und Ansichten einer Zeit gezeigt werden und man kann so versuchen, die bisherige Geschichtsschreibung ein Stück mehr zu erhellen und erweitern.

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Forschungsarbeit besteht darin, zu erfahren, wie in den Zeitungen über diese Phase der österreichischen Geschichte berichtet wird und welche Schlüsse man daraus ziehen kann. Wie wird diese Umbruchphase medial vermittelt? Welche Einstellungen und Stimmungen in der Bevölkerung lassen sich dabei herauslesen? Hierbei stellt vor allem der regionale Vergleich durch die Analyse der Darstellungen von Zeitungen unterschiedlicher österreichischer Gebiete einen wichtigen Punkt dar. Gibt es Unterschiede in der Berichterstattung oder findet sich ein gemeinsamer Tenor? In welcher Art und Weise wird mit dem Ende des Krieges umgegangen und wie fällt die Reaktion der Zeitungslandschaft auf die neue Republik Österreich und den damit einhergehenden Zerfall der Habsburgermonarchie aus? Die im Folgenden erörterten Forschungsfragen sollen vor einem geschichtlichen Hintergrund und mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht und die Ergebnisse der einzelnen Zeitungen miteinander verglichen werden.

1.2. Forschungsfragen

Die historische Medienforschung beschränkt sich bei Analysen häufig auf Propaganda und vernachlässigt dabei oft soziale Aspekte und verschiedene veröffentlichte Meinungen. In Tageszeitungen finden sich Hinweise und Spuren über das soziale, politische, ökonomische und kulturelle Leben von Menschen einer Zeit und der Gesellschaft, in der sie lebten. Man bekommt einen Einblick in die jeweilige Kultur und die Ansichten verschiedener Orte, Gesellschaftsschichten und Parteien. In Zeitungen publizierte Texte

stehen nicht in einem Vakuum, sondern sind eingebettet in ein Gefüge von Faktoren, wie Geographie, Politik, sozialer Status der Leserschaft und vielem mehr.

Österreich besaß im Jahr 1918 eine plurale Presselandschaft mit zahlreichen Zeitungen in der Hauptstadt Wien und vielen kleineren Regionalmedien. Es gibt daher eine große Auswahl an Analysematerial zur Erforschung der Darstellung der damaligen Ereignisse in Tageszeitungen. Es soll neben der Betrachtung der großen überregionalen Zeitungen ebenfalls der Blick auf die kleinen Lokalblätter gerichtet werden. Außerdem soll analysiert werden, wie die Zeitungen selbst mit ihrem publizistischen Handeln im Krieg umgegangen sind. Finden sich Spuren einer Art Selbstreflexion der Zeitungen? Wie sehen sie selbst ihre Rolle als Vermittler im Krieg und als Träger von Informationen in einer Zeit, in der diese Aufgabe so wichtig wird? Es geht um eine Aufarbeitung der Berichterstattung - welche Themen werden aufgenommen, was wird vielleicht verschwiegen, wie werden die Ereignisse behandelt und geschildert?

Auf diesen Überlegungen aufbauend ergeben sich folgende Kernfragen dieser Forschungsarbeit:

- a. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit dem Ende des Krieges 1918 umgegangen? Wie behandelt man den verlorenen Krieg; wollte man endlich Frieden oder sah man sich vorrangig als Kriegsverlierer?
- b. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der Absetzung des Kaisers umgegangen? Denkt man an einen positiven Neubeginn oder wird das Ende einer Ära geschildert?
- c. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit der Ausrufung der 1. Republik Österreich am 12. November 1918 umgegangen? Wird vom kleinen Staat gesprochen, der alleine nicht existieren kann oder sieht man in der Demokratie eine Chance?

Darauf bezugnehmend sollen weitere Fragen beantwortet werden, die auf den regionalen Kontext sowie die redaktionelle Ausrichtung der Zeitungsberichterstattung eingehen sollen:

- d. Welche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten finden sich im Vergleich der Berichterstattung von Zeitungen aus Wien und Regionalzeitungen?
- e. Gibt es Selbstreflexionen der Zeitungen über das eigenen Verhalten im Krieg? Wie wird mit dem eigenem Handeln und der Rolle der Zeitungen im Krieg umgegangen?

2. Definition der Grundbegriffe

Im Alltag werden viele Begriffe verwendet, ohne sich der expliziten Bedeutung im jeweiligen Kontext im Klaren zu sein. Im wissenschaftlichen Milieu ist es jedoch essentiell Begriffe immer wieder für den jeweiligen Verwendungszweck zu definieren. Besonders am Beginn einer Arbeit ist es wichtig die Grundbegriffe, welche in der Folge immer wieder verwendet werden, zu erläutern. In diesem Teil wird daher vorab auf einige Grundbegriffe näher eingegangen, um Missverständnisse vorzubeugen und Klarheit zu schaffen.

2.1. Die Tageszeitung

Da Zeitungen und im speziellen Tageszeitungen das Quellen- und Analysematerial dieser Arbeit darstellen, ist es in der Folge wichtig, sich näher mit diesem Begriff zu beschäftigen.

Was macht eine Zeitung aus und was sind spezielle Charakteristika der Tageszeitung?

Betrachtet man die Sprachgeschichte des Wortes Zeitung, so liegt der Ursprung im angelsächsischen „getidan“, was so viel bedeutet, wie „sich zutragen“, „sich ereignen“. Daraus ergab sich das niederdeutsche „tieding“ und spätmittelhochdeutsch lautete der Begriff „ziding“, was der Zeitung schon recht nahe kommt. Im Ursprung kann man Zeitung mit dem Wort „Nachricht“ übersetzen. (vgl. Faulstich, 1994, 362).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um Zeitungen zu definieren und dem Begriff einen theoretischen Rahmen zu geben. Die Zeitung kann durch vier Merkmale charakterisiert werden: Publizität, Aktualität, Periodizität und Universalität. Publizität bedeutet, dass prinzipiell alle Personen Zugang zum Erwerb haben und niemand ausgeschlossen wird. Der Begriff der Aktualität beinhaltet eine möglichst große zeitliche Nähe der Berichterstattung zum berichteten Ereignis. Es kann aber auch Vergangenes wieder aktuell werden, wenn es für die Gegenwart Relevanz hat. Periodizität steht für ein regelmäßiges Erscheinen in bestimmten zeitlichen Abständen und Universalität beinhaltet den Anspruch von Zeitungen, dass keine Themen ausgeschlossen werden und theoretisch alles behandelt werden soll. Aufgrund dieser Merkmale können verschiedene Arten von Zeitungen definiert werden. Betrachtet man etwa den Aspekt der Periodizität, so kann

man Tageszeitungen von Wochenzeitungen unterscheiden. Ein weiteres Beispiel wäre, dass sich trotz Anspruch auf Universalität auch spezialisierte Typen entwickelt haben, wie die Wirtschaftszeitung. Eine andere Art, um Zeitungen zu beschreiben, ist die Definition nach ihrer doppelten Natur. So sind sie einerseits Informationsträger mit kulturellen und politischen Funktionen und andererseits Werbeträger mit wirtschaftlichen Zielen. Daher müssen die Interessen von Lesern, sowie von Inserenten beachtet werden. Trotzdem ist eine strikte Trennung beider Richtungen vorzunehmen. Die Vermischung von Werbung und redaktionellen Beiträgen bildet aber immer wieder eines der Hauptprobleme von Zeitungen. Vom Anzeigenteil getrennt, weist die Zeitung verschiedene Darstellungsformen auf, wie Nachricht, Reportage, Interview und Kommentar, Glosse oder Kritik. Außerdem finden sich unterhaltende Formen, wie die Kurzgeschichte, Witze oder Comics (vgl. Faulstich, 1994, 362f und Dussel, 2011, 1f).

Eine Tageszeitung hat den Anspruch zumindest werktäglich zu erscheinen. Dussel stellt aber fest, dass diese Definition viele Zeitungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausschließen würde, da es immer wieder Perioden gab, in denen nur ein beschränktes Erscheinen möglich war. Gründe dafür waren etwa die großen Weltkriege oder Wirtschaftskrisen. Daher gibt es besonders im Forschungszeitraum dieser Arbeit immer wieder Grauzonen, in denen gewisse Zeitungen nicht explizit das Kriterium einer Tageszeitung erfüllen können, weil sie nicht jeden Tag erschienen sind. In der Folge wird daher der Begriff der „Tageszeitung“ mit „Zeitung“ gleichgesetzt, was auch im allgemeinen Sprachgebrauch der Fall ist.

2.1.1 Die Zeitung als Quelle

In dieser Arbeit, die als Forschungsbeitrag zur Medien- und Kommunikationsgeschichte dient, werden Zeitungen als Quellen und Analysematerial verwendet. Zeitungen unterscheiden sich sehr von anderen Primärquellen der Forschung. Sie erheben zwar den Anspruch auf objektive Berichterstattung, sind aber oft sehr weit von einer Annäherung dieses unmöglichen Anspruches entfernt. Gerade durch die Art in der Zeitungen die Nachrichten organisieren und präsentieren, gewisse Informationen aber auch auslassen, können sie gewissen Nachrichten mehr Gewicht verleihen, wohingegen andere vielleicht

gar nicht vorkommen. Zeitungen befinden sich mit der Gesellschaft in einer Wechselwirkung, bilden diese ab, beeinflussen und werden beeinflusst. Sie müssen auch eine Linie verfolgen, die den Interessen ihrer Besitzer oder des Lagers, das sie repräsentieren, entspricht. Geschehnisse werden nicht einfach neutral berichtet, sondern deren Darstellung ist in ein Gefüge von verschiedenen Machtstrukturen gebettet (vgl. Kislinger, 2011, 80). Zeitungen als wissenschaftliche Quelle sind also immer mit Vorsicht und sorgfältiger Recherche zu verwenden. In der Analyse sollte der Stellenwert der einzelnen Zeitung, die Höhe der Auflage, das Umfeld der Leserschicht und die ideologischen Intentionen der beteiligten Journalisten beachtet werden. Außerdem muss die jeweilige rechtliche Situation der Presse, sowie die Zensurregeln einbezogen werden (vgl. Klein, uni-konstanz.de).

Zeitungen sind auf verschiedene Art und Weise für die Forschung zugänglich. In Österreich hat die Nationalbibliothek die Sammlung und Aufbewahrung von Zeitungen übernommen. Dabei nutzt man das Gesetz der Pflichtablieferung von Druckwerken. Bereits im 16. Jahrhundert wurden Regelungen über das kostenlose Abliefern von Exemplaren, den sogenannten Privileg- und Zensurexemplaren, im Habsburgerreich erlassen. Im Jahr 1569 wurde eine kaiserliche Institution geschaffen, die neben der Ausübung der politischen und religiösen Zensur auch für die Überwachung der Ablieferung der Pflichtexemplare an die kaiserliche Kanzlei zuständig war. 1808 wurde die Pflichtabgabe auf die gesamte Monarchie ausgeweitet und die k. k. Hofbibliothek erfuhr damit einen bedeutenden Zuwachs (vgl. Pflichtexemplare, onb.at 2013).

„Der entscheidende Schritt zur Schaffung einer soliden gesetzlichen Basis geschah aber erst durch das Pressegesetz aus dem Jahre 1922. Mit dem Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz), wurde die Anbieters- und Ablieferungspflicht schließlich neu geregelt. Die Österreichische Nationalbibliothek erhält entsprechend dieser gesetzlichen Regelung als einzige Bibliothek des Landes Pflichtexemplare von allen in Österreich erschienen oder verlegten Druckwerken.“ (Pflichtexemplare, onb.at 2013)

Die Zeitungen werden ungebunden und nicht geheftet geliefert und müssen von der Bibliothek eigens gebunden werden. Viele Zeitungen von heute und auch aus der Vergangenheit weisen verschiedene Formate auf, wodurch die Lagerung erschwert wird. Durch die Großformate kann häufig nicht einfach kopiert werden, da dies das Papier und

die Bindung viel zu stark belasten würde. Dafür bedarf es teurer technischer Geräte, die z.B. einen Scan herstellen. Um die Langzeitaufbewahrung zu sichern, ist in den 50er Jahren die Mikrofilmtechnik eingeführt worden. Der Mikrofilm erlaubt es im Allgemeinen die Papierexemplare auf den Lesesaal zu beschränken, die nach Eintreffen des Mikrofilms zerstört werden (vgl. Bohrmann, uni-muenster.de, 2001).

Für einen besseren Zugang gibt es verschiedene Digitalisierungsprojekte, die sich der Digitalisierung von Zeitungen verschrieben haben und diese gratis im Internet zugänglich machen. In Österreich wird dies seit über zehn Jahren von der Nationalbibliothek mit dem Projekt ANNO realisiert. ANNO ist der virtuelle Zeitungslesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek, wo man online in historischen österreichischen Zeitungen und Zeitschriften lesen kann. Mit der Digitalisierung wird die Zugänglichkeit für eine breitere Bevölkerungsschicht verbessert und die Forschung soll erleichtert werden. Ortsunabhängig kann weltweit jederzeit und kostenlos auf die Plattform zugegriffen werden. Jedoch kaum eine Bibliothek besitzt einen lückenlosen Bestand mit allen Erscheinungstagen. Daher bietet sich erstmals die Möglichkeit einer echten Gesamtaufstellung, denn fehlende Ausgaben einer Zeitung können durch das Nachscannen aus dem Exemplar einer anderen Bibliothek ergänzt werden. Die Österreichische Nationalbibliothek arbeitet dazu auch mit zahlreichen Kooperationspartnern aus dem In- und Ausland zusammen, um eine möglichst vollständige und umfangreiche Digitalisierung durchführen zu können. Die Zeitungsoriginale werden nach dem Scan restauriert, konserviert und aufgehoben (vgl. anno.onb.ac.at, 2013).

Die für diese Arbeit relevanten Zeitungen wurden zum Großteil von dieser Plattform heruntergeladen und sind damit für jeden zugänglich. Zusätzlich wurde auf die Archive der Nationalbibliothek zurückgegriffen.

2.2. „Österreich“

Die Bedeutung der Ortsangabe „Österreich“ hat sich im Laufe der Zeit häufig gewandelt und kann in den verschiedenen Epochen der österreichischen Geschichte eine andere Verwendung haben und etwas anderes meinen. Daher soll kurz auf die Unterschiede im Gebrauch dieses Wortes eingegangen werden und was auf den Forschungszeitraum angewendet werden kann.

Wenn man das heutige Österreich betrachtet, so gibt es klar umrissene Staatsgrenzen, doch nicht immer war klar, welches Gebiet nun Österreich genannt werden kann. So kann man etwa in der Neuzeit die Geschichte von Österreich auch mit der Geschichte des Habsburgerreiches und mit dessen Grenzen gleichsetzen. In dieser Zeit wäre es nicht sinnvoll nur die Geschehnisse auf dem heutigen Gebiet von Österreich zu betrachten, da das Machtwirken der Habsburger deutlich diese Phase prägte. So werden in die Betrachtung einer „österreichischen Geschichte“ auch slawische, romanische und ungarische Territorien einbezogen (vgl. Vocolka, 2009, 9f).

Durch den Ausgleich mit Ungarn von 1867 wurde das Habsburgerreich zu einer Doppelmonarchie, deren beide Teile nur durch die gemeinsame Dynastie, gemeinsame Finanz- und Heeresangelegenheiten und eine einheitliche Außenpolitik verbunden waren. Das Reich teilte sich also in zwei Hälften auf, man sprach von der zisleithanischen Reichshälfte (diesseits der Leitha) und der transleithanischen Reichshälfte (jenseits der Leitha). Zu ersterem gehörte Niederösterreich mit Wien, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Gradiska, Istrien, Dalmatien, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und die Bukowina. Zum anderen Teil, also zu Transleithanien, zählte Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien. Diese Teilung und Strukturierung blieb auch bis zum Ende der Monarchie 1918 aufrecht (vgl. Kuprian, 1997, 10).

Wenn in dieser Arbeit nun von Österreich oder Deutschösterreich gesprochen wird, so wird dieser Begriff für die zisleithanische Reichshälfte verwendet, besonders für den deutschsprachigen Teil der Monarchie und es ist vor allem die heutige Region der Republik Österreich gemeint. Daneben werden für das gesamte Reich die Bezeichnungen Österreich-Ungarn, Habsburgermonarchie oder nur Monarchie verwendet.

3. Die Habsburgermonarchie: Ausgangssituation vor dem Ersten Weltkrieg

Die Geschichte Österreichs ist geprägt von zahlreichen Umbrüchen. Besonders in der Phase von 1914 bis 1918 kam es zu entscheidenden Änderungen, die den Staat Österreich noch bis heute prägen. Daneben lassen sich aber auch viele Kontinuitäten feststellen, die man von der Monarchie bis in das heutige Österreich verfolgen kann. Diese reichen von der Mentalitätsgeschichte bis hin zu Behörden und Ämtern. Um die Geschehnisse am Ende des Krieges und das Scheitern der Monarchie mit allen seinen Auswirkungen verstehen zu können, soll nun ein kurzer Abriss der Ereignisse vor dem Krieg folgen.

3.1. Die Habsburgermonarchie – Innenpolitik

Blickt man auf die Zeit der Jahrhundertwende, so gab es in Österreich zahlreiche gesellschaftspolitische Veränderungen. Als erstes ist hier eine anhaltende Bevölkerungszunahme seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu nennen, die eine Erweiterung in der Verwaltung und Bildung notwendig machte. Der demographische Aufschwung forderte eine Ausweitung von verschiedenen Institutionen und eine Integration dieser Strömungen in die Politik. Die Industrialisierung und die technischen Neuheiten in der Wirtschaft sorgten ebenfalls für einen Wandel in der österreichischen Gesellschaft. Es entwickelte sich in dieser Phase auch die Schicht der Arbeiterschaft und des Bürgertums, welches sich vor allem in den Großstädten, wie Wien, ausbildete. Beide Gruppen organisierten sich in der Folge mehr und mehr und erhoben Anspruch auf Mitspracherecht, was sich in einer absolutistischen Monarchie als schwieriges Unterfangen darstellte (vgl. Kuprian, 1997, 13). Trotz einer Verfassung und zahlreichen Versuchen einer Demokratisierung blieb die Monarchie bis zuletzt ein Obrigkeitsstaat, da die Verfassung jederzeit vom Kaiser wieder abgeschafft werden konnte. Das Reich war außerdem geprägt von einer ethnischen und sprachlichen Vielfalt, die sich nicht an Landesgrenzen hielt. Zur Bedrohung wurde diese Pluralität aber erst, als sich das Gedankengut des Nationalismus auf vielen Seiten durchsetzte. Das multinationale Habsburgerreich sah sich schon lange mit Nationalitätskonflikten konfrontiert und die

anderen fühlten sich von der deutschen Dominanz unterdrückt. Es kam zu einer Entfremdung von Staat und Gesellschaft (vgl. Kuprian, 1997, 14f).

Die Innenpolitik dieser Zeit war stark geprägt von den Forderungen der verschiedenen Volksgruppen nach mehr Rechten und blieb bis zum Zerfall des Reiches 1918 ein Hauptthema. Ein Versuch diesen Forderungen gerecht zu werden war der Ausgleich von 1867, mit dem ein dualistisches System, basierend auf einer Doppelmonarchie von Österreich-Ungarn, geschaffen wurde. Dies war ein erster Schritt zur staatlichen Neustrukturierung, aber die Probleme des multinationalen Habsburgerreiches wurden damit nicht gelöst, da durch die Gleichstellung von Ungarn die anderen Volksgruppen weiter benachteiligt wurden. Der Kaiser hatte bis zum Ende der Monarchie erhebliches Gewicht in allen Entscheidungen. Er konnte die Regierung jederzeit absetzen. Die ebenfalls vom Kaiser ernannte Regierung musste sich auch nicht vor dem Reichsrat verantworten und benötigte keine Parlamentsmehrheit. Maßgeblich dafür war der Notverordnungsparagraph (§ 14), der es der Regierung ermöglichte auch ohne Zustimmung des Reichsrates zu handeln (vgl. Kislinger, 2011, 9ff).

Ende des 19. Jahrhunderts kam es, neben einer langsamen Ausweitung des Wahlrechts, zu einer vermehrten Bildung von Vereinen und parlamentarischen Klubs. Diese konzentrierten sich mehr auf die Durchsetzung einzelner Ziele, als dass sie eine spezifische Ideologie wie die Parteien verfolgten. Diese etablierten sich in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts durch ihre Auseinandersetzungen mit den Eliten des Landes. Entlang verschiedener Konfliktlinien bildeten sich schließlich die drei klassischen Lager - das sozialistische, das christlichsoziale und das liberal-deutschnationale Lager. Ersteres entstand aus der Arbeiterbewegung, die sich gegen die herrschende Elite wandte. Die Mitglieder dieses Lagers waren sehr heterogen und fanden Einigung in den gemeinsamen Zielen von Freiheit und Demokratie für den Sozialismus. Die christlichsoziale Partei bildete sich ebenfalls aus der Opposition zum Liberalismus und vertrat eine klerikale Position und orientierte sich an Gewerbe und Industrie. Das deutschnationale Lager wiederum setzte sich aus der Gruppe der „Alldeutschen“ im Reichsrat zusammen. Diese Gruppierung war zwar aus dem Liberalismus entstanden, aber mit steigendem Antisemitismus kam es zur Abspaltung von diesen Wurzeln. Die Parteien versuchten in allen Lebenslagen in die Bevölkerung einzugreifen, was zu einer starken Polarisierung der verschiedenen Ideen führte. Es wurden eigene Parteizeitungen

gegründet und der jeweils andere als Feind stilisiert. Dieses Vorgehen blieb auch in der Ersten Republik erhalten (vgl. Kislinger, 2011, 13ff und Kuprian, 1997, 22f).

Der Nationalismus zeigte sich auf zwei Arten. Die deutschösterreichische Seite wollte den Ist-Zustand erhalten, während sich die anderen Nationalitäten für Gleichberechtigung einsetzten. Diese Konflikte durchdrangen alle Lebensbereiche, von der Kultur, Religion bis zur Politik. Auch die Parteien erkannten dies und nützten den Nationalitätenkampf für ihre eigenen Zwecke. Es vollzog sich eine Zersplitterung der Gesellschaft auf vielen Ebenen, deren Grundkonstante die Nationalität war. Die Identifikation mit dem Habsburgerreich nahm kontinuierlich ab. Bis zum Ersten Weltkrieg kam es im 20. Jahrhundert zu mehreren kurzlebigen Regierungen, die häufig auf das Notverordnungsrecht zurückgriffen um Gesetze durchzubringen. Auch das gleiche Männerwahlrecht vom Jahr 1907 konnte den Nationalitätenkonflikt nicht beseitigen. Im März 1914, wenige Monate vor der Kriegserklärung, kam es aufgrund zahlreicher Differenzen in den Parteien zu einer Regierung mittels des Notverordnungsparagraphen - eine quasi absolutistische Herrschaftsform (vgl. Kislinger, 2011, 15ff).

„Mit Kriegsbeginn wurde das Problem des Nationalismus in der Monarchie noch akuter: einerseits weil durch die Kriegshandlungen der Separatismus verstärkt wurde und durch die Niederlagen der Mittelmächte die Möglichkeiten zur Bildung von Nationalstaaten gestiegen schienen und andererseits die Leistungen der nichtdeutschen Soldaten immer mehr zu wünschen übrig ließen und in den umfangreichen Desertationen der letzten Kriegszeit ihren Höhepunkt fanden.“
(Josef, 1979, 43)

3.2. Die Habsburgermonarchie – Außenpolitik

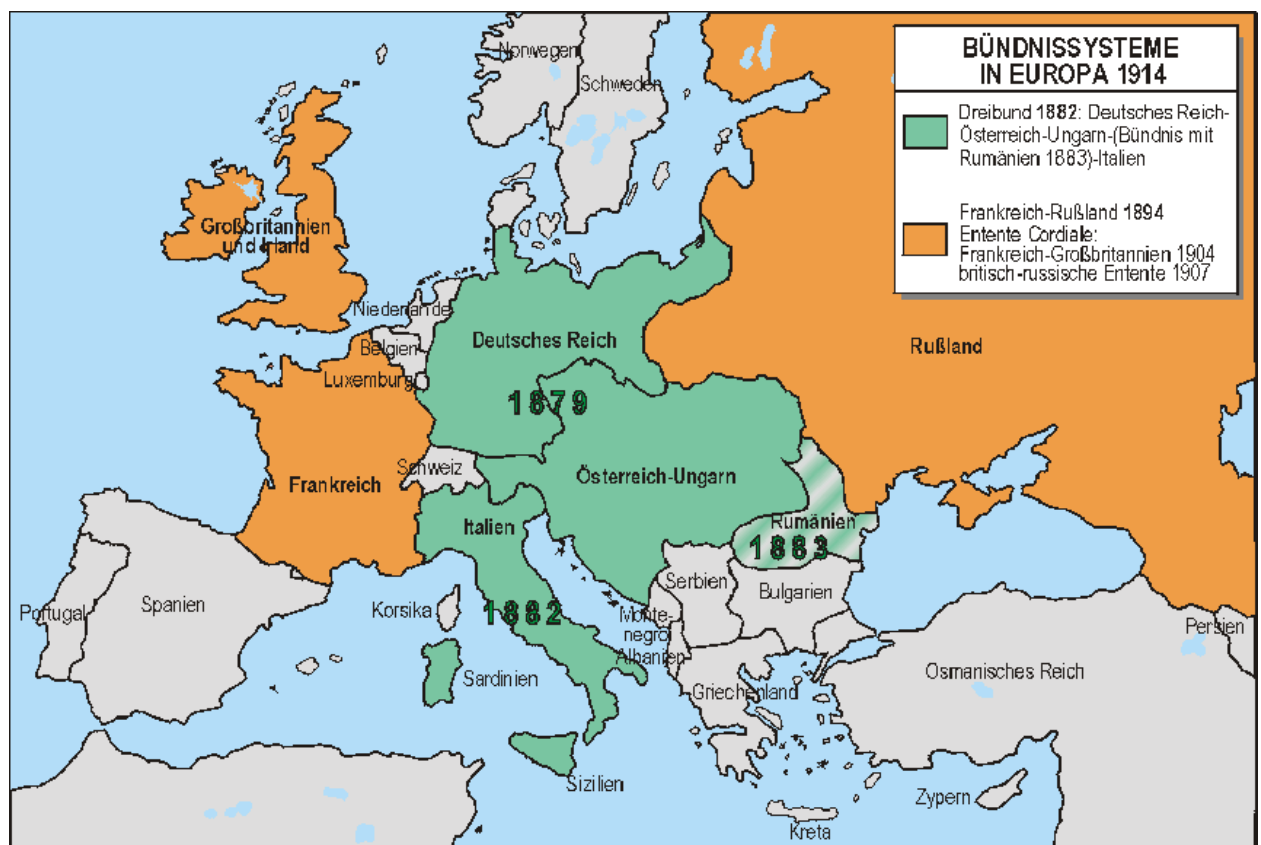
Während die Innenpolitik Österreichs vom Nationalitätenkampf und der damit einhergehenden politischen Lähmung des Parlaments geprägt war, verfolgte die Außenpolitik der Doppelmonarchie vor Kriegsausbruch andere Ziele. Einen wichtigen Bereich in der Außenpolitik der Habsburgermonarchie bildete der Balkan. Er war Teil des Einflussgebietes auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Art und man fürchtete, dass Russland Ansprüche auf dieses Gebiet erheben könnte. Zentral in der Außenpolitik

Österreichs waren jedoch die zahlreichen Bündnisse mit anderen Reichen und Ländern. Das entscheidende Ereignis für die Entstehung von Bündnissen in Europa war der Deutsch-Französische Krieg, nachdem Reichskanzler und Außenminister des Deutschen Reiches Otto von Bismarck versuchte Frankreich zu isolieren und den Erfolg durch ein Bündnissystem abzusichern. Zu diesem Zweck fand 1872 das Dreikaisertreffen zwischen dem deutschen Kaiser Wilhelm I., Kaiser Franz Josef und dem russischen Zar Alexander II. statt, dessen Resultat das Dreikaiserabkommen war. In der Folge kam es zur Aufrüstung Frankreichs (vgl. Vögelke, 2010, 594). Schließlich wurde, ebenfalls auf Bismarcks Bestreben, der Zweibundvertrag am 7. Oktober 1879 zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich abgeschlossen. Dieses Bündnis brachte Österreich in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis, man sah es aber aus Mangel an anderen Möglichkeiten als unabdingbar. Der defensive Bund sah vor sich bei einem eventuellen Angriff von russischer Seite gegenseitig zu helfen und hatte, obwohl zunächst nur befristet festgelegt, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bestand. Des Weiteren wurde festgelegt, dass der Vertragspartner beim Eingreifen einer anderen Macht zumindest neutral bleiben sollte. 1882 wurde mit Italien ein Dreibundvertrag abgeschlossen, der eine Art Ergänzung des Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich darstellte. Trotz einiger Ungereimtheiten mit dem Deutschen Reich, was dessen imperialistische Pläne anging, war das Verhältnis geprägt von einer steigenden gegenseitigen Abhängigkeit beider Reiche. In der folgenden Zeit wurden auch einige andere Verträge, etwa mit Rumänien oder Russland (Rückversicherungsvertrag), geschlossen, jedoch durch Konflikte bald wieder aufgelöst oder nach Ablauf nicht verlängert. Das weitverzweigte Bündnissystem, welches Bismarck geschaffen hatte, zerfiel aber bei dessen Entlassung 1890. Im selben Jahr schloss Deutschland einen Vertrag mit England, in dem koloniale Fragen geklärt werden sollten, jedoch war dieser ebenfalls nicht von langer Dauer. Das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn hatte auch Auswirkungen auf die Entstehung eines zweiten Bündnissystems. Nach dem Auslaufen des Rückversicherungsvertrags näherten sich Russland und Frankreich an und schlossen 1894 einen geheimen Defensivvertrag. Großbritannien, das sich von Deutschland entfernt hatte, schloss zunächst 1902 ein Flottenbündnis mit Japan und näherte sich mit einem Bündnis 1904 auch Frankreich an. Der letzte Schritt in der Formierung des Bündnisses, das in den Ersten Weltkrieg

eintreten sollte, war ein britisch-russisches Bündnis, das eine Einigung über die Einflusszonen in Zentralasien brachte. Mit diesem letzten Baustein war auch das zweite Bündnissystem am Beginn des Ersten Weltkrieges, die Triple Entente, im Vertrag von St. Petersburg 1907 geschlossen (vgl. Kislinger, 2011, 18ff und Vöcelka, 2010, 595ff).

Anhand dieser Karte, herausgegeben vom Bundesministerium für Landesverteidigung, werden die einzelnen Bündnisse zur Zeit des Kriegsausbruches veranschaulicht.

Abbildung 1: Bündnissysteme in Europa 1914



(Quelle: Bundesministerium für Landesverteidigung: Bündnissysteme in Europa 1914, <http://www.bmlv.gv.at>)

3.3. Die Habsburgermonarchie – Wirtschaft

An der Wende zum 20. Jahrhundert kommt es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und einer Konjunkturbelebung. Nicht nur in Wien, auch in den Provinzstädten, wie Wiener Neustadt und Steyr, konnte sich die Industrie gut entwickeln. Begünstigt war diese Entwicklung durch die erhöhten Ausgaben und Anstrengungen in der Aufrüstung. Auch die Massen bekamen diesen Aufschwung zu spüren, der allgemeine Zuckerkonsum stieg und man konnte sich neue Luxusgüter, wie etwa ein Fahrrad, leisten. In dieser Zeit erlebten auch die Warenhäuser ihre erste Blüte. 1892 ging man auch in der Monarchie zur Goldwährung über, was den internationalen Zahlungsverkehr sicherte. Es bildeten sich Verbände, Interessensvertretungen, Kammern und Gewerkschaften auf der privatwirtschaftlichen Seite. Ebenso nahmen die staatlichen Regulierungen und Eingriffe in die Wirtschaft zu. Eine enge Verflechtung von Banken, Unternehmen und Staat entstand und die Schicht der Manager bildete sich heraus. Es war eine Zeit in der sich auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zunehmend organisierten (vgl. Sandgruber, 1995, 292f).

Auch die Banken gewannen an Macht und engagierten sich intensiv in der Industrie. Um gegen die Kartellierung anzukämpfen, wurde 1914 die österreichische Kontrollbank gegründet. In diesem Jahr verfügten auch die acht größten Banken über ca. 2/3 des gesamten Kapitals aller Finanzinstitutionen Zisleithaniens. Prag hingegen war die Finanzhauptstadt aller Slawen im Reich. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte fast jede Branche einen eigenen Verband, sei es nun regional oder überregional. 1914 wurden 850 Interessensvertretungen aus Industrie, Handel und Gewerbe gezählt. Auch die Landwirtschaft fand in den Bauernvereinen und Bauernbünden eine neue Organisation (vgl. Sandgruber, 1995, 287f und 300). „Die zunehmende paritätische Partizipation in diversen Gremien, vom Arbeitsstatistischen Amt samt Arbeitsbeirat bis zu den Gewerberichtern, ließ aus «Klassenkampfgegner» zunächst Verhandlungspartner, dann Vertragspartner, Arbeitsmarktpartner und schließlich [...] Sozialpartner werden.“ (Sandgruber, 1995, 301)

Obwohl sich die Monarchie rein wirtschaftlich gesehen bis 1914 im Aufschwung befand, befand sie sich doch im Vergleich zu Westeuropa in einer noch schlechteren Lage als ein Jahrhundert davor. Die Industrialisierung schritt relativ langsam voran und vollzog sich

auch nur in einzelnen Regionen. Viele Teile der Monarchie hinkten hinterher und die Gegensätze zwischen den Nationalitäten wurden auch auf wirtschaftlicher Seite immer größer. So kam es, dass sich die wirtschaftlich schwachen Nationalitäten im Reich eher sozial benachteiligt fühlten und die starken Nationen politisch hintergangen und degradiert. Österreich-Ungarn war und blieb ein Agrarstaat. Wien war hingegen eine Industriestadt mit weiterhin aristokratischen Strukturen und einem schwachen Bürgertum (vgl. Sandgruber, 1995, 310ff).

4. Der Erste Weltkrieg 1914/1918

Nach einer kurzen Darstellung der Auslöser des Krieges wird im Anschluss das Jahr 1918 und das Ende des Krieges ausführlicher beleuchtet, da diese Zeit auch den historischen Rahmen für diese Forschungsarbeit bildet. Für die Ereignisse während des Krieges mit all seinen politischen Akteuren und militärischen Initiativen wird aus Platzgründen nicht näher eingegangen. Der Erste Weltkrieg in all seiner Gesamtheit füllt bereits Bände von wissenschaftlichen Abhandlungen aus vielen Disziplinen. Für eine intensivere Beschäftigung mit diesem Gebiet kann das neueste Werk vom österreichischen Historiker Manfred Rauchensteiner, empfohlen werden: „Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie“, erschienen in Wien im Böhlau Verlag.

4.1. Auslöser und Beginn

Seit Jahrzehnten gab es Spannungen auf dem Balkan. Eines der vielen nationalen Probleme war die sogenannte südslawische Frage. Dabei gab es das Großserbische Modell, welches die Vereinigung aller Südslawen beinhaltete und das austroslawische Modell, welches die Annexion Serbiens und die Schaffung eines südslawischen Königreichs unter der Führung der Kroaten innerhalb der Habsburgermonarchie zum Ziel hatte. Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand war ein Anhänger der austroslawischen Lösung. Am 28. Juni 1914, einem Trauertag für die Serben, weil sie im Jahr 1389 im Kampf gegen die Osmanen vernichtend geschlagen worden waren, zog der Erzherzog mit seiner Frau in einer Parade durch Sarajewo. Dort wurde das Thronfolgerpaar von Gavrilo Princip, bosnisch-serbischer Herkunft und Mitglied der revolutionären Schüler und Studentenvereinigung „Junges Bosnien“, erschossen. Die dadurch ausgelöste Julikrise führte dazu, dass Österreich-Ungarn am 23. Juli ein Ultimatum an Serbien stellte, in dem unter anderem eine Beteiligung Serbiens an der Bekämpfung der gegen die Habsburgermonarchie gerichteten Ströme in Serbien gefordert wurde. Die Frist für die Unterzeichnung des Abkommens war so kurz angesetzt, dass es beinahe völlig unrealistisch war, dieses noch rechtzeitig zu unterzeichnen. Österreich-Ungarn erklärte am 28. Juli Serbien den Krieg (vgl. Vöclka, 2010, 599f).

Der Erste Weltkrieg brach in der Folge nicht einfach aus. Schon lange waren zahlreiche Bündnisse der verschiedenen Staaten geschlossen worden, die nun zum Tragen kamen. Der Krieg war schon lange vorbereitet worden. Nun kamen die Mechanismen und Hebel, die in der Vergangenheit installiert worden waren, in Bewegung. Man war der Ansicht, dass die kriegerische Überlegenheit nur derjenige erlangen würde, der als erster seine Mobilmachung abschließen könne. Österreich-Ungarn wollte mit dem Krieg gegen Serbien nicht nur die Ermordung des Thronfolgers rächen – ein eher vorgeschobener Grund – sondern auch gegen die anhaltende negative Politik des Landes gegen die Habsburgermonarchie vorgehen und Serbien endgültig in seine Schranken weisen. Das Deutsche Reich hingegen wollte unbedingt Frankreich angreifen (auch ohne dessen Kriegserklärung) und vergangene verlorene Gebiete zurück gewinnen, sowie neue Gebiete erringen. Dazu gab es imperialistische Bestrebungen einer Gebietserweiterung in den Osten. Schon lange wurde im Deutschen Reich auf einen Auslöser gewartet, um den lange erhofften Krieg zu beginnen und einige Forscher meinen das Deutsche Reich habe Österreich-Ungarn sogar aktiv gedrängt einen Krieg zu beginnen. Österreich-Ungarn wollte durch den Krieg gegen Serbien wahrscheinlich keinen europäischen Krieg auslösen. Man hatte die absehbaren Konsequenzen und die Ziele, die andere Länder hatten, nicht bedacht (vgl. Rauchensteiner, 1997, 66f).

„Damit war der Krieg da, und die Bündnisautomatik erledigte alles andere. Rußland unterstützte Serbien und machte mobil. Deutschland trat an die Seite Österreich-Ungarns und erklärte Rußland und Frankreich den Krieg. England machte die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland zum Vorwand für seinen Eintritt in den Krieg, Österreich-Ungarn erklärte Rußland den Krieg ... und plötzlich befanden sich Staaten miteinander im Krieg [...] die kaum Konflikte miteinander gehabt hatten.“ (Rauchensteiner, 1997, 68)

Was in den nächsten vier Kriegsjahren passierte, wird heute als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts beschrieben. Erstmals wurde durch die neuen technischen Errungenschaften in der Kriegsindustrie das Ausmaß der Todesopfer extrem gesteigert. Es wurde ein Krieg an mehreren Fronten geführt und der neue Begriff der Heimatfront wurde geprägt, denn auch die Daheimgebliebenen mussten um ihr Überleben in diesem Krieg kämpfen, wenn auch nicht im Schützengraben. Bald wurde der Kampf um die Durchhaltekraft der Bevölkerung wichtiger für den Fortbestand des Krieges und die

Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie. Die inneren Schwierigkeiten wuchsen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr. Durch den Notverordnungsparagraphen herrschte im Prinzip eine Militärdiktatur, die jegliche Institutionen unter Kontrolle zu halten versuchte, wie die Wirtschaft, die Gewerkschaften und nicht zuletzt die Medien durch Zensur. Die geringen Löhne und gestiegenen Lebensmittelkosten führten zu zahlreichen Aufständen und Revolten, die alle nieder geworfen wurden und nicht wie in Russland zu einem Staatsumwurf führten. Am Ende desertierte sogar noch vor Kriegsende auch die Armee (vgl. Vögelka, 2009, 270).

4.2. Das Ende des Krieges

Während Deutschland im Westen in schwerste Schlachten verwickelt war, sah es auch für Österreich-Ungarn nicht sehr viel besser aus. Im Dezember 1917 erklärten die USA auch Österreich-Ungarn den Krieg und im Jänner 1918 verkündete Wilson seine 14 Punkte, die zwar nicht viel auf das Habsburgerreich eingingen, aus denen man aber eine Auflösung dieser bereits herauslesen konnte. Die Situation des Landes war schlecht und Arbeiter und Soldaten überlegten dem russischen Beispiel einer Revolution und Machtübernahme zu folgen. Im Jänner und Februar 1918 kam es zu zahlreichen Streiks und militärischen Revolten. Trotzdem hatte man die Hoffnung, dass der Krieg sich im letzten Ende doch noch positiv entwickeln würde und ein Sieg in Aussicht stünde. Der Friede mit Russland bildete einen Hoffnungsschimmer an den man sich bis zum Sommer noch klammern konnte. Eine erneute Offensive der Mittelmächte sollte schließlich den erhofften Sieg bringen, doch auch diese Juni-Offensive scheiterte schon in den Anfängen – der Zusammenbruch der Monarchie wurde damit eingeleitet. Obwohl die Regierung noch als Zentralgewalt diente und sich der neue Kaiser Karl I. weiter um Zusammenhalt bemühte, konnte der Zerfall nicht mehr aufgehalten werden (vgl. Rauchensteiner, 1997, 76f und Berger, 2008, 50f). Schließlich rang sich Kaiser Karl I. im September 1918 durch den Friedensschritt zu setzen auch ohne Deutschland, denn in zahlreichen Beratungen hatte das Deutsche Reich immer wieder einen Frieden abgelehnt. Die Führung wollte bis zum Schluss weiter kämpfen. Kaiser Wilhelm II. zögerte eine Entscheidung hin zum Frieden immer weiter hinaus, bis Kaiser Karl I. am 14. September eine Friedensdemarche an die Alliierten schickte, die keinen Zweifel am Friedenswillen des Habsburgerreiches

offen ließ. Doch nun zeigte sich, dass die Alliierten weder einen Separatfrieden, noch einen Frieden mit dem Gesamtreich Österreich-Ungarn wollten (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1021). Die Militärführung unter Hindenburg reagierte darauf so:

„[...] , dass es Pflicht der österreichisch-ungarischen Truppen an der Westfront sei, weiterzukämpfen, bis eine Lösung gefunden sei. Jetzt ging alles in Richtung letzter Angebote, letzter Proklamationen und schließlich der Auflösung.“ (Rauchensteiner, 2010, 1022)

Die Armee, als wichtigste Stütze des Reiches, läutete mit zahlreichen Desertationen das Ende des Krieges ein. Viele Soldaten kehrten dem Kriegsgeschehen den Rücken, als im Oktober 1918 eine italienische Offensive an der Südfront begann und verweigerten den Gehorsam. In Wien bildete sich am 21. Oktober erstmals eine provisorische Nationalversammlung aus deutschsprachigen Abgeordneten des zisleithanischen Reichsrates mit Mitgliedern aus allen drei Großparteien (vgl. Berger, 2008, 54f).

„Es war kein rascher Zusammenbruch, sondern ein Dahinsterben. Schließlich kündigte ein Volk nach dem anderen der Monarchie die Gefolgschaft und erklärte seine Eigenständigkeit. Kaiser Karl versuchte zwar noch mit seinem Völkermanifest vom 16. Oktober 1918 deutlich zu machen, daß er gesonnen war, auch als Kaiser eines Staatenbundes von unabhängigen Staaten zu fungieren. Doch diese Kundgebung fand kein Echo mehr.“ (Rauchensteiner, 1997, 77)

4.2.1. Wilsons 14 Punkte

Die Intention hinter der Ausarbeitung der 14 Punkte war, eine schriftliche Erklärung über die Kriegsziele zu verfassen, um einen ausformulierten Text mit allen Zielen vor die Kriegsbemühungen zu setzen. Da die Alliierten dies nicht anstrebten, beschloss Wilson eine eigene amerikanische Erklärung anzufertigen. Es sollte ein Kriegszielprogramm werden, mit konkreten Zielen und moralischen Elementen. Was schließlich herauskam, waren nicht allein amerikanische Glaubenssätze. Die Punkte waren auch so formuliert, dass sie Raum für Interpretationen ließen. Die 14 Punkte sollten ebenfalls einen taktischen Zug in der psychologischen Kriegsführung bilden und auf Verbündete wie auch Gegner einwirken (vgl. Rauchensteiner, 2010, 899).

„Der amerikanische Präsident wollte Punkt für Punkt seine Vorstellungen von der Einhegung des Krieges, von der machtmäßigen Beschneidung des Deutschen Reichs, von der Zukunft der Völker Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs zu Papier bringen.“ (Rauchensteiner, 2010, 900)

Woodrow Wilson entwarf mit seinen 14 Punkten eine neue Weltordnung, die nach dem Ersten Weltkrieg eintreten sollte. Der Text dazu wurde schon seit 1917 ausgearbeitet und sollte belegen, dass die USA nicht aus ökonomischen oder machtpolitischen Gründen in den Krieg auf Seiten der Alliierten eingetreten waren und dass nur der Anspruch herrschte Europa in eine demokratische Welt zu verwandeln. Am 8. Jänner 1918 wurde sein Manifest mit den 14 Punkten präsentiert und veröffentlicht und es wurde darin ein demokratischer und gerechter Frieden gefordert. Inhaltlich behandeln die 14 Punkte:

„...die Abschaffung der Geheimdiplomatie, absolute Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, umfassende Meistbegünstigungsklauseln zwischen allen Nationen sowie Reduzierung der Rüstungen auf den «niedrigsten Grad, der mit der inneren Sicherheit vereinbar ist». Zudem sollen alle kolonialen Ansprüche «absolut unparteiisch» neu abgestimmt werden, unter Berücksichtigung der «Interessen der Bevölkerung». Weiterhin wird die Räumung ganz Russlands durch Deutschland verlangt, und in etwas verschwommener Form werden die expansiven Tendenzen der gerade revolutionär begründeten Sowjetischen Republik Russlands abgelehnt.“ (Krumeich, 2014, 76)

Krumeich führt die Punkte weiter aus:

„Die Wiederherstellung eines freien Belgien und die Rückgabe der von Deutschland 1871 annektierten Teile Frankreichs gehören ebenfalls zu den grundsätzlichen Forderungen. Das Nationalitätenprinzip soll für Italien, Österreich-Ungarn, die Balkanstaaten und Polen grundlegend werden. So weit irgend machbar, soll in diesen Ländern «die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung» aller Ethnien gewährleistet werden. Abschließend fordert Wilson die Schaffung eines Völkerbundes «zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten».“ (Krumeich, 2014, 76)

Wilson nahm also in seine Punkte ebenfalls das Thema der Völker Österreich-Ungarns auf und sprach von der „Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung“, jedoch blieb offen, ob dies innerhalb oder außerhalb der Monarchie stattfinden sollte. Im Gegensatz zum amerikanischen Außenminister Lansing, der in der Zerschlagung des Habsburgerreiches eine Chance zum Sieg auch gegen das Deutsche Reich sah, meinte Wilson die Auflösung des Reiches sei vorerst nicht ein zwingendes Kriegsziel. Monate nach der Entstehung der 14 Punkte sah auch Wilson einige Punkte für überholt an und passte sie den neuen Bedingungen an. Seine Antwort auf das Friedensangebot von Österreich-Ungarn vom 14. September 1918 ließ zunächst auf sich warten. Als sie am 20. Oktober eintraf, war darin zu lesen, dass „die Völker über ihren Weg selbst entscheiden sollten“. Die Auflösung des Reiches war somit für Wilson zum Kriegsziel geworden (vgl. Rauchensteiner, 2010, 901 und Haberl, 2011, 121). Die Forderungen Wilsons wurden von den Alliierten nur teilweise befürwortet und zunächst noch wenig beachtet. Erst einige Zeit später, als es zu konkreten Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen kam, wurden sie wieder auf den Tisch gebracht. Doch die Umsetzung der Punkte gelang nur mäßig, obwohl etwa die Schaffung eines Völkerbundes auch im Versailler Friedensvertrag festgelegt wurde. Vor allem das Vorhaben anstelle der Vielvölkerreiche ethnisch reine Staaten zu schaffen war zum Scheitern verurteilt (vgl. Krumeich, 2014, 76f).

4.2.2. Das Kaisermanifest

Am 27. September fand ein gemeinsamer Ministerrat statt, in dem Kaiser Karl I., sowie weitere Politiker auf die Notwendigkeit einer inneren Reform verwiesen. Im Angesicht des Loslösungswillens der Nationalitäten wurde jedoch keine angemessene gemeinsame Lösung gefunden, denn auch die Ungarn stellten sich quer und vertraten die Ansicht, dass die Südslawen ein rein zisleithanisches Problem waren (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1027f). Auch ein weiterer gemeinsamer Ministerrat am 2. Oktober brachte keine Lösung für den Gesamtstaat und wieder kam es zu keiner Einigung, während sich die Nationen mit großem Eifer an die Abspaltung und die Gründung eigener Staaten machten. Am 6.

Oktober konstituierte sich in Agram der Nationalstaat der Slowenen, Kroaten und Serben.

„Damit gab es parallele, aber nicht mehr idente Machtstrukturen. Zumindest theoretisch konnten politische Vertreter mehreren Gremien angehören und noch im Reichsrat für die Einheit des Reiches eintreten, während man in den neu geschaffenen Institutionen separatistische Ziele verfolgte. Der Gesamtstaat wurde immer mehr zu einer Scheinwelt.“ (Rauchensteiner, 2010, 1029)

Auch die Deutschen Österreichs bekundeten ihren Willen zur Staatsbildung und in Polen wurde ebenfalls ein Zusammenschluss als souveräner Staat angestrebt. Nun erst wollte der Kaiser handeln und die Verfassungsfrage für den Gesamtstaat eigenständig lösen. Vom Generalstabschef Arz von Straußenburg wurde ihm schon ein Vorentwurf des Manifests übergeben, denn auch in der Armee hatte man die Untätigkeit der Politik erkannt und war schon in diese Richtung tätig geworden. Doch der Kaiser zögerte weiter, wurde aber von einer weiteren Krise überrascht, als die Regierungen in Österreich und Ungarn zu scheitern drohten. Tage später stellte er sein Manifest zu Ende und es trug nun deutlich deutschnationale Züge, vom ursprünglichen Text war nicht viel übrig geblieben (vgl. Haberl, 2011, 122ff und Rauchensteiner, 2010, 1029f).

„Beratungen darüber, die auch mit Tschechen und Südslawen geführt wurden, zeigten schon am 12. Oktober, dass sie das Manifest ablehnen würden. Der Kaiser konnte also gar nicht erwarten, mit dem Manifest einen Ausgleich der nationalen Gegensätze einzuleiten. Doch für ihn gab es kein Zurück mehr. Das Manifest wollte ja auch eine Art Vorleistung für den Abschluss eines Friedens auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein.“ (Rauchensteiner, 2010, 1030)

Erst am 15. Oktober tagte der Ministerrat erneut beim Kaiser und der Text wurde einer Veränderung unterzogen. Das Völkermanifest ging also in die finale Phase und war als Instrument des Waffenstillstands und der Friedenspolitik gedacht. Tags darauf wurde es veröffentlicht. Vieles blieb darin jedoch unausgesprochen. Die Neugestaltung sollte auf keinen Fall zu Lasten der Ungarn gehen und auch die Lösung der Probleme in Polen wurde nicht kommuniziert. Die Idee zur Gründung eines Bundesstaates war unausgegoren und schwammig formuliert (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1033).

4.2.3. Neue Nationalstaaten auf dem Boden der Monarchie

Die nationalen Spannungen kamen auch immer mehr in der Armee zum Vorschein und die Einheit brach zusammen. Mit dem Kriegseintritt der USA war der scheinbare Vorteil durch das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg wieder zunichte gemacht worden und die Pläne des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, die Habsburgermonarchie aufzulösen, waren allgegenwärtig. Es war jedoch schwer die Monarchie in Nationalstaaten aufzuteilen, weil es keine klar erkennbaren Grenzen gab. Trotzdem wurde im Oktober 1918 in Agram der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen proklamiert. Kurze Zeit später verließen auch die Polen die Monarchie. Am 14. Oktober wurde in Prag die Tschechoslowakische Republik gegründet. Das Manifest des Kaisers Karl I. vom 16. Oktober kam reichlich zu spät. (vgl. Vocolka, 2009, 270f). Der Zerfall der Monarchie in einzelne Nationalstaaten war das Ende eines langen Kampfes unter den verschiedenen Nationalitäten. Wurde zuerst nur mehr Selbstbestimmungsrecht innerhalb des Habsburgerreiches gefordert, sah man nun am Ende des Krieges im geschwächten Reich die Chance zur gänzlichen Abkehr. Die neuen Nationalstaaten wurden auch prompt von Wilson in ihrem Recht bestätigt und als neue Staaten akzeptiert. Auch Ungarn durchbrach die alten Bande, sagte sich vom alten Reich los und gründete ebenfalls einen eigenständigen Staat. Nach einem Umsturz der alten ungarischen Regierung übernahm im November 1918 mit der „Ungarischen Volksrepublik“ eine kommunistische Diktatur die Macht. Ungarn traf schließlich das gleiche Schicksal wie Österreich, denn mit dem Frieden von Trianon blieb ebenfalls nur ein kleiner Rest des alten Gebietes bestehen (vgl. Haberl, 2011,32).

Unten stehende Abbildung zeigt nun die Neuaufteilung der Gebiete kurz nach dem Krieg. Die dicke schwarze Umrandung zeigt die Grenzen der alten Monarchie.

Abbildung 2: Nationalstaaten hervorgegangen aus der Habsburgermonarchie 1918



(Quellen: Kinder, 2006, 410)

Der militärische Zusammenbruch wurde eingeleitet durch die Kapitulation Bulgariens, welches ein Bündnispartner der Mittelmächte war und weite Teile der Balkanfront unterstützte. Dadurch wurde aber die Front verschoben, was erhebliche Konsequenzen für die Front in Albanien hatte und Ungarn war damit ebenfalls unmittelbar bedroht. Das hatte zur Folge, dass Ungarns Truppen aus Italien abziehen mussten. Am 14. September begann der militärische Zusammenbruch Bulgariens, was man aber in den österreichischen Zeitungen erst zwei Wochen später langsam erfuhr. Diese Nebenfront wurde dadurch erstmals kriegswichtig (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1025). Der Angriff der Alliierten in Bulgarien führte rasch zum Erfolg und schon am 25. September passierten die Briten die bulgarischen Grenzen. Von Seiten Österreich-Ungarns wurden zwar weitere Truppen zugesagt, jedoch hätte aufgrund der Eisenbahnsituation der Transport mehrere Wochen gedauert, was viel zu spät gewesen wäre. Am 29. September schlossen die Alliierten mit Bulgarien einen formellen Waffenstillstand. Nun war die Front am Balkan bedroht, doch auch hier ging die Entsendung weiterer Truppen zu langsam voran. Die Divisionen der Alliierten wuchsen rasant an und Ungarn sah sich gezwungen die Truppen aus Italien zum eigenen Schutz abzuziehen, was schließlich zur Niederlage der dortigen Front führte (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1026f). Der Zusammenbruch der Fronten ging mit der Ausrufung der Nationalstaaten einher. Das Habsburgerreich wurde

in diesem Sinne aufgelöst und nicht vernichtet. Die verschiedenen Nationalitäten sahen keinen Sinn mehr für ein Land, dessen Existenz zu Grunde ging und hinter dem man weder ideologisch noch patriotisch stand, in einem Krieg zu kämpfen. Viele nicht-deutsche Truppen desertierten. Die Italienfront brach aus Mangel an Munition und Soldaten zusammen. Der finale Waffenstillstand für alle Fronten wurde Anfang November mit den Entente-Mächten in der Villa Giusti bei Padua abgeschlossen. Österreich sollte unter dem Namen Deutschösterreich der letzte Nationalstaat sein, der auf dem Boden der Monarchie am 12. November 1918 ausgerufen wurde. Ein Staat der keine dauerhafte Existenz anstrebte. Der Wunsch nach einem Anschluss an Deutschland war in vielen Lagern groß. Schlussendlich war das Ergebnis des Ersten Weltkrieges die Neuordnung Europas (vgl. Rauchensteiner, 1997, 78).

4.2.4. Kriegswirtschaft

„Die Tragödie der Erschöpfung war eine Tragödie unzureichender Logistik und nicht unzureichender Kapazitäten.“ (Sandgruber, 1995, 320)

Der Erste Weltkrieg war der erste seiner Art, in dem die Leistungsfähigkeit der Industrie eine entscheidende Rolle für den Ausgang des Krieges hatte. Es ging um eine Langzeitleistung und das Durchhalten. Man sah im Krieg für die Habsburgermonarchie auch die Chance, die sozialen und nationalen Differenzen im Inland zu überwinden, um dann gestärkt daraus mit der Wiederherstellung der alten Ordnung hervor zu gehen. Der Krieg wurde zwar nicht von allen herbeigesehnt, wurde aber von vielen Teilen der Bevölkerung und Politiker als eine Art Präventivkrieg als notwendig erachtet und man hatte die Idee der wirtschaftlichen Expansion (vgl. Sandgruber, 1995, 315f). Obwohl in anderen Ländern mehr für die Rüstung ausgegeben wurde, so war der prozentmäßige Anteil am Volkseinkommen von Österreich-Ungarn bereits vor dem Krieg hoch und lag bei 4%. Die Militarisierung war schon weit fortgeschritten. Seit dem Kriegsleistungsgesetz von 1912 waren kriegswichtige Betriebe dem Militär unterstellt und trotzdem war Österreich-Ungarn auf den Krieg ökonomisch unvorbereitet. Die Sparsamkeit hielt sich, ob der Einstellung auf einen kurzen Krieg, in Grenzen. Arbeitskräfte wurden unkontrolliert rekrutiert und die Eisenbahn wurde ebenfalls für Kriegseinsätze konfisziert, was zahlreiche andere Versorgungen, wie Getreidefahren zu

den Mühlen, lahmlegte. Nach dem kriegswirtschaftlichen Schock folgte nach und nach eine Re-Organisation, sodass für 1915 eine Konjunktur mit 0% Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. 1917 folgte der rasche Zerfall der Produktion. Die inflationistische Kriegsfinanzierung, die alliierte Blockade und der Rückgang der Agrarproduktion führten zum Kollaps. Dies war jedoch noch nicht Grund genug die Rüstungsproduktion zu reduzieren (vgl. Sandgruber, 1995, 319f).

Das Versagen des Eisenbahnsystems trug erheblich zum wirtschaftlichen wie zum militärischen Zusammenbruch bei. Die Munitionsknappheit war ein Transportproblem. Es kam zu einer Versorgungskrise, da die anderen Teile der Monarchie nicht mehr bereit waren ihre Lebensmittel an Zisleithanien abzuliefern. 1916 etwa lieferte Ungarn 100.000 Tonnen Getreide. Vor dem Krieg waren es 2,1 Millionen Tonnen. Es kam zu Kürzungen der Brotrationen, Ersatznahrungsmittel boomten und die Schrebergärten florierten. 1918 wurden die Wiener Kriegsküchen pro Tag von 150.000 Menschen besucht (vgl. Sandgruber, 1995, 322ff). Die Militärausgaben waren in den Jahren 1914/15 am höchsten und gingen von da an kontinuierlich zurück. Man hoffte die Kosten den Besiegten umhängen zu können. Langsam kam es auch zu einem verstärkten Einsatz der Frauen als Arbeitskräfte in der Wirtschaft, um die rekrutierten und gefallenen Männer auszugleichen. 1918 gab es etwa 2 Millionen Kriegsgefangene, von denen am Kriegsende etwa 1 Million in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Der Krieg stärkte generell die Stellung der Arbeiter, die sich ihrer Unentbehrlichkeit bewusst wurden und ab 1916 kontinuierlich streikten. 1918 hatten die freien Gewerkschaften etwa 300.000 Mitglieder. Auch die Unternehmerverbände gingen gestärkt aus dem Krieg hervor (vgl. Sandgruber, 1995, 330ff).

4.3. Die Erste Republik Österreich – Ein Anfang

Diese Niederlage im Ersten Weltkrieg war nur eine Ursache für den endgültigen Zerfall des Habsburgerreiches und es können noch anderen Faktoren für den Niedergang betrachtet werden. Kuprian fasst die Gründe zusammen, diese liegen:

„[...] in einer Betonung der inneren strukturellen Schwächen oder des unausgewogenen Nebeneinanders rivalisierender Nationalitäten; in der politisch-gesellschaftlichen Rückständigkeit Österreich-Ungarns gegenüber der Modernität

Westeuropas; in der wirtschaftlichen und regional disparaten und damit schwierigen sozialen Entwicklung oder aber in dem virulenten System des Dualismus bis hin zu der Hervorkehrung politischer Fehlentscheidungen aufgrund persönlicher und menschlicher Unzulänglichkeiten sowohl Kaiser Franz Josephs als auch seiner Minister und Entscheidungsträger.“ (Kuprian, 1997, 11)

Die erste Nationalversammlung am 21. Oktober (darunter 101 Deutschnationale, 72 Christlichsoziale, 42 Sozialdemokraten und 16 Sonstige) bestimmte einen Vollzugsausschuss unter dem Namen Staatsrat. Dieser sollte nun ein Land lenken, von dem noch niemand genau wusste, wie es heißen sollte oder welche Verfassung man sich geben wollte. In der Provisorischen Nationalversammlung wurde schließlich die Ausarbeitung der ersten Verfassung von Deutschösterreich durchgeführt. Darin gab sie sich selbst die Position als gesetzgebende Gewalt und der Staatsrat war ebenfalls darin verankert, der sich aus der Mitte der Versammlung rekrutieren sollte. Er sollte neben den drei Präsidenten der Nationalversammlung aus weiteren 20 Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmännern bestehen. Aufgegliedert in Parteien gehörten 9 Deutschnationale, 6 Christlichsoziale und 5 Sozialdemokraten dem Staatsrat an. Dazu kamen noch die Präsidenten, ebenfalls jeweils einer aus den drei Parteien. Am 30. Oktober wurden diese Normen fixiert. Der Staatsrat sollte die Regierungsgeschäfte nicht selbst führen, sondern eigene Beauftragte dafür ernennen, das Kabinett. Strittig war jedoch die Frage der Zuständigkeiten, wobei sich der Staatsrat als oberste Instanz sah, an die sich die Politik der einzelnen Ressorts orientieren sollte. Die in der ursprünglichen Verfassung festgelegten Richtlinien und Normen mussten aber im Lauf der Zeit immer wieder überarbeitet werden, da sie ungenaue Angaben zu den Kompetenzbereichen der verschiedenen Organe enthielt und sich Doppelungen bei der Beurkundung von Gesetzen ergaben. Im Staatsrat führte Karl Renner den Vorsitz. Aus der Kanzlei des Staatsrates wurde später die Staatskanzlei und damit Karl Renner zum ersten Staatskanzler. Doch vorerst war der Rat noch immer ein Teil der kaiserlich-österreichischen Regierung. Erst als Kaiser Karl am 11. November unterzeichnete, dass er fortan auf die Regierungsgeschäfte verzichten wollte, bildete der Staatsrat ein Organ, dass unabhängig vom Kaiser und dem alten Staatssystem agieren konnte und befugte sich selbst, die Friedensverhandlungen im Namen des österreichischen Volkes zu führen. Der Staatsrat war also in den Anfängen der Republik eine recht schwerfällige Institution,

der es aber trotzdem möglich war nach dem Proporzsystem eine Koalition der Parteien zusammenzustellen und ein Instrument zu bilden, das durch diese schwierige Zeit auf dem politischen Parkett navigieren konnte. Seine Doppelstellung als Legislative und Exekutive machte dabei immer wieder Probleme und verlangsamte das Vorankommen des neuen Staates, war jedoch für diese Übergangszeit notwendig (vgl. Goldinger, 1986, 65).

Am 12. November, der dritten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung, wurde das Gesetz über die Staats- und Regierungsform zu einer nun republikanischen Staatsform des neuen Landes beschlossen. Der offizielle Staatsname sollte Deutschösterreich sein. Außerdem wurde der Plan beschlossen, sich sobald als möglich an Deutschland anzuschließen. Gegen diesen Vorschlag war nur eine Person, Wilhelm Miklas, der spätere christlichsoziale Bundespräsident von 1928-1933. Es wurde also paradoxerweise gleichzeitig ein neuer Staat gegründet und ebenfalls der Plan gefasst diesen wieder aufzulösen. Bis dahin hatte es ein österreichisches Nationalgefühl nicht gegeben. Man fühlte sich anderen deutschsprachigen Völkern eher zugehörig als einem eigenen Land. Dagegen war der Nationalgedanke in Ungarn sehr ausgeprägt und wurde von der magyarischen Oberschicht zur Durchsetzung ihrer Zwecke instrumentalisiert. Von den Österreichern wurde innerhalb der Monarchie immer eher ein Patriotismus gegenüber dem Kaiserhaus gefordert als eine nationale Zugehörigkeit (vgl. Berger, 2008, 54f und Goldinger, 1986, 55ff). Obwohl bereits die Republik Deutschösterreich gegründet war, gab es immer noch einen Kaiser, der zwar die Entscheidung der Regierungsform des neuen Staates vorerst anerkannt hatte, aber offiziell noch nicht abgedankt war und dies auch nie tat. Bis in die 1960er Jahre sollten die Habsburger an ihren Herrschaftsansprüchen fest halten. Und auch blieb in den nächsten Monaten unklar, wie es eigentlich mit diesem Staat weitergehen sollte. Es gab Bestrebungen einen Staat ähnlich dem Vorbild Russlands zu schaffen und auch der Anschluss an Deutschland schwebte lange über der Republik, denn das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde auch für die Deutschen der alten Monarchie gefordert (vgl. Vöclka, 2009, 272).

4.3.1. Die Anschlussidee

„Was die Deutschen des alten Österreich betraf, bot das Projekt „Anschluss“, verbunden mit dem Bekenntnis zur gemeinsamen deutschen Nation, im Herbst 1918 eine Chance, dem Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates im Nachhinein noch einen Sinn zu verleihen. Jenes andere Gefühl, das die deutschen Österreicher vor dem Umsturz mehrheitlich besessen hatten – die Liebe zur Dynastie und die Überzeugung, ihr am besten von allen zisleithanischen Völkern dienen zu können – war gegenstandslos geworden.“ (Berger, 2008, 56)

Es war ein Staat entstanden den keiner haben wollte und der sich selbst als alleinstehend nicht lebensfähig ansah. Die Anschlussidee wurde unverzüglich auch per Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt und ebenfalls dem damaligen amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson unterbreitet. Auch aus wirtschaftlicher Sicht wurde der Anschluss als notwendig erachtet. Bei den Sozialdemokraten herrschte eine doppelte Anschlusseuphorie, wollte man doch neben dem Verbund der Deutschsprachigen auch eine Einheit mit den deutschen Sozialdemokraten bilden. Die Deutschnationalen hegten ähnliche Begeisterung, während auf christlichsozialer Seite der Anschlussgedanke langsam an Farbe verlor. Man fürchtete die Idee der Sozialdemokraten eines „Roten Deutschland“ und wendete sich nach und nach von der Idee ab. In Deutschland hielt man sich in Anbetracht dieser Absichten von Deutschösterreich bedeckt. Es wurden härtere Friedensverhandlungen geführt und härtere Bedingungen gestellt, mit denen die Entente bereits im Vorfeld bei einem Sympathisieren mit dem Anschlussgedanken gedroht hatte. Erst zu Beginn des neuen Jahres 1919 wurde von allen Parteien im Deutschen Reich ein Anschluss offen befürwortet. Alle Anschlussbestrebungen wurden mit dem Friedensvertrag von Versailles, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde, zunichte gemacht. Darin wurden im Artikel 80 die Unabhängigkeit Österreichs und die Unantastbarkeit seiner Grenzen festgehalten. Auch im Friedensvertrag von St. Germain wurde das Anschlussverbot erneut festgehalten. Die Entente wollte dem Deutschen Reich keinen Gebietsgewinn verschaffen und es wurde die Erweiterung in den Osten gefürchtet. Am 21. Oktober 1919 schließlich wurde der Name der Republik in Österreich geändert und der Anschlussplan aus der Verfassung gestrichen(vgl. Steininger, 1997, 100f und 103f).

Die Anschlussidee war also nicht nur auf österreichischer Seite entstanden, denn schon lange gab es auch vom Deutschen Reich, wie es Schausberger (1986) beschreibt, „Anschlussaspirationen“. Im Deutschen Reich gab es einen Drang nach Südosten. Man strebte eine Weltmacht an und versuchte diese durch Imperialismus zu erreichen. Es herrschte das Gefühl vor, bei der kolonialen Aufteilung zu kurz gekommen zu sein und man wollte daher auf anderem Wege expandieren. Außerdem sah man speziell in Österreich-Ungarn eine Brücke zum Balkan. In der wilhelminischen Zeit entstanden zahlreiche Abhandlungen, die den Anschluss vom deutschsprachigen Teil an Deutschland propagierten und man sprach vor dem Ersten Weltkrieg auch schon offen über ein deutsches Mitteleuropa. Das deutsche Weltmachtstreben zeigte sich auch darin, dass in militärischen Kreisen der Krieg als unausweichlich gesehen wurde und zur Erweiterung in den Osten genutzt werden sollte. Zunächst wurde angestrebt, mit Österreich-Ungarn eine Zollunion zu bilden, was aber nicht zustande kam. Viele Verhandlungen zwischen den beiden Ländern über eine Möglichkeit zu einem weiteren Bündnis folgten. Wie schon weiter oben beschrieben, hielt sich nach Kriegsende Deutschland mit seinen Anschlussideen zurück, da man von der Entente weitere Sanktionen fürchtete. Man wollte nicht als unaufhörlich expansionistische Macht wirken und die Bestrebungen eher von Österreich selbst ausgehen lassen, was am Widerwillen der Siegermächte scheiterte (vgl. Schausberger, 1986, 67ff und 76ff).

4.3.2. Wirtschaftliche Probleme zum Start

Schon während des Krieges musste das soziale Netz dem Massennotstand angepasst werden. Die Kriegsofferfürsorge wurde eingerichtet, ebenso wurden Lebensmittelsubventionen organisiert. Die Landwirtschaft zählte zu den ökonomischen Kriegsgewinnern. Während die Zerstörungen auf dem heutigen Gebiet Österreichs gering waren, zählte man auf der anderen Seite 190.000 Gefallene, 90.000 Kriegswitwen und 220.000 Verwundete (vgl. Sandgruber, 1995, 332f).

Neben der Entmachtung des Adels und des Militärs kam es nach dem Krieg auch zu einer ökonomischen Destabilisierung des Bürgertums. Der Großstaat wurde von vielen vermisst und auch die Arbeiterbewegung sprach sich für einen Anschluss an Deutschland

aus. Wien kann als Hauptverlierer gesehen werden, wohingegen die Provinz an Selbstbewusstsein gewann. Nach dem Krieg herrschte eine inhomogene Bevölkerungsstruktur der verbleibenden Gebiete. Wien und Niederösterreich besaßen mehr als die Hälfte aller Einwohner, der neue Staat war sehr zentrumslastig. Auf politischer Seite führte dies zu Spannungen zwischen dem „roten Wien“ und der „schwarzen Provinz“. Auf ökonomischer Seite bedeutete der Zerfall der Monarchie auch einen Zerfall des Wirtschaftsgebietes. War das Reich vorher wirtschaftlich autark gewesen und vom Binnenhandel geprägt, mussten nun neue Versorgungswege und Handelspartner gefunden werden. Für Österreich war der Zerfall eine wirtschaftliche Katastrophe, die nicht zu Unrecht den Gedanken hervorbrachte, dass der Staat so nicht lebensfähig sei. Trotzdem konnte Österreich auf einige Ressourcen zurückgreifen. Es besaß eine ausgebaute Industrie, ein gutes Bankenwesen, Know-how in Wissenschaft und Forschung, sowie eine dichte Infrastruktur (vgl. Sandgruber, 1995, 335ff und vgl. Steininger, 1997, 102).

Blickt man auf die Industrie, so sollte es noch viele Jahre dauern bis das Vorkriegsniveau wieder erreicht war. Die im Krieg ausgebaute und modernisierte Rüstungsindustrie wurde mit dem Vertrag von St. Germain lahm gelegt. Die Industrieviertel, wie Steyr, wurden zu Zentren der Arbeitslosigkeit. Die Branchenstruktur war im Rest-Österreich falsch dimensioniert. Das Hauptproblem bildete dabei Wien mit seiner Bürokratie, die für 50 Millionen Menschen ausgelegt war, mit zahlreichen Rechtsanwälten und Ärzten. Viele Adelige verarmten, die Hoflieferanten wurden funktionslos. Es mussten nun neue Absatzwege gefunden werden, der Verlust des Hinterlandes war allgegenwärtig. Die Republik war für viele ein Symbol ihres Positionsverlustes in ökonomischer und gesellschaftlicher Sicht. Eine der ersten Aufgaben der neuen Republik sollte nun die Abwicklung der Kriegskosten und Kriegsfolgen werden (vgl. Sandgruber, 1995, 337ff und 340).

5. Zeitungshistorischer Kontext

In die Geschichte der Zeitung einen passenden Einstieg zu finden ist sehr schwierig, da sie trotz gewissen Kontinuitäten auch geprägt ist von einem ständigen Wandel und laufender Innovation. Die Zeitung ist zwar immer auch Kind ihrer Zeit, jedoch beinhaltet sie stets zahlreiche Elemente ihrer Vergangenheit gemischt mit den Ideen der Zukunft. Daher soll nun eine knappe Darstellung der Anfänge der Zeitung folgen, die hin führt zur Ausbildung der modernen Zeitungslandschaft mit ihren differenzierten Werken, um dann näher auf die Situation der Presselandschaft in Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingehen zu können.

5.1. Anfänge der Zeitung

Die Geschichte der Zeitung beginnt bereits im 16. Jahrhundert. Zu dieser Zeit entwickelten sich die Zeitungen aus dem regen Briefverkehr heraus. Die schriftliche Kommunikation erfolgte über Briefe und man teilte sich natürlich neben privaten Angelegenheiten auch andere Neuigkeiten mit. Im Laufe der Zeit wurden manche solcher Briefkorrespondenzen immer ausführlicher und die verschiedenen Berichte innerhalb eines Briefes wurden auch schon optisch abgegrenzt. Diese Briefe wurden dann auch handschriftlich vervielfältigt, was vor allem bei Kaufleuten üblich war. Ein solches „Zeitungssystem“ gab es etwa bei der Augsburger Familie Fugger, deren zentraler Bestand von ca. 18.000 Briefen in der österreichischen Nationalbibliothek liegt. Sie erkannten bereits früh die Bedeutung eines organisierten Informationsaustausches. Neben diesem Beispiel gab es auch noch handgeschriebene Zeitungen von Höfen oder Klöstern. Die ersten gedruckten Zeitungen schließlich waren Einblattdrucke, die ab dem 18. Jahrhundert als Flugblätter bezeichnet wurden. Diese erschienen noch nicht periodisch und waren ereignisbezogen (vgl. Dussel, 2011, 7f).

Neben den Flugblättern, die ihren Höhepunkt im 17. Jahrhundert mit einer geschätzten Auflage von 1500 Stück pro Ausgabe erlebten, erschienen noch Flugschriften und Messrelationen. Flugschriften besaßen einen mehrseitigen Umfang und dies bot erstmals Platz, um auch Meinungen zu verbreiten. Messrelationen sind Sammlungen von Berichten über alles, was zwischen zwei Handelsmessen geschehen ist. Der Zeitraum

reichte von etwa einem halben Jahr bis zu einem Jahr. Diese waren nicht sehr aktuell, erschienen aber zumindest regelmäßig. Im Laufe der Zeit erschienen diese Schriften immer häufiger und regelmäßiger, wurden aktueller und je nach technischen Gegebenheiten auch länger, was zu einer Form führte die der heutigen Zeitung schon sehr ähnlich war. Die Zeitungen dieser frühen Zeit waren von den Postdiensten abhängig, so hieß etwa die Wiener Zeitung zunächst „Ordentliche Post Zeitung“. Mit der Verbesserung der Post konnten auch die Zeitungen häufiger erscheinen. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts war es somit schon möglich, zweimal wöchentlich eine Zeitung zu produzieren. Diese Zeit war geprägt von den Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit und die Ausdifferenzierung in verschiedenen Zeitungstypen. Außerdem verbreitete sich das Anzeigenwesen ab 1800. Die Zeitung war bei der Entwicklung des Bürgertums beteiligt und die private Presse entwickelte sich zum Sprachrohr gegen den Adel und die Kirche (vgl. Dussel, 2011, 10ff, 86 und Faulstich, 1994, 365f).

5.2. Die Ausbildung der modernen Zeitungslandschaft

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam es zu kontinuierlichen technischen Entwicklungen, wodurch die ersten Nachrichtenagenturen entstanden. Die kommerziellen Werbeanzeigen wurden ebenfalls weiter ausgebaut und die Einnahmen aus Anzeigen immer wichtiger. Es stellte sich heraus, dass Inserenten bereit waren für Zeitungen mit einer höheren Auflage auch einen höheren Anzeigenpreis zu zahlen. Dies wurde zu Gunsten des Verkaufspreises genutzt und er konnte gesenkt werden. 1835 wurde mit der Agence Havas (Frankreich) die erste Nachrichtenagentur der Welt gegründet und es folgte 1848 die Associated Press (USA). Zu Bedenken gilt es aber, dass zu jener Zeit im deutschsprachigen Raum nur etwa 4% der Bevölkerung lesen konnten. Die Zeitung war also noch kein Medium für die breite Öffentlichkeit. Schließlich führten die zahlreichen technischen Erfindungen, wie die Rotationsmaschine, Falzmaschine oder die Zeilengießmaschine zur Entwicklung der Massenpresse (vgl. Dussel, 2011, 10ff, 86 und Faulstich, 1994, 365f).

Dussel fasst diese Ereignisse zusammen:

„Die moderne Massenpresse entstand – aufgrund neuer Nachrichtentechniken wirklich aktuell, aufgrund zunehmender Anzeigenfinanziertheit wirklich preiswert

und aufgrund neuer Produktionstechniken wirklich massenhaft.“ (Dussel, 2011, 102)

Am Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die Zeitung ihren Status als dominantes Medium erreicht. Es kam zu einem regelrechten Zeitungsboom mit einer ausgeprägten Landschaft der Partei- und Meinungspresse. Die Parteipresse steht im engen Zusammenhang mit einer politischen Partei und wird mit verschiedenen Abstufungen auch selbst von der Partei organisiert. Meinungspresse dagegen ergreift zwar Partei und ist nicht neutral, aber nicht institutionell. Die Meinungspresse ist wesentlich älter und reicht bis zu den Anfängen der Zeitung zurück, während die Parteipresse naturgemäß mit der Entstehung der Parteien im 19. Jahrhundert verbunden ist. Um 1900 gab es knapp 3.500 Zeitungen und zehn Jahre später lasen etwa 36% der Bevölkerung Zeitung. Die Verbesserung im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung trugen zu dieser Entwicklung bei (vgl. Faulstich, 1994, 366 und Dussel, 2011, 93).

5.3. Die Presselandschaft in Österreich-Ungarn ab 1900

Die Situation der Presselandschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts kann nur bei näherer Betrachtung der Jahrzehnte davor verstanden werden. Nach einer kurzen Phase der Pressefreiheit, die die Revolution 1848 hervor gebracht hatte, folgte ein Jahrzehnt schwerster behördlicher Einschränkungen. Doch obwohl die Revolution von 1848 gescheitert war, konnte man in der Pressepolitik keine vollständige Herstellung der Verhältnisse des Vormärz erwirken. Im Vormärz waren die wichtigsten Stützpfeiler der Pressepolitik die eigene Regierungspresse und die Zensur. Doch nun strebte die Monarchie vor allem in der Wirtschaft eine Modernisierung an und dies ging nicht ganz ohne Information und eine einigermaßen freie Presse. Die Pressepolitik des Neoabsolutismus versuchte also neue Wege einzuschlagen und es entwickelte sich ein kompliziertes Vorwarnsystem und neue offizielle Zeitungen wurden gegründet. Die Zeitungen konnten sich in dieser Zeit entgegen den Vereinheitlichungstendenzen der Monarchie eine innere Vielfalt erarbeiten (vgl. Wandruszka, 1979, 90). Ein erster Schritt hin zu einer modernen Pressepolitik gelang mit dem Preßgesetz von 1862. Damit wurden zwar die zahlreichen wirtschaftlichen Einschränkungen, wie der Kautionszwang oder die Stempelpflicht, noch nicht aufgehoben, aber es entstand ein Rechtszustand, der

die Presse von behördlicher Willkür und rein politischer Beschlagnahme entzog. Nun wurden Delikte von einem ordentlichen Richter behandelt. Die nächsten Schritte in Richtung Liberalisierung der Presse waren die Gesetzesnovelle von 1868, mit der die Strafe der Suspension aufgehoben wurde und das Gesetz von 1869, welches festlegte, dass nur Schwurgerichte für Verbrechen, die durch den Inhalt von Druckschriften entstanden, zuständig sind. Damit war also auf legislativer Seite der Weg in Richtung publizistischer Entfaltung geebnet. Nun waren es noch die wirtschaftlichen Schranken mit denen die Presse zu kämpfen hatte (vgl. Rieger, 1959, 40f). Nach dem Ausgleich von 1867 und der daraufhin folgenden Periode des Liberalismus konnte auch das Pressewesen neue Freiheiten erlangen. In diese Phase fällt auch die Gründung der großen Pressekonzerne Steyrermühl (1872) und Elbemühl (1873). Nun gab es die Chance zur Herausbildung von Zeitungen mit einer differenzierten politischen Meinung. Das Spektrum reichte von katholisch-konservativen Zeitungen, über radikal-demokratische, föderalistische zu sozialistischen Arbeiter-Zeitungen. Das Niveau erreichte erstmals das der großen Presseerzeugnisse Westeuropas. Das Ende des Liberalismus bedeutete nicht auch das Ende aller in dieser Zeit entstandenen Zeitungen. Vor allem die liberale Großpresse in Wien und anderen Städten konnte ihre führende Stellung bewahren. Mit der Ausbildung der Massenparteien der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten erlangten auch deren Presseerzeugnisse eine zunehmende Bedeutung in den 1890er Jahren. Mit der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Reichspost“ waren große politische Sprachrohre entstanden, die auch außerhalb der Anhängerschaft gelesen wurden (vgl. Wandruszka, 1979, 91f). Seit der Jahrhundertwende stieg die Auflage der Zeitungen in Österreich-Ungarn um über eine Million Exemplare an, sodass im Jahr 1910 in beiden Reichshälften jeweils die zwei Millionen-Grenze erreicht wurde. Bedenkt man aber die Einwohnerzahl von etwa 48 Millionen Menschen im gesamten Reich, so relativieren sich diese Zahlen wieder. Sieht man sich die Zahlen dazu im Deutschen Reich an, dann erkennt man das niedrige Niveau der Auflage, denn dort waren knapp 18 Millionen Zeitungsausgaben im Umlauf. Das bedeutet, gemessen an der dortigen Einwohnerzahl von 65 Millionen, eine mehr als dreifach so hohe Zeitungsverbreitung. Mögliche Ursachen für diesen Rückstand findet man trotz zahlreicher Erleichterungen immer noch durch eine repressive Pressepolitik mit anhaltender Kautionspflicht, Kolportageverbot, Suspensionsdrohung, Stempelpflicht und Abgabe von Pflichtexemplaren. Durch

zahlreiche Einschränkungen und Reglements wurde der Redakteur zum eigenen Zensor. Im Laufe der Zeit waren diese Maßnahmen Schritt für Schritt gelockert oder aufgehoben worden, wie 1874 die Abschaffung der Inseratensteuer. Erst zwanzig Jahre später fiel 1894 die Kautionspflicht. Doch trotzdem wirkten diese Effekte noch bis ins 20. Jahrhundert nach. Der Zeitungsstempel wurde im europäischen Vergleich erst relativ spät im Jahr 1899 abgeschafft, während dies etwa in Großbritannien schon 1855 der Fall war. Durch diese Maßnahmen bezeichnet Rieger die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts als entscheidende Epoche in der Entwicklung und Ausbildung der periodischen Presse in Österreich (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 18ff und Rieger, 1959, 42).

Weitere Faktoren, die zu einem Aufstieg der Presse in Österreich beitrugen, waren die ausgebauten Verkehrsmöglichkeiten, die Verbesserung des Postverkehrs im In- und Ausland, die Neuerungen im Bereich der Telegraphie, die zahlreichen Erfindungen auf dem Gebiet des Druckwesens, sowie die Entwicklung der großen Nachrichtenagenturen (vgl. Rieger, 1959, 43). Nach nur geringen Wachstumsraten und einer gewissen Stagnation kam es am Pressemarkt in Österreich-Ungarn um die Jahrhundertwende, nicht zuletzt durch den Wegfall dieser politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen, anhaltend bis zum Ersten Weltkrieg zu einem erneuten Aufschwung, der auch als zweite Gründerzeit bezeichnet werden kann. In der ungarischen Reichshälfte kam es in dieser Zeit sogar zu einer Verdreifachung der Gesamtauflage. Durch den Wegfall des Zeitungsstempels konnte die Zeitung billiger verkauft werden und daher ein größeres Publikum ansprechen, was den Weg zu einer auflagenstarken Massenpresse ebnete. Es hatte sich also im 19. Jahrhundert gezeigt, dass der Weg auch in Österreich hin zu einer auflagenstarken Massenpresse nicht von der neoabsolutistischen Regierung aufzuhalten war. Viele Einschränkungen zur Regelung der Presse wurden im Laufe der Zeit wieder aufgehoben und auf das Bedürfnis der Bevölkerung nach Öffentlichkeit und offenen Diskussionen wurde reagiert. Bereits mit der Verankerung der Pressefreiheit in der Verfassung von 1867 war der Weg in Richtung eines ausdifferenzierten Mediensystems eingeschlagen worden (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 24f und 31). Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zeigte sich ein regelrechter Boom an Zeitungsneugründungen. Die Gesamtauflage der Tageszeitungen in der Habsburgermonarchie betrug 1910 über vier Millionen Exemplare, eine Verdoppelung der Auflagenzahl seit der Jahrhundertwende (vgl. Kislinger, 2011, 61).

Folgende Aufstellung, entnommen aus der Forschungsarbeit von Gabriele Melischek und Josef Seethaler, verdeutlicht den starken Anstieg der Leserdichte in Österreich zur Jahrhundertwende (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 121).

Tabelle 1: Entwicklung der Leserdichte in Österreich

(Angaben beziehen sich auf die Zahl der Zeitungen pro 1.000 Einwohner)

Kronland	1890	1900	1910
(Bundesland)			
Niederösterreich	125,1	176,0	274,8
Oberösterreich	12,7	21,2	31,2
Salzburg	20,2	35,8	83,8
Steiermark	17,2	31,8	71,2
Kärnten	3,0	3,3	7,6
Tirol und Vorarlberg	14,6	26,2	48,6

5.3.1. Nachrichtenagenturen in Österreich-Ungarn

Nicht nur heute stellen Informationen aus Nachrichtenagenturen einen wesentlichen inhaltlichen Bestandteil in den Zeitungen dar. Sie sind eine enorme finanzielle Hilfe für die Zeitungen, da sie durch die Agenturen mit Informationen versorgt werden, für die ansonsten durch die Bezahlung eigener Korrespondenten hohe Kosten anfallen würden. Schon von Beginn an zählte es zu den Hauptaufgaben von Nachrichtenagenturen, die verschiedensten Meldungen zu sammeln und den Zeitungen per Bezahlung zur Verfügung zu stellen. In Europa entstanden Nachrichtenagenturen meist aus der Privatwirtschaft. In Österreich war die Nachrichtenübermittlung aber immer in der Hand des Staates. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Nachrichtenagenturen massiv für den Staat und seine Interessen eingesetzt und die staatlichen Pressestellen waren eng mit den Agenturen verflochten. In der Monarchie waren mehrere Agenturen teilweise gleichzeitig aktiv, die „Österreichische Correspondenz“, das „k.k. Telegraphenkorrespondenzbureau“ und die „politische Correspondenz“. Viele Zeitungen stützten sich auf die Nachrichtenagenturen und erhielten von diesen wesentliche Inhalte geliefert. Außerdem waren die Aussendungen

der österreichischen Agenturen amtlich und somit eine sichere Quelle. Der Ausbau der Nachrichtenstelle auch in die Kronländer erfolgte erst in den 1890er Jahren und die österreichischen Bundesländer erhielten erst nach dem Ende der Monarchie eigene Abteilungen (vgl. Josef, 1979, 45f und 51). Nach Kriegsende und mit Beginn der Ersten Republik Österreich liefen die Nachrichtenagenturen zunächst unter gleichem Namen weiter. So wurde das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau erst 1919 zur „Staatskorrespondenz“ umgetauft (vgl. Josef, 1979, 71).

„Die in der Monarchie errichteten Zweigstellen in den Kronländern wurden von den Sukzessionsstaaten übernommen. Mit dem Verlust der Filialen Hand in Hand ging natürlich auch der Verlust aller Verträge mit den anderen internationalen Agenturen und vorerst einmal natürlich auch der kommerziell wichtige Posten des Umschlagplatzes, der Nachrichten aus dem Süden und Südosten Europas auf den die Amtliche Agentur fast ein Monopol gehabt hatte und der von den ehemaligen Teilen des Reiches natürlich absolut unerwünscht war.“ (Josef, 1979, 79)

5.3.2. Parteipresse, Lokalzeitung, Ausdifferenzierung der Presse

„Die Geschichte der politischen Presse in Österreich und jene der politischen Parteien läuft größtenteils konform.“ (Rieger, 1959, 46) Nach diesem regelrechten Aufblühen der österreichischen Zeitungslandschaft konnten sich verschiedenen Typen von Zeitungen entwickeln. Hervorzuheben ist die stark ausgeprägte Parteipresse. In Österreich spielte die Entwicklung der Parteipresse eine große Rolle. An der Wende zum 20. Jahrhundert verfügte die österreichische Presselandschaft bereits über 738 Zeitungen mit politischem Inhalt. Da es noch keine offiziellen Pressestellen oder PR-Aktivitäten gab, nutzten Parteien die Zeitung als Medium, um die eigenen Botschaften unter Volk zu bringen. In den 1910er Jahren brachten die Christlichsozialen schon mehrere eigene Zeitungen auf den Markt, wie die Grazer „Kleine Zeitung“, den „Allgemeinen Tiroler Anzeiger“ oder in Wien die „Neue Zeitung“. Die Versuche der Deutschnationalen, ebenfalls eine starke Parteipresse aufzustellen, scheiterten, wohingegen die Sozialdemokraten durch deren stark ausgebaute interne Organisation eine weite Verbreitung mit ihrer „Arbeiter-Zeitung“ erreichte. Trotzdem hatte die „Arbeiter-

Zeitung“ in der „Kronen-Zeitung“ einen starken Konkurrenten, da diese ebenfalls auf die Arbeiterschaft als Leser abzielte (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 69f und Rieger, 1959, 47).

„Der entscheidende Beitrag, den die [sic!] letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts prägende, unterschiedlich enge Bindung der Zeitung an die politischen Parteien zur Pressentwicklung leistete, lag also weniger bzw. nur ansatzweise in einer Ausweitung der sozialen Streuung ihrer Zielgruppen als in der Verankerung der Tageszeitung als das Medium der öffentlichen politischen Kommunikation [...]“ (Melischek/Seethaler, 2006, 70)

Daneben kam es zu einer Ausdehnung der Lokalzeitungen, die nun als illustrierte Zeitung ihren Aufstieg feierte. Darin verbunden waren eine ausführliche Lokalberichterstattung mit einem großen Anzeigenteil, sowie leicht und verständlich aufbereitete Politikberichterstattung. Große Bilder waren ebenso prägend für diesen Typ wie die politische Distanz zu den Parteien. Diese Zeitungen waren eine Mischung aus Information und Unterhaltung, die Wirtschaft, Politik aber auch Romane miteinander verband (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 73f). Mit den technischen Erneuerungen und der damit verbundenen schnelleren Produktion entstanden nun auch in Österreich Zeitungen, die mehrmals am Tag erschienen. So setzten sich die Abendblätter, also zusätzliche Abendausgaben von Zeitungen, durch und waren Ausdruck des gesteigerten Informationsbedürfnisses der urbanen Bevölkerung. Außerdem war diese Innovation den Zeitungsunternehmen geschuldet, welche mehr Absatz und mehr Profit erreichen wollten. Um eine noch größere Personenzahl mit ihren Produkten ansprechen zu können, wurden schließlich auch die Zielgruppen intensiver in die Produktion einbezogen. Denn mehr Information bedeutete nicht mehr Verkauf. Die Zeitungen mussten ihre Leser auch inhaltlich ansprechen und deren Meinungen vertreten. Um ein Massenpublikum zu erreichen, wurde versucht, die vermutete Meinung der Masse widerzuspiegeln und die politische Stellung dieser Meinung anzupassen (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 74ff). Auch bei den nichtdeutschen Zeitungen des Reiches lässt sich eine Differenzierung entlang der Parteilinien erkennen. „In der Zeit der heftigen Nationalitätenkämpfe erlangten naturgemäß auch die Zeitungen der nichtdeutschen Nationalitäten eine immer größere Bedeutung, nicht nur für die eigene

Volksgruppe, sondern als deren Sprachrohr auch für den Gesamtstaat.“ (Wandruszka, 1979, 92)

5.3.3. Finanzierung der Presse

Die Zeitungsproduktion ist also von einer Vielzahl an Faktoren abhängig. Sie muss die allgemeine Blattlinie verfolgen, diese ist abhängig von Parteien und Konfessionen oder stellt sich in den Dienst der Allgemeinheit. Außerdem müssen die Anforderungen der Leser befriedigt werden und nicht zuletzt müssen die finanziellen Faktoren bei der Produktion beachtet werden. Die Zeitungsproduktion bringt zahlreiche Kosten hervor. Personalkosten, Mieten, Steuern, sowie Materialkosten für Papier, Vertrieb, Fremdkosten und Reparaturen zählen zu den größten Posten (vgl. Kiefer, 2005, 170f).

Durch die Modernisierung des Zeitungswesens kamen auch mehr Kosten auf die Branche zu. Die Zeitungen wurden umfangreicher, erschienen häufiger und zur Produktion wurden teure Maschinen und die Dienste von Nachrichtenagenturen in Anspruch genommen. Generell finanziert sich eine Zeitung aus den Verkaufserlösen (1/3) und den Anzeigenpreisen (2/3). Doch die Kosten der Zeitungsherausgabe stiegen und zur Deckung dieser mussten auch andere Wege herangezogen werden. Besonders die Gründung von Zeitungen mit Massenauflage verlangte hohes Startkapital. Bereits 1869 war in Graz mit der Leykam-Josefsthal AG eine Aktiengesellschaft entstanden, die sich im Pressebereich engagierte. Papierproduktion, Druck und Verlag waren unter einem Dach vereint. Es folgten weitere solcher Gesellschaften, die alle Schritte der Zeitungsproduktion beinhalteten, wie z.B. die Elbemühl-Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft, als Eigentümerin des „Fremdenblattes“ und ab 1905 der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, der „Wiener Mittags-Zeitung“ und des „Illustrierten Wiener Extrablatts“. Im selben Jahr, wie die Elbemühl, wurde 1873 auch die Österreichische Journal AG gegründet, zu der die „Neue Freie Presse“ gehörte. Viel häufiger, als die Form der Aktiengesellschaft (1910 gab es etwa 9 im Bereich des Pressewesens), basierte die Unternehmensform bei Tageszeitungsverlagen auf Vereinen, Personengesellschaften und Gesellschaft mit beschränkter Haftung. So wie im Laufe der Zeit immer mehr Aktiengesellschaften entstanden, so stieg auch die Zahl der Banken, die sich im

Pressesektor engagierten. So gab es zu dieser Zeit zahlreiche personelle Verflechtungen, da die Banken als Miteigentümer auch Mitglieder in den Verwaltungsgremien der Zeitungen platzierten. Dies bildete eine Möglichkeit für die Banken Einfluss zu nehmen (vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 78ff).

5.3.4. Amtliche Pressestellen in der Monarchie vor dem Ersten Weltkrieg

Seit 1868 oblag die Pressebetreuung, obwohl eigentlich innenpolitisch geprägt, dem Ministerium des Äußeren. Es wurde dafür eine Präsidialsektion eingerichtet, in dessen Departement III die Presse angesiedelt war, das Literarische Bureau genannt. Spätere Reformen veränderten häufig nur den Namen während die Grundstruktur erhalten blieb. Eine wirkliche Veränderung gab es im Jahr 1870 als ein weiteres Pressedepartement im Ministeratspräsidium eingerichtet wurde. Damit wurde die innenpolitische Pressearbeit auf die zisleithanische Reichshälfte beschränkt. Dieses neue Institut war bis zum Ende der Monarchie im Einsatz. 1870 wurde die Betreuung der inländischen Presse aus dem Literarischen Bureau ausgeklammert und dem Innenministerium anvertraut. Es war fortan nur mehr für die Betreuung der ausländischen Presseerzeugnisse zuständig und für die Beeinflussung in äußeren Angelegenheiten. Für das Inland war nun das Pressedepartement im Ministeratspräsidium verantwortlich. Für die Tätigkeit dieser Stelle, die bis zum Ende der Monarchie bestehen blieb, ist aufgrund fehlender Akten, die beim Justizpalastbrand verloren gingen, nur wenig bekannt. Aus den wenigen Akten die noch erhalten sind, kann aber auf eine Beobachterrolle geschlossen werden und weniger auf eine aktive Tätigkeit. Wichtige Aufgaben kamen mit dem Aufkommen des Nationalismus hinzu, da es nun um eine Beobachtung und Bekämpfung nationalistischer Tendenzen in der Presse des Vielvölkerstaates ging (vgl. Josef, 1979, 15f sowie 36ff). Ab 1882 kam das Literarische Bureau durch seine gute Organisation auch zu internationalem Ruhm und es gab zahlreiche Anfragen an die Pressestelle von Ländern, wie Frankreich und Russland, die ihre Pressestellen ebenfalls nach dem österreichischen Vorbild organisieren wollten. Bis zum Ende des Krieges blieb das Literarische Bureau aktiv und war mit zahlreichen Aufgaben betraut. Dazu gehörte den Kontakt zwischen dem Außenministerium und den

Journalisten im Ausland aufrecht zu erhalten und Informationen für die Korrespondenten im Ausland bereit zu stellen. Außerdem wurde eine Presseschau für Kaiser Franz Joseph produziert. Eine weitere Hauptaufgabe war es, die ausländischen Zeitungen zu beeinflussen. Dies gelang nur mit mäßigem Erfolg und man beschränkte sich eher darauf die Blätter in Österreich in außenpolitischer Hinsicht zu beeinflussen (vgl. Josef, 1979, 19ff).

5.4. Die Presse in Österreich-Ungarn zur Zeit des Ersten Weltkrieges

„Der Erste Weltkrieg brachte für die österreichische Presse mit Kriegszensur und Papierknappheit manche Probleme und Schwierigkeiten, andererseits durch die alle Bevölkerungsschichten erfassende Anteilnahme an dem Kriegsgeschehen ein gesteigertes Interesse an den Zeitungen und ihren Nachrichten, dem man durch Extra-Ausgaben und eine intensive Kriegsberichterstattung entgegenzukommen suchte.“ (Wandruszka, 1979, 92)

In den Entwicklungen und Fortschritten des Pressewesens bildet der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 nun einen Einschnitt. Die Zeitung als Teil eines Landes und einer Gesellschaft war ebenso vom Krieg betroffen wie alle anderen Institutionen. Die Habsburgermonarchie und viele andere Länder wurden in Kriegszustand versetzt. Dies bedeutete etwa im deutschen Kaiserreich sowie in Österreich, dass die Pressefreiheit aufgehoben wurde (vgl. Dussel, 2011, 117). Mit Beginn des Ersten Weltkrieges veränderten sich auch die Aufgaben und Zuständigkeiten des Literarischen Bureaus. Es wurde zur letzten Instanz in der Entscheidung bei strittigen Zensurfragen, war für die Propaganda im Ausland zuständig und für die Entsendung von Pressevertretern in neutrale Staaten. Außerdem wurden ausländische Korrespondenten an das Kriegspressequartier vermittelt. In Zisleithanien wurde die Präventivzensur eingeführt, was zu stundenlangen Verspätungen von Telegrammen und dem Depeschenverkehr besonders ins Ausland führte. Häufig mussten sich die Zeitungen aus Ländern, die eigentlich für Österreich-Ungarn kriegswichtig gewesen wären, wie Italien, aufgrund mangelnder und zu spät kommender Information einfach etwas ausdenken. Bereits 1912, also zwei Jahre vor dem eigentlichen Krieg, wurden wichtige Presseagenden an das Kriegsüberwachungsamt des k.u.k. Kriegsministeriums (KÜA)

übergeben, darunter fiel die Zensur von Post, Telegraphie, Telefon und Druckschriften aller Art (vgl. Josef, 1979, 22ff).

„Auf der einen Seite wurde die Zensur immer mehr zum Instrument propagandistischer Verfälschung. Schon bald ging es nicht mehr nur darum, zu verhindern, dass den Gegner wichtige Informationen über geplante eigene militärische Aktionen zugespielt würden. Spätestens nachdem die Welle der ersten deutschen [und österreichischen, Anmk. der Autorin] Siege zurückgegangen war, stand auf der Tagesordnung ganz oben, die eigene Bevölkerung über die tatsächlichen militärischen Gegebenheiten im Unklaren zu halten.“ (Dussel, 2011, 119)

Gegen Ende des Krieges begann schließlich ein Großteil der Presse eine Kampagne für den Frieden und bezeichnete die Armee als eine Art Haupthindernis, um diesen zu erreichen. In dieser Phase reagierte die Zensur schon wesentlich schwächer und so konnten die Zeitungen ihre Armeefeindlichkeit relativ unbehelligt forcieren. Um aber an der Front für Ordnung zu sorgen, wurden diese Blätter von den Soldaten fern gehalten und nicht an die Front weiter transportiert. In den Zeitungsausschnittsammlungen des Kriegspressequartiers konnten zahlreiche Artikel gefunden werden, die sich mit armeefeindlichen Äußerungen und negativen Darstellungen des Bündnisses mit Deutschland beschäftigten (vgl. Rauchensteiner, 2010, 1019).

5.4.1. Pressekontrolle im Ersten Weltkrieg

„Die Geschichte der Zeitung läßt (sic!) sich freilich auch als Zensurgeschichte begreifen. Sie reicht, als Geschichte des Kampfes um die Pressefreiheit, vom 16. Jahrhundert bis heute (Presse als „vierte Gewalt“ neben Exekutive, Legislative und Judikative).“ (Faulstich, 1994, 367)

In der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges stellte die Presse das einzige und zentrale Massenmedium dar. Nur die Presse konnte ein Massenpublikum erreichen und es mit Informationen und Unterhaltung versorgen und zur Meinungsbildung beitragen. Natürlich war es durch ihre Alleinstellung auch die Presse, die als Medium der Kontrolle eingesetzt wurde. Vor allem den Tageszeitungen kam eine große Bedeutung als Kommunikator zu. Über die Presse wurden Informationen der allgemeinen Bevölkerung

zugänglich gemacht, sodass diese aktuell und regelmäßig mit Inhalten versorgt und erreicht wurde. Die Macht, die damit von der Presse ausging wurde von staatlicher Seite erkannt und mittels politisch-rechtlicher Maßnahmen ab Mitte des 19. Jahrhunderts kontrolliert. Diese repressiven Regulierungsmaßnahmen wurden aber wie oben erläutert im Laufe der Zeit immer weiter abgebaut (vgl. Kislinger, 2011, 60).

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden die bürgerlichen Rechte massiv beschnitten und ein rigides Zensursystem in der Habsburgermonarchie installiert. Sowohl die öffentliche als auch die private Kommunikation wurde überwacht, reguliert und zensiert. Rechtlich wurden diese Maßnahmen auf Bestimmungen aus dem Jahr 1869 gestützt. Das Kriegsüberwachungsamt (KÜA) wurde vom Kriegsministerium gegründet und mit der offiziellen Aufgabe betraut Inhalte nach Auskundschaftungen und unbefugten Verlautbarungen zu überprüfen. Ziel all dieser Maßnahmen war es die Weitergabe von kriegswichtigen Informationen zu verhindern. Tatsächlich stand aber viel mehr die Kontrolle und Überwachung der politischen Einstellung und Stimmung der eigenen Bevölkerung im Vordergrund (vgl. Kislinger, 2011, 63). Während, wie vorhin beschrieben, der Telegramm-Verkehr nach anfänglichen Schwierigkeiten im Laufe der Zeit immer schneller abgefertigt werden konnten, blieb die Beförderung der österreichischen Blätter ins Ausland langsam. Diese Unterlagen wurden einem erneuten Zensurverfahren unterzogen, in dem ganze Artikel und Passagen, die zuerst schon freigegeben waren, abermals zerstückelt und gestrichen wurden. Man befürchtete etwa, dass ausländische Agenten in den Inseraten geheime Botschaften versteckt haben könnten (vgl. Josef, 1979, 25f). Ab 1917 wurden den Gesandtschaften in den neutralen Staaten eigene Pressebeauftragte zur Seite gestellt. In diesem Jahr, obwohl bereits 1912 aktiv und am 27. Juni 1914 offiziell gegründet, erfuhr erstmals die Bevölkerung von der Existenz des KÜA. Die sogenannte Zensurgruppe war innerhalb des KÜA speziell für die Pressezensur verantwortlich. Aus verfassungsrechtlichen Gründen wurde das KÜA 1917 in die Ministerialkommission im k. u. k. Kriegsministerium umbenannt, behielt aber den gleichen Aufgabenbereich. Es gab im KÜA täglich eine Pressekonferenz, diese enthielt Anweisungen wie aktuelle Nachrichten von der Presse zu behandeln waren und es wurden die Informationen von den Zivil- und Militärbehörden heraus gegeben. Fragemöglichkeiten für Journalisten waren zugelassen. Zeitungsherausgeber hatten ein Pflichtexemplar abzugeben. Es entstanden die für diese Zeit typischen weißen Flächen in

den Zeitungen. Von der Behörde markierte Stellen wurden einfach wieder herausgenommen, ohne den Platz neu zu füllen, um Repressalien zu entgehen. Es konnten einzelne Passagen eines Textes gestrichen werden oder auch der ganze Artikel. In schweren Fällen konnte es auch zu einer zeitweiligen oder vollständigen Einstellung der Zeitung kommen (vgl. Kislinger, 2011, 64 und Josef, 1979, 27ff).

Das Kriegspressequartier (KPQ) wurde im Juli 1914 ins Leben gerufen und war bereits in der Mobilisierungsinstruktion von 1909 vorgesehen. Zu Beginn des Krieges folgte das KPQ nomadenähnlich den Standorten des Armeeoberkommandos nach. Durch den anhaltenden Krieg wurde es aber nach Wien und später nach Rodaun (Niederösterreich, heute Wien) verlegt. Neben der Zensur hatte man den Anspruch die Pressepolitik positiv anzuleiten, damit Zensur erst gar nicht mehr nötig wird. Im Jahr 1918 erreichte das KPQ seine beste Form und Leistung, weshalb man daran dachte es auch in der Republik in einer modifizierten Form beizubehalten. Im Krieg hatte es die oberste militärische Beratung der Pressezensur des KÜA inne. Es war der exekutive Pressedienst des Armeeoberkommandos und nahm Einfluss auf die in- und ausländische Presse aller Gebiete von militärischem Interesse. Dazu wurden verschiedene Mittel, wie Presseinformationen, Vorträge über militärische Themen, Ausgabe der Kriegskorrespondenz oder Durchführung von Reisen, an die Front eingesetzt (vgl. Josef, 1979, 29ff). Außerdem organisierte das KPQ die Kriegsberichterstattung, die Kriegsbildberichterstattung und die Abwehr feindlicher Propaganda. Es gab zahlreiche Untergruppen, wie die Kriegsberichterstattegruppe, die Auslandsstelle, Inlandstelle, Lichtbildstelle, Filmstelle, Propagandagruppe oder die Kunstgruppe und Zensurgruppe. 1917 wurde eine eigene Italien-Gruppe gegründet und im Februar 1918 eine Front-Propaganda Gruppe (vgl. Josef, 1979, 32ff).

Mit der Nachfolge Kaiser Karls I. nach Franz Joseph I. wurde eine neue Pressestelle ins Leben gerufen. „Der Pressedienst für die allerhöchsten Herrschaften“ war zwar dem KPQ unterstellt, der Zweck war aber die Liebe der Bevölkerung zum Kaiserhaus zu stärken. Die Öffentlichkeit sollte mit Berichten über das Leben der allerhöchsten Herrschaften versorgt werden und unrichtige Nachrichten über diese Personen sollten korrigiert, sowie Unwahrheiten unterdrückt werden (vgl. Josef, 1979, 34).

5.4.2. Propaganda im Ersten Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg begann erstmals eine große Verflechtung der Presse mit der staatlichen Propaganda. Der Erste Weltkrieg stellte in der Geschichte der Propaganda einen wichtigen Punkt dar, da man hier begann, die propagandistischen Techniken zu verfeinern und systematisch auszubauen. Es war der Beginn der systematischen Verwendung von Propaganda als Mittel der Kriegsführung (vgl. Schwendinger, 2011, 5). Im Ersten Weltkrieg galt Propaganda als eine Art Geheimwaffe mit der die Meinung der Bevölkerung gelenkt werden sollte. Erstmals traten Millionenheere gegeneinander an und es galt die Unterstützung der Bevölkerung und somit die Legitimation für die Handlungen der Regierungen zu erlangen. Es wurden eigene Propagandastellen eingerichtet, um somit auch den neuen Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Denn durch technische Innovationen kam es zu einem Anstieg der Presse, die auch günstiger produziert werden konnte. Damit waren diese Medien nun für die Masse zugänglich und dieses Massenpublikum wurde zu einer interessanten Gruppe für Wirtschaft und Herrschaft (vgl. Schwendinger, 2011, 14). Damit wurde die Presse zum geeigneten Mittel propagandistische Inhalte an die breite Öffentlichkeit zu bringen und gezielt zu beeinflussen. Die Art und Weise wie Propaganda betrieben wird, ist abhängig vom jeweiligen Land mit seinem politischen System, seiner Kultur und Gesellschaft. Propaganda muss der Rezipientenschaft entsprechen. Im Ersten Weltkrieg ergaben sich daher bei den jeweiligen kriegsführenden Nationen unterschiedliche Propagandastrategien. In der Habsburgermonarchie herrschte eine viel schwächere politische Streitkultur als in den demokratischen Nationen wie Frankreich und England. Daraus ergab sich, dass die Propaganda in der Habsburgermonarchie eher autoritär war, sich stark mit der Zensur vermischte und Ruhe und Ordnung forderte (vgl. Krumeich, 2004, 86).

5.5. Die Presse in Österreich-Ungarn am Ende des Krieges 1918 und zu Beginn der Ersten Republik Österreich

„[...] trotz zahlreicher Blattgründungen in der Zwischenkriegszeit sind auch in den zwei Jahrzehnten der Ersten Republik die wichtigsten und führenden Blätter durchwegs Zeitungen gewesen, die lange vor dem Ersten Weltkrieg gegründet worden waren und die diese ihre führende Stellung und Bedeutung, wenngleich unter großen Schwierigkeiten, auch in dem kleingewordenen Staatswesen zu bewahren vermochten.“ (Wandruszka, 1979, 94)

Der Umsturz 1918 und das Ende des Krieges bedeutete klarerweise auch für die Presse eine Veränderung und einen gewissen Fortschritt, obwohl es auf dem personellen Sektor und den Zeitungsprodukten zu Kontinuitäten kam. Viele Positionen wurden weiterhin von den gleichen Personen bekleidet. Diese neue Epoche war nun geprägt von verschiedenen Merkmalen: Es kam plötzlich politisch zu einer fast völligen Pressefreiheit und viele mussten erst lernen, wie man damit umging, denn dadurch ergaben sich auch neue Chancen für Missbrauch. Außerdem kam es zu einem erneuten technischen Fortschritt und auch Rundfunk und Film konnten sich weiterentwickeln.

Österreich wurde als der Staat, den keiner wollte, gesehen, eine Art aufoktroyiertes Gebilde und man hatte zahlreiche Ideen dies wieder rückgängig zu machen. Die Absicht eines Anschlusses an Deutschland war in vielen politischen Lagern und Bevölkerungsgruppen groß. Es herrschte ein Schockzustand über die Niederlage und den Zerfall der Monarchie. 1919 wurde die Idee des Anschlusses durch das Verbot der Entente zunichte gemacht und die Vorstellung, wieder in einem großen Reich zu leben, zerstört. Die Presse in dieser Zeit war geprägt von politischen Kämpfen und Gegensätzen, dominiert von den Auseinandersetzungen entlang der Rot-Schwarzen Linie. Schließlich entstand der Bundespressedienst der Ersten Republik aus einem Zusammenschluss der Pressestelle der Staatskanzlei (früher Ministerratspräsidium) und dem Pressedepartement des Außenministeriums(vgl. Neck, 1979, 95f und 101).

5.5.1. Pressestellen in Deutschösterreich

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie in mehrere Nationalstaaten entstanden neben den finanziellen auch organisatorische Probleme. Die Administration blieb in ihrem vollen Umfang bestehen und viele Behörden wurden nur umbenannt und fanden in der Republik unmittelbare Nachfolger. Auch die Nachrichten- und Pressepolitik war von Personalüberschuss geprägt. Nach anhaltender Desorganisation wurde erst 1922 eine neue Regelung erarbeitet. Der Bundespressedienst entstand, welcher allen mit der Pressearbeit betrauten Stellen vorstand. Das Literarische Bureau wurde im Pressdepartement im Staatsamt für Äußeres weiter geführt (vgl. Josef, 1979, 54). Schon am 17. November 1918 waren für die Pressestelle in der Staatskanzlei und auch für alle anderen Pressestellen Weisungen erlassen worden. So sollte jedes Staatsamt einen für den Pressedienst verantwortlichen Beamten stellen. Außerdem musste jedes Staatsamt politische Kommuniqués vor der Veröffentlichung an die Staatskanzlei übermitteln, alle übrigen Kommuniqués, die kein politisches Thema berührten, durften eigenständig herausgegeben werden. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Pressestellen war aber eher schlecht, obwohl diese schon wie beschrieben im November 1918 geregelt wurde. Es kam auch bei den Journalisten zu finanzieller Not, obwohl sie ihre Arbeitsstelle nicht verloren hatten, musste der Staat mit Zuschüssen und Förderungen aushelfen, um den Zeitungsbetrieb am Laufen zu halten. Das Gehalt wurde in der Folge neu reguliert und finanzielle Hilfeleistungen installiert. Schließlich wurde das Pressdepartement im Ministerratspräsidium in der Pressestelle der Staatskanzlei untergebracht. Diese war organisatorisch eng mit den Pressestellen der einzelnen Staatsämter verbunden. Aber auch dort gab es Probleme mit der Zusammenarbeit und es kam zu zahlreichen Klagen von Seiten der Presse, dass die Kommuniqués zu spät herausgegeben worden wären. Auch diese Pressestelle hatte wie viele andere Stellen im Staat mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und das sollte über die Jahre nicht besser werden. Der Staat konnte nur bedingt Abhilfe leisten, zahlte aber ab 1920 50% der Papierkosten (vgl. Josef, 1979, 57, 60 und 64ff).

6. Untersuchungszeitraum und Untersuchungsmaterial

Wie oben bereits angeführt, war das Ende des Ersten Weltkrieges im Jahr 1918 kein fixer Zeitpunkt. Es war eher ein Auflösungsprozess, der sich an manchen territorialen Punkten schneller, an anderen langsamer vollzog. Auch die Abspaltung der einzelnen Nationalstaaten von der Habsburgermonarchie zog sich über einige Tage. Auch bis der Kaiser abtrat und sich im übrig gebliebenen Österreich ein neuer Staat mit demokratischer Regierung bildete, vergangen weitere Wochen. Daher ist es schwer, einen fixen Untersuchungszeitraum festzulegen. Der Untersuchungszeitraum soll alle Aspekte vom Kriegsende bis zum Beginn der Ersten Republik Österreich umfassen. Der Beginn der Analyse wird daher am 21. Oktober 1918 verankert, da hier das Kriegsende und der Zerfall der Monarchie bereits erwartet wurden und die Reichsratsabgeordneten der deutschsprachigen Gebiete zum ersten Mal als Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich zusammen traten. Der letzte Analysetag ist der 14. November 1918. Also zwei Tage nachdem die provisorische Nationalversammlung den Staat Deutschösterreich als eine demokratische Republik proklamiert hatte. Dieses Datum wurde gewählt, um noch die ersten Reaktionen auf diesen neuen Staat zu erfassen. In einem ersten Analyseschritt wird der Zeitraum vom 21. Oktober 1918 bis zum 27. Oktober 1918 bearbeitet. Der nächste Analysezeitraum wird mit dem 4. November 1918 einsetzen und bis zum 14. November 1918 fortgesetzt, da in diese Phase des Endes des Ersten Weltkrieges mehrere wichtige Ereignisse fallen: Der Waffenstillstand mit Italien vom 3. November, der sich natürlich erst einen Tag später in den Zeitungen wiederfindet, die Abdankung Kaisers Karls I. vom 11. November und die Ausrufung der Republik Deutschösterreich vom 12. November. Zum Thema Zensur und Pressefreiheit wird jedoch der gesamte Zeitraum vom 21. Oktober 1918 bis zum 14. November 1918 analysiert, da die Entwicklung dieses Themas durch diesen Zeitraum besser dargestellt werden kann.

Beim Analysematerial handelt es sich um Tageszeitungen bzw. Zeitungen, die öfter als einmal wöchentlich erscheinen sind. In der folgenden Tabelle werden die Zeitungen mit ihrer Auflage, Erscheinungsweise, dem Erscheinungsort sowie der politischen Orientierung dargestellt. Diese Daten beziehen sich auf den Forschungszeitraum und wurden aus der Forschungsarbeit von Melischek und Seethaler, sowie der Plattform

ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek entnommen. Die Auswahl der Zeitungen erfolgte aufgrund der Überlegung, ein möglichst breites Spektrum abzubilden und beschränkt sich auf die Gebiete des heutigen Österreichs. Ausgenommen ist das Burgenland, das erst 1921 an Österreich angeschlossen wurde. Außerdem wurde bei der Auswahl darauf geachtet, dass die Zeitungen möglichst täglich erschienen, um direkte und unmittelbare Reaktionen auf die Ereignisse zu erhalten. Was die politische Orientierung angeht so ist hier eine große Bandbreite von unabhängigen, katholischen oder parteizugehörigen Zeitungen vertreten. In der Auflistung wurde eine Differenzierung bezüglich des Erscheinungsortes vorgenommen und die Zeitungen aus Wien extra dargestellt. Diese hatten eine wesentlich höhere Auflage und erschienen auch überregional.

Tabelle 2: Auflistung der Zeitungen aus Wien

Tageszeitungen Wien (Überregional)	Auflage	Erscheinungsweise	Erscheinungsort	Politische Orientierung
Reichspost	6.000-25.000	täglich, teils 2x täglich Erscheint teils als Morgen- u. Abendblatt	Wien	Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns
Arbeiter-Zeitung	25.000-54.000	täglich, montags als Mittagsblatt, an den sonstigen Tagen bis als Morgenblatt	Wien	Zentralorgan der Sozialdemokratie

Tabelle 3: Auflistung der Zeitungen aus den Bundesländern

Regionale Tageszeitungen	Auflage	Erscheinungsweise	Erscheinungsort	Politische Orientierung
Grazer Mittags-Zeitung	Keine Angaben	6x wöchentlich	Graz	unabhängig
Linzer Tages-Post	1.900-19.000	Täglich	Linz	Organ der liberalen Partei in Oberösterreich
Salzburger Chronik	700-5.000	Werktäglich	Salzburg	katholisch
Innsbrucker Nachrichten	1.000-15.000	Werktäglich	Innsbruck	Unabhängiges Tagblatt für Tirol und Vorarlberg
Vorarlberger Volksblatt	1.500-4000	Täglich	Bregenz	katholisch

(Zu den Auflagenzahlen und der politischen Orientierung vgl. Melischek/Seethaler, 2006, 131ff)

7. Methode

In dieser Arbeit wird zur Beantwortung der Forschungsfragen eine Zeitungsanalyse mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durchgeführt. Ein Ziel soll sein, die thematische Vielfalt der Zeitungen in Bezug auf die Fragestellungen zu erarbeiten und in zusammengefasster Form mit Unterstützung von Zeitungsausschnitten und Zitaten auszuarbeiten und darzustellen. Danach sollen die erarbeiteten Kategorien in Anbetracht des historischen Kontextes analysiert werden und miteinander in Zusammenhang gebracht werden.

Qualitative Verfahren stützen ihre Erkenntnis darauf, dass die Wirklichkeit vielfältig und komplex ist. Doch die Inhaltsanalyse ist kein Standardinstrument und muss immer an den konkreten Gegenstand und das Material angepasst werden und auf die spezielle Fragestellung hin konstruiert werden. Mayring definiert die Aufgaben einer Inhaltsanalyse damit, dass sie Kommunikation analysieren will und zwar fixierte Kommunikation, etwa in Form von Texten oder auch Bildern. Dabei soll systematisch vorgegangen werden, also regelgeleitet. Es geht nicht um völlig freies interpretieren. Außerdem soll theoriegeleitet vorgegangen werden, mit dem Ziel Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation ziehen zu können (vgl. Mayring, 2010, 13). Theoriegeleitet bedeutet in diesem Fall, dass der Stand der Forschung zum Gegenstand und vergleichbaren Gegenstandsbereichen systematisch bei allen Schritten einbezogen wird. Es soll an vorherige Erfahrungen angeknüpft werden und ein Erkenntnisfortschritt erreicht werden, so muss dann auch die Fragestellung von der Theorie abgeleitet sein (vgl. Mayring, 2010, 45, 52).

In dieser Arbeit soll nun die Methode der Klassifizierung angewandt werden. Bei dieser geht es darum ein Datenmaterial nach empirisch und theoretisch sinnvollen Ordnungsgesichtspunkten zu ordnen, um so eine strukturierte Beschreibung des Materials zu ermöglichen. Hierbei ist die Grundform des Interpretierens die Strukturierung. Danach erfolgt eine weitere Interpretation dieser Ergebnisse, um die gestellten Forschungsfragen zu beantworten (vgl. Mayring, 2010, 22). Es soll daher, um den Forschungsfragen dieser Arbeit gerecht zu werden, eine strukturierende Klassifizierung der redaktionellen Teile der zu analysierenden Zeitungen vorgenommen werden, natürlich unter Beachtung der inhaltlichen Schwerpunkte, den der Erste

Weltkrieg und dessen Ende bilden. Es sollen die verschiedenen Teile und Artikel in Kategorien eingeteilt und dann mittels Zitaten verdeutlicht und anschaulich gemacht werden. Das Ziel ist demnach bestimmte Aspekte, abgeleitet aus den Forschungsfragen, aus dem Material heraus zu filtern. In dieser Arbeit werden daher auch Elemente der inhaltsanalytischen Methode der inhaltlichen Strukturierung verwendet, welche Material zu vorher bestimmten Themen und Inhaltsbereichen extrahieren und zusammenfassen will (vgl. Mayring, 2010, 85). Die Inhaltsanalyse hat ein Selektions- und Klassifikationsinteresse und die untersuchten Zeitungen sollen daher nur auf für das Forschungsthema relevante Inhalte untersucht werden. Dies bedeutet nicht, dass bestimmte Rubriken vernachlässigt oder in der Durchsicht ausgelassen werden, aber in der Darstellung der Ergebnisse soll sich nur der Inhalt wieder finden, welcher vorher durch die Forschungsfragen bestimmt worden ist.

Bevor nun eine solche Strukturierung und Klassifizierung des Materials vorgenommen werden kann, stellt Mayring an den Beginn der Forschung die Bestimmung dieses Ausgangsmaterials. Beantwortet werden sollen die Punkte: Festlegung des Materials, Analyse der Entstehungssituation und die formalen Charakteristika des Materials. Diese Schritte wurden schon im ersten Teil dieser Arbeit durchgeführt und angeführt. Es folgt nun die Auswertung der Ergebnisse mit der Einteilung des Materials in die herausgefilterten Kategorien und die Zusammenfassung der Ergebnisse. Das Datenmaterial wird in der Folge so reduziert und abstrahiert, dass das Ergebnis überschaubar ist, jedoch noch immer sämtliche wesentliche Inhalte enthält und auf diese Weise das Grundmaterial zuverlässig abbildet. Außerdem soll das gefilterte Material in den historischen Kontext gebracht werden, um die verschiedenen Bedeutungen und Meinungen besser zu veranschaulichen.

8. Darstellung der Forschungsergebnisse Analysezeitraum 1

Im Anschluss erfolgen die Darstellung der Analyseergebnisse der Zeitungen aus der ersten Analysewoche von 21. Oktober 1918 bis 27. Oktober 1918, sowie die daraus resultierenden Kategorien.

8.1. Ansichten und Verhältnis zu US-Präsident Woodrow Wilson und der Entente

Die Erklärungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson werden in allen Zeitung abgedruckt und ausführlich diskutiert, sind sie doch wegweisend für die Zukunft und das Aussehen der Mittelmächte und Europas generell nach dem Krieg. Er ist der Entscheidungsträger, der für den einen Segen und den anderen den scheinbaren Untergang bringt. Dementsprechend wird diese Figur und seine 14 Punkte, die für Ansichten eines ganzen riesigen Reiches stehen, in den Mittelpunkt gestellt. Wilson dient als Identifikationsfigur und personifizierte Meinung der USA und spielt anders als die politischen und militärischen Führer Frankreichs und Englands eine große Rolle. Mit ihm steht und fällt der Frieden und der Waffenstillstand, daher werden seine Aussagen ganz besonders ins Auge gefasst und jeder Satz analysiert. Er wird als Figur hochstilisiert, deren Tun und Handeln für den Tod oder das Überleben von Tausenden verantwortlich ist. Eine Person, die durchaus differenziert betrachtet wird und überwiegend Ablehnung findet. Seine Verbündeten Frankreich und England werden hingegen als abstrakte Gebilde behandelt, deren Entscheidungen zwar teilweise von Wilson abweichen mögen, die sich aber schlussendlich so wie der US-Präsident entscheiden würden. Das Handeln dieser Länder wird nicht an einzelnen Personen fest gemacht. Wird von den USA gesprochen, dann ist immer Wilson der Hauptträger, wird aber von Frankreich und England gesprochen, dann von den Staaten.

Die Zeitungen sind zum Großteil von Wilson enttäuscht und der Meinung er würde den Krieg unnötig in die Länge ziehen und sich der Hetzpresse gegen die Mittelmächte anschließen. Für die „Arbeiter-Zeitung“ hingegen sind die Bedingungen, die Wilson für

den Friedensschluss stellt unumstößliche Bedingungen, die vielleicht im Detail einige Nachteile bringen, die aber trotzdem zu erfüllen sind und für alle die beste Lösung der Situation anbieten. Deshalb wird in der „Arbeiter-Zeitung“ auch nicht verstanden, warum im Deutschen Reich so ein langwieriger Prozess stattfindet, wenn doch schlussendlich keine Aussicht auf eine andere Möglichkeit als die Erfüllung der Forderungen besteht. Während Deutschland vor allem mit dem Punkt über die Abdankung des Kaisers kämpft, gilt für Österreich der Punkt als wichtig, in dem es darum geht, den Völkern ihre Länder zurück zu geben.

„Es gilt jetzt, unmittelbare Beziehungen zu Wilson und zu den slawischen Nationen anzuknüpfen und ihnen sofort nicht im Namen des alten Österreich, sondern im Namen des neuen Deutschösterreichischen Staates Waffenstillstand und Frieden anzubieten: Frieden unter den Bedingungen, die Wilson jetzt gestellt hat [...].“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 1)

„[...] nur auf diesem Weg kommen wir zum Waffenstillstand und zum Frieden! Wilson hat uns ganz klar gesagt, was er zur Bedingung der Verhandlung mit uns macht.“ (Arbeiter-Zeitung, 23.10.1918, 1)

„Die Forderungen klingen natürlich allen, die noch immer im Gedankenkreis des alten Österreich leben, sehr hart: aber ohne ihre Erfüllung kommen wir nicht zum Frieden. Besser, sie früher erfüllen als später! Wie immer wir die Dinge also betrachten, es gibt nur einen Weg: die Regierung den Völkern zu übergeben!“ (Arbeiter-Zeitung, 23.10.1918, 1)

In den anderen analysierten Zeitungen, also der „Reichspost“, sowie sämtlichen Regionalzeitungen, gibt man Wilson jedoch keine Vollmacht in der Entscheidung über die Zukunft der Mittelmächte. Er wird eher als negative Figur dargestellt und als Kriegsverzettler gesehen, der mit seinen harten Bedingungen den Krieg hinauszögert, um Deutschland zu erpressen. Während die „Reichspost“ für das Deutsche Reich gegen Wilson stark Partei ergreift, werden von ihr die Bedingungen, die er für Österreich aufstellt, als weniger hart und eher durchführbar angesehen. Man wehrt sich gegen diesen Eingriff Wilsons auch in die innere Struktur des Reiches und kritisiert seine Meinungswechsel.

„Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Herrn Wilson scheint das bereitwillige Eingehen der Mittelmächte auf das von ihm in seinen früheren Botschaften und

Reden aufgestellte Friedensprogramm jetzt einigermaßen unbequem zu sein. Er weicht aus, sucht sich zurückzuziehen und stellt neue „Punkte“ und Forderungen auf. Diese Haltung stimmt natürlich ganz und gar nicht zu der Rolle des Friedensbringers.“ (Tages-Post, 21.10.1918, 1)

„[...] so ist man bemüht, durch abweisende Gebärden den Friedenspreis möglichst hoch hinauf zu treiben und vor allem auf diesem Wege die Höchstgrenze des Preises zu erfahren, zu dem die Mittelmächte allenfalls bereit wären. [...] Auch der neutralen Presse geht über den wahren Charakter der bisher so bewunderten Friedenspolitik der Westmächte und Wilsons allmählich ein Licht auf. Das Organ der dänischen Sozialdemokratie „Sozialdemokraten“ in Kopenhagen schreibt: Wenn die deutsche Note nicht zum Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen führt, so ist es, weil die Entente den Frieden nicht will; weil die Ideologie, mit der Völker in den Krieg geführt wurden, nur das Schutzblech für die wirklichen Absichten ist, nämlich die Vernichtung des deutschen Volkes als Konkurrenten auf dem Weltmarkte.“ (Reichspost, 24.10.1918, 4)

„Wer bisher glaubte, daß es Wilson um den Frieden der Welt zu tun sei, wird nach der Antwort der amerikanischen Regierung auf unsere Friedensnote prüfen müssen, ob dieser Glaube berechtigt sei.“ (Salzburger Chronik, 21.10.1918, 1)

„Die Grundsätze auf die Wilson sich beruft, sind nur Fassade oder vielmehr sie sind nicht strenge Rechtsgrundsätze, sondern Kapitulationen, die je nach den Kriegsnotwendigkeiten hin und her schwanken und deren einziger Zweck der zu sein scheint, diesen zu rechtfertigen.“ (Salzburger Chronik, 22.10.1918, 2)

„Die Sphinx jenseits des großen Teiches hat endlich gesprochen. [...] Man muss es Wilson lassen, er blieb in einem Punkte sich treu: in der Heuchelei. Er war ein heuchlerischer Neutraler, ein heuchlerischer Friedensengel, ist in den Krieg unter heuchlerischen Worten eingetreten und heuchelt weiter [...].“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

„Er hat dies getan, indem er sich in der Antwortnote an Deutschland ganz den Ton der feindlichen Hetzpresse zu eigen machte, und tut dasselbe neuerdings in der Note an die österreichisch-ungarische Regierung, indem er erklärt, er könne sich mit deren Friedensvorschlag nicht befassen [...].“ (Tages-post, 21.10.1918, 1)

„Jede erdenkliche Erschwerung und Demütigung, auch solche, die den von Wilson selber aufgestellten Punkten diametral widersprechen, wie die Aufnötigung einer bestimmten Regierungsform, wird unbedenklich, zur Anwendung gebracht [...].“ (Reichspost, 25.10.1918, 2)

Die „Reichspost“ sieht die Kriegsgegner generell in einem schlechten Licht. Während sich die „Arbeiter-Zeitung“ mehr auf den Neuaufbau konzentriert, wird in der „Reichspost“ noch in die andere Richtung geschlagen und England und Frankreich mit negativen Darstellungen behandelt. Diese sind laut „Reichspost“ Imperialisten, die auch schon beim Ausbruch des Krieges auf Gewinne auf dem mitteleuropäischen Gebiet hofften und die nun durch die harten Friedensverhandlungen ihr wahres Gesicht zeigen. Es wird die Negativpropaganda und Hetze, die im Ausland gegen die Mittelmächte betrieben wird, kritisiert und versucht wenigstens teilweise zurück zu schlagen. Generell steht man der Entente, die ja immer noch als Kriegsgegner gilt, kritisch gegenüber. Man erfährt sehr wenig über die inneren Verhältnisse in Frankreich und England, häufig kann man nur anhand zitierter Zeitungen aus dem Ausland auf die Stimmung und die politische Lage schließen. Diese Stimmungsbilder, durch die Zitation anderer Zeitungen, etwa aus Rotterdam oder Genf, zeigen unterschiedliche Einstellungen auf. Es zeigt sich also, dass die Kommunikation und die Informationen, welche die Zeitungen und schließlich auch die Leser erhalten, nicht direkt aus den Feindländern kommen. Es sind Informationen aus dritter Hand, die Kommunikationswege sind sehr schlecht und es wird mehr gemutmaßt als gewusst. Die österreichischen Zeitungen zitieren Zeitungen aus der Schweiz oder aus den Niederlanden und diese haben wiederum Artikel aus den Ententezeitungen ausgewählt. Hier kann also nicht von einer klaren Abbildung der Meinungen aus Frankreich und England gesprochen werden. Jede Zeitung sucht sich daher jene Berichte, die die eigene Meinung untermauern. Während auch versöhnlichere Töne anklingen, so werden doch viel häufiger die Hetzkampagnen der verschiedenen Zeitungen abgedruckt, die den Willen der Entente zur Zerschlagung der Mittelmächte ausdrücken.

„In einer Tonart, wie sie selbst die verstiegensten Alldutschen in der Zeit der großen Deutschen Siege nie gegen den Feind gebraucht haben, wird in England und Frankreich für einen Gewaltfrieden gegen Deutschland Stimmung gemacht. Die Urheber dieser Hetze, die ein schlimmes Vorspiel für den zu gründenden Völkerbund zu werden droht, merken gar nicht, daß sie damit den Ursprung und die ursächlichen Zusammenhänge des Weltkrieges klar beleuchten. Wer jetzt an solchen Gewaltplänen sich zu berauschen vermag, der wird niemand glauben machen können, daß er vor Beginn des Weltkrieges sanftmütige Pläne gegen Deutschland hatte und daß dieses gehässige Komplott zur Niederwerfung

Deutschlands nicht schon längst im Gange war. Die jetzigen Haßausbrüche sind ein stürmischer Motivenbericht für den Ausbruch des Krieges.“ (Reichspost, 21.10.1918, 2)

Besonders wird von England immer wieder negativ berichtet. Es finden sich auch in kleinsten Artikeln negative Anspielungen auf dieses Land, während man sich selbst in diesem Zuge als die Besseren darstellen kann. Von Frankreich wird hingegen selten bis gar nicht gesprochen, wenn dann nur im Verbund der Entente. Durch die Übermacht der Berichterstattung über Wilson kommen die Meinungen und Handlungen von England und Frankreich mit deutlich geringerer Zahl vor und sind geprägt von Berichten über Hetzkampagnen und falsche Darstellungen, die man nun zu berichtigen sucht. Obwohl diese Länder Feinde der ersten Stunde waren, spielen sie nun eine eher untergeordnete Rolle, deren Erwähnungen sich auf gelegentliche Seitenhiebe und negative Darstellungen beschränken. Auf dem großen politischen Parkett steht jetzt Wilson, der die Bedingungen diktiert.

„Gemütsmenschen. Aus London, 20. d., wird gemeldet: Bei Lloyds wurden am Ende der letzten Woche Wetten auf Friedensschluß zum Jahresende mit 4:6, auf Friedensschluß bis 31. März 1919 mit 6:4 gebucht. - Geschäft und Wetten, wo es sich um Menschenleben handelt!“ (Reichspost, 22.10.1918, 7)

„Königlicher Hausbesitz in Bayern zur Linderung der Wohnungsnot. [...] Es sei daran erinnert, daß heuer unser Kaiser in ähnlich hochherziger Weise mehrere Schlösser für die Unterbringung von Kindern zur Verfügung gestellt hat. – Von den Jagdschlössern unserer Kriegsgewinner hat man weniger gehört.“(Reichspost, 21.10.1918, 3)

„Während in England die Orgien siegestrunkener Zeitungshäuptlinge lärmern, meldet sich im Hintergrunde eine Stimme, die England nie gerne hörte und jetzt nicht wird hören wollen, die Stimme Indiens. [...] Die Waffe, mit der heute das imperialistische England die Mittelmächte zu demütigen strebt, wird sich schließlich auch gegen England kehren. Wenn nicht heute, so morgen. Um so sicherer, je lockender das Beispiel in Europa ist.“ (Reichspost, 21.10.1918, 2)

8.2. Das Deutsche Reich und Wilson

Die Situation des Deutschen Reiches und dessen Schicksal sind eng mit dem Bündnispartner Österreich-Ungarn verknüpft und werden daher sehr stark in den analysierten Zeitungen thematisiert. Jedoch muss das Verhältnis des Deutschen Reichs zu Wilson und dessen Darstellung gesondert analysiert werden, da es hier deutliche Unterschiede zu Österreich-Ungarn gibt. Wilson wird in seinem Verhältnis zum Deutschen Reich viel stärker kritisiert und negativer dargestellt, als dies zu Österreich-Ungarn der Fall ist. Häufig wird die Situation in Deutschland geschildert und auch alle anderen analysierten Zeitungen, egal aus welcher Region oder mit welchem politischen Hintergrund, widmen diesem Thema viel Platz. Denn ein endgültiger Waffenstillstand und Frieden kann nur in Kombination mit dem deutschen Reich erreicht werden, ein Separatfrieden wird vorerst von der Entente und Wilson ausgeschlossen. Im Unterschied zu allen anderen Zeitungen ist die „Arbeiter-Zeitung“ von der Vorgehensweise, sich nicht bedingungslos Wilson zu unterwerfen, enttäuscht, blickt auf den „großen Bruder“ und kritisiert heftig das Festhalten an alten Traditionen, besonders am Kaiser. Außerdem wird nicht verstanden, warum Deutschland nicht schon jetzt die Waffen streckt, wenn doch die Aussicht auf einen Sieg in weiter Ferne liegt. Es wäre daher besser jetzt zu kapitulieren, anstatt die Verluste in Aussicht einer sicheren Niederlage nur noch weiter zu erhöhen. Eine schnelle Kapitulation im Angesicht des wachsenden amerikanischen Heers wird gefordert.

„Deutschland wird zum Frieden nicht gelangen, solange es nicht den feindlichen Völkern recht anschaulich zeigt, daß sie einem anderen, einem neuen Deutschland gegenüber stehen. [...] Ohne vollständige innere Wandlung kommen wir nicht zum Frieden. Das gilt für Deutschland, gilt aber in noch weit höherem Maße für Österreich und für Ungarn.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 1)

„Der schuldige Kaiser Wird es der Herr Kaiser nun verstehen? Es war sich wohl jeder Mann in Deutschland und in der ganzen Welt darüber im klaren, was Wilson mit der Forderung meinte, die er als Voraussetzung aller Verhandlungen erklärte: daß die Willkürliche Macht, die bis jetzt in Deutschland, in dem sie aus eigener Machtvollkommenheit Krieg erklären durfte, den Frieden der Welt stören konnte, vernichtet werden müsse; nur der Herr Kaiser wollte es nicht verstehen und die

Widerspenstigkeit seines Begreifens hindert es [...]“ (Arbeiter-Zeitung, 25.10.1918, 1)

„[...] und der Kaiser weigert seinen Rücktritt, beharrt dabei, Kaiser zu bleiben, obwohl das nun dem Volk die allerschmerzlichsten Opfer auferlegt: ist das nicht einfach entsetzlich? Millionen müssen für den Thron der Hohenzollern ihr Leben lassen, ihre Gesundheit, ihr Dasein hergeben, um die Herrschaft Wilhelms zu behaupten und der Kaiser weigert sich selbst dieses vergleichsweise bescheidene Opfer und stellt seine persönlichen Interessen über alle Notwendigkeiten des Volkes und des Vaterlands!“ (Arbeiter-Zeitung, 25.10.1918, 1)

Besonders prangert die „Arbeiter-Zeitung“ den deutschen Kaiser an. Er wird als Hindernis für den Frieden angesehen und auch seinen Beratern wird vorgeworfen, dem Kaiser nicht den richtigen Weg zu weisen, der offenbar alleine nicht dazu im Stande ist. Es zeigt sich, dass die „Arbeiter-Zeitung“ offenbar im Deutschen Kaiser eine Figur gefunden hat, um den Widerwillen gegen alles Monarchische zum Ausdruck zu bringen und auch klare Worte dafür zu finden, während die Situation in der Habsburgermonarchie relativ unberührt bleibt und inhaltlich nur gestreift wird, denn vor allem der noch amtierende Kaiser Karl I. bleibt verschont.

„Mit aller Deutlichkeit steht es in den Waffenstillstandsforderungen Wilsons, die man nicht ablehnen kann, daß Wilhelm II. nicht mehr deutscher Kaiser sein kann, wenn der Waffenstillstand in Kraft treten soll. Der Waffenstillstand muß aber in Kraft treten, das sagt auch dem verblendetsten Alldeutschen der Heeresbericht vom gestrigen Tage. Müssen jeden Tag Tausende fallen, Tausende verwundet werden, Tausende in Gefangenschaft geraten, weil es niemanden in Deutschland gibt, der dem Kaiser sagt, was er tun muß?“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 2)

„Es scheint, daß die neue Regierung entweder nicht den Mut hat von Wilhelm den Rücktritt zu fordern, oder nicht die Kraft, den Kaiser von der unerläßlichen Notwendigkeit zu überzeugen; aus eigenem ist aber Wilhelm entschlossen, dem Reiche lieber die schwersten Opfer aufzuerlegen, als seine Herrlichkeit freiwillig aufzugeben. [...] Und kann man es noch Majestät nennen, wie Wilhelm sich an das Amt klammert, das aufzugeben heute sittliche Pflicht wäre?“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 2)

Anders ist das Verhältnis zum deutschen Kaiser in der „Reichspost“ und den anderen Zeitungen. Im Allgemeinen stellen sich die Zeitungen, was die Verhandlungssituation mit Wilson angeht, hinter das Deutsche Reich. Auch der deutsche Kaiser wird in den

Berichten der Zeitungen wenig bis gar nicht erwähnt und man ist der Ansicht, dass Deutschland schon genug in Richtung einer demokratischeren Staatsform gemacht hat, die Abdankung des Kaisers wird als nicht notwendig erachtet. Wilson wird nachgesagt den Krieg zu verschleppen und dem Deutschen Reich keine Möglichkeiten mehr offen zu lassen, um würdevoll zu kapitulieren. Er will auch den letzten Rest aus Deutschland herausholen und ist nicht bereit den Krieg zu beenden, sollte er seine Bedingungen nicht erfüllt sehen. Man bemerkt eine große Enttäuschung gegenüber der Person Wilsons, in die man doch große Hoffnungen hin zum Frieden gesteckt hat. Der Mann, der zwar gemeinsam mit der Entente gegen die Mittelmächte kämpfte, aber dem man doch auch eine gewisse Überparteilichkeit zugesprochen hatte, lässt nun, so meinen die Zeitungen, sein wahres Gesicht erkennen. Auch die „Salzburger Chronik“ spricht von einer Art „Amerikanischer Hetze gegen die Verständigung“. Nun werden seinen Absichten als zerstörerisch angesehen. Dies steht im starken Gegensatz zur „Arbeiter-Zeitung“, die in keinsten Weise die Entscheidungen Wilsons kritisiert, sondern ganz im Gegenteil, Deutschland auffordert, alles zu erfüllen, um den Krieg damit endlich zu beenden. Währenddessen hält die „Reichspost“ in ihrer Tradition an den monarchischen Strukturen festhält, egal in welchem Land.

„Die Antwort der deutschen Reichsregierung ist abermals so entgegenkommend als nur möglich. Sie stimmt zu, daß der Waffenstillstand zu Bedingungen abgeschlossen werde, die den Fortbestand des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses an den Fronten, also die Ueberlegenheit der Verbandsstreitkräfte gewährleisten, und begnügt sich Wilson an die Grenzen zu erinnern, welche die Ehre des deutschen Volkes und der Grundsatz eines gerechten Friedens den Bedingungen ziehen müssen. [...] Ob Wilson auch nach dieser Antwort noch eine Möglichkeit finden wird, die Beendigung des Krieges zu verschleppen und neue Erschwerungen des Friedens von der Art etwa, wie er sie in seiner Antwort an Oesterreich-Ungarn zu ersinnen wußte, auszuhecken, bleibt abzuwarten.“ (Reichspost, 22.10.1918, 3-4)

„Wieder hat Wilson gesprochen und wieder ist seine Botschaft eingewickelt in das bauschige Gewand des „Wenn und Aber“- Stiles. [...] Aber Herr Wilson will offenbar nicht verstehen, ihm, dem gewählten Präsidenten, ist es nur um einen persönlichen Sieg über den gekrönten Autokraten zu tun. Sein Triumph ist erst vollständig, wenn dieser beseitigt ist. [...] Überdies wissen wir aus den letzten Äußerungen der Ententepresse ungefähr, was für ungeheuerliche

Waffenstillstandsbedingungen den Deutschen zugemutet werden sollen, und es ist leider zu befürchten, daß die Bedingungen der militärischen Berater der Entente kaum allzuweit hinter den Forderungen der Hetzpresse zurückbleiben werden.“ (Tages-Post, 25.10.1918, 1-2)

„Die Verbandspresse führt eine von Tag zu Tag übermütiger werdende Sprache. Wir übergehen die zahlreichen Stimmen und führen an, nach einer halbamtlichen Meldung aus Washington werde in der Umgebung Wilsons erwartet, daß Deutschland eine weitere Note senden werde zu dem Zweck, die Aussprache über den Frieden fortzusetzen; wenn das zutreffe, so dürfe man sicher sein, daß Deutschland sich unnötig bemüht habe.“ (Vorarlberger Volksblatt, 22.10.1918, 2)

„Die gestern veröffentlichte Antwort der deutschen Regierung nimmt klipp und klar zu der letzten Wilsonischen Note Stellung und unterscheidet sich dadurch wohltuend von dem stets hinterhältig verschwommenen „amerikanischen“ Stile des Herrn Wilson.“ (Tages-Post, 22.10.1918, 1)

8.3. Die Nationalstaaten

Der Zerfall der Habsburgermonarchie und die Abspaltung der einzelnen Nationalstaaten ist ein großes Thema in den Zeitungen, jedoch wird dieser Prozess unterschiedlich interpretiert. Während dieser Vorgang für die „Arbeiter-Zeitung“ ein Neuanfang und eine Chance ist, bedeutet dies für die konservative „Reichspost“ das Ende einer Ära, welches man noch nicht ganz akzeptieren kann und mehr oder weniger einfach hinnehmen muss. Die „Tages-Post“ führt wieder einen anderen Punkt an und kritisiert nicht den generellen Willen zur Gründung eigener Staaten, sondern den Weg, den die Nationalitäten gewählt haben, der dorthin führen soll. Für die „Arbeiter-Zeitung“ ist die Konstituierung der neuen Nationalstaaten ein wichtiger Schritt hin zu einem demokratisierten Europa. Das Recht der Völker auf eigenständige Staaten wird positiv aufgenommen und befürwortet. Die Situation vorher wird als Zeit beschrieben, in der der Zusammenhalt der einzelnen Völker unter einer Krone nur mit Gewalt möglich war. Einen neuerlichen Verbund hält die „Arbeiter-Zeitung“ für fraglich und nur unter einem freiwilligen Zusammenschluss für möglich. Der Zerfall der Monarchie ist für viele ein emotionales Thema, welches nicht nur ideologische Aspekte umfasst, sondern auch Einfluss auf das tägliche Leben haben wird. Schon zu Beginn des Loslösungsprozesses

zeigt sich, dass durch die Lebensmittelsperren einzelner Ländern die Bevölkerung von Österreich stark bedroht wird. Es handelt sich hier nicht nur um politische Kalküle, sondern um ganz klare Auswirkungen auf die Bevölkerung, deren Lebenswelt zusammen zu brechen scheint. Die Zeitungen kommentieren die Unternehmungen der einzelnen Nationen teilweise recht distanziert, vor allem wenn es um politische Komponenten geht, wohingegen etwa die Lebensmittelsperren scharf kritisiert und angeprangert werden. Der Verlust des Großreiches wird nur selten beweint, sondern eher als Tatsache kommuniziert, mit der man sich nun zu Recht finden muss und die es zu regeln gilt. Die Berichte über die Gründung der einzelnen Nationalversammlungen werden nüchtern behandelt und es findet sich dazu auch keine negative Reaktion. Es scheint, als hätten die Zeitungen, egal aus welcher Region oder politischen wie religiösen Färbung, erkannt, dass an diesen Geschehnissen mehr kein Weg vorbei oder zurück führt und dass nun die Zeit gekommen ist die Zukunft neu zu gestalten, wenn auch notgedrungen. Vielfach kommt noch der Wunsch auf eine gemeinsame Lösung und Regelung der Situation auf und die Hoffnung, dass sich die Länder schlussendlich doch noch kooperativ zeigen würden, da man schließlich gegenseitig profitiere. Die große Tragweite der Ereignisse und der Verlust zahlreicher Absatzwege und Transportwege werden noch nicht erahnt.

„Heute kann gesagt werden, daß der vom kaiserlichen Manifest vorgeschlagene Weg für eine Neuordnung der Verhältnisse in Oesterreich sich als nicht gangbar erweisen wird.“ (Innsbrucker Nachrichten, 21.10.1918, 1)

„Das „tausendjährige“ Ungarn ist in den Schmelztiegel ebenso geworfen wie Oesterreich.“ (Arbeiter-Zeitung, 21.10.1918, 1)

„Wenn ein Bund der Völker dieses Landes überhaupt noch möglich ist, so kann er nur aus ihrer vollen Freiheit werden, nur das Ergebnis freiwilliger Beziehungen souveräner Nationen sein. Das ist Wilsons Friedensbedingung.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 2)

„Mit beispiellosen Opfern an Blut und Gut hat unser Volk den Versuch der herrschenden Klasse gebüßt, ihre Herrschaft über fremde Nationen aufrecht zu erhalten [...] haben auch sie erkannt, daß das deutsche Volk seine Zukunft nicht gründen kann auf die Beherrschung anderer Völker: das es das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker anerkennen und das selbe Recht für sich selbst fordern muß.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 2)

„Im Augenblick gibt es nur eine Parole: die Uebertragung der Regierungsgewalt an die Völker!“ (Arbeiter-Zeitung, 23.10.1918, 1)

„Man erfülle die Forderungen der Tschechen und der Südslaven, lasse sie ihre Regierungen bilden und ihre Länder verwalten, ziehe die fremden Truppen aus ihren Ländern zurück – nur so, wird der Weg zu Wilson frei! Wir geben zu, daß der Entschluß schwer ist; aber die Verantwortung derer, die ihn verzögern, ist ungleich schwerer!“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 1)

„Jetzt aber lösen sich aus dem Reichsgebilde freie Nationalstaaten heraus. Jedes Volk bestimmt in seinem Nationalstaat selbst sein Geschick. Die Krone büßt die Funktion ein, die sie bisher versehen hat. [...] Und die freien Nationen, die so entstehen, werden im Völkerbund vereint sein, den Frieden der Völker zu wahren. Nicht die Gewalt, sondern das Recht wird fortan den Streit der Völker schlichten.“ (Arbeiter-Zeitung, 27.10.1918, 1)

Die „Reichspost“ sowie die anderen konservativ-katholischen Zeitungen gestehen den Völkern ebenfalls ein Recht auf die freie Staatenbildung zu, jedoch hält man daran fest, dass trotzdem in naher Zukunft wieder ein gemeinsames Bündnis dieser Staaten unter der alten Dynastie entstehen wird und man hofft auf eine freiwillige Rückkehr der Völker. Aber man sieht ein, dass sich zunächst einmal eigenständige Nationalstaaten, auch ein eigenes Deutschösterreich, bilden müssen, um dann in erneute Verhandlungen über eine mögliche gemeinsame Zukunft zu treten.

„Es mögen die Völker sich entscheiden, die Völker selbst, freilich, nicht ein paar zufällige Wortführer, sie haben ein Anrecht darauf [...]. Aber zu dieser Entscheidung der Völker und zu der in alle Aeufferungen des Lebens eingreifenden Auseinandersetzung zwischen den Völkern ist der Friede notwendig. Er soll jetzt ohne längeren Verzug herbeigeführt werden.“ (Reichspost, 21.10.1918, 1)

„Das Allernächste aber ist, daß die Auseinandersetzung von Volk zu Volk beginne. Der tschechische Nationalrat kann es ablehnen mit der Wiener Zentralregierung zu verhandeln, aber nicht, mit der Vertretung der österreichischen Deutschen sich auseinanderzusetzen, mit denen die Tschechen von Rain zu Rain aneinander wohnen und noch nach hundert Jahren aneinander wohnen werden.“ (Reichspost, 22.10.1918, 2)

„Es kommt dann auch die Zeit, wo alle Nationen zu einander treten werden, in freundschaftlicherer als die alten Beziehungen waren, weil sie dann einsehen werden, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 24.10.1918, 2)

„Ob nüchterne, gesunde Vernunft und die Macht der Tatsachen des praktischen Lebens die Nationen nach einer herben Lehrzeit die geographische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Einheit in einer modernen Form als das Bessere erkennen lassen werden? Trotz aller düsteren Aussichten wollen wir diese Hoffnung nicht ganz begraben.“ (Vorarlberger Volksblatt, 24.10.1918, 1)

8.4. Deutschösterreich

„Der Weltkrieg war die chemische Substanz, in der das Kaisertum Oesterreich aufgelöst wurde. Wer hätte wohl beim ersten Kanonenschuß, der im Juli 1914 an der serbischen Grenze fiel, gedacht, daß er ein Salutschuß am sich öffnenden Grabe Oesterreichs sei?“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

Nachdem sich die Tschechen, Slowaken und Südslawen vom Reich abgetrennt hatten und auch das Bündnis mit Ungarn ins Wanken geriet, war es auch für den deutschsprachigen Teil Zisleithaniens und alle Deutschen des Habsburgerreiches an der Zeit ebenfalls zur Tat zu schreiten und einen eigenen Staat zu gründen. Dieser sollte Deutschösterreich heißen und mehr oder weniger die heutigen Gebiete Österreichs umfassen. Auch vor dem Hintergrund der Forderungen Wilsons, nicht mehr mit Österreich-Ungarn verhandeln zu können, war eine Staatsgründung unumstößlich. Dieser Vorgang wird in der „Arbeiter-Zeitung“ gefördert. Die Unfähigkeit des verbliebenen Staatsapparates wird erkannt und daher die Schaffung eines neuen handlungsfähigen Organs begrüßt. Auch in anderen Zeitungen, wie in der „Tages-Post“ oder der „Salzburger Chronik“, erkennt man die Notwendigkeit einen eigenen deutschen Staat zu gründen und schildert ausführlich die Ereignisse. Der Entschluss, einen neuen deutschösterreichischen Staat zu gründen, wird mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Während die meisten Zeitungen diesen Vorgang fördern, wird er von der „Reichspost“ als eher notwendiges Übel gesehen. Die Auswirkungen dieses Ereignisses werden von den analysierten Zeitungen in der Anfangsphase noch nicht erkannt. Die Ereignisse überschlugen sich und es bleibt auch aufgrund der Papierknappheit und der Verordnung, dass gewisse Zeitungen nur mehr vierseitig erscheinen dürfen, nur wenig Platz, um die Geschehnisse auch auf einer tieferen Ebene zu analysieren. Die Zeitungen kommen kaum mit der Berichterstattung über die aktuellen Geschehnisse hinterher und

haben noch keine Zeit über die zukünftigen Auswirkungen zu reflektieren. Was zählt ist nur der aktuelle Augenblick und das Ziel hin zum Frieden, was danach kommt, liegt noch in weiter Ferne. Diese Lage wird von den Zeitungen auch erkannt, denn die „Tages-Post“ und das „Vorarlberger Volksblatt“ führen an:

„Man kann derzeit in der Monarchie kaum mehr von einem „Gang der Ereignisse“ sprechen, denn die Ereignisse jagen und überstürzen sich in einer Hast, die es kaum mehr möglich machen, ihr Gründe und Triebfedern klar zu erkennen.“
(Tages-Post, 25.10.1918, 2)

„Die Ereignisse der inneren Politik Oesterreichs stürmen mit Riesenschritten vorwärts, so daß wir nur schlagwortartig die einzelnen Etappen der Entwicklung mitteilen können, ohne eine Würdigung und Besprechung der immer wechselnden fortschreitenden Verhältnisse geben zu können. [...]; man muß sich vorherhand damit begnügen, die Ereignisse aufzuzählen, die Entwicklung abzuwarten [...].“
(Vorarlberger Volksblatt, 22.10.1918, 1)

Der neue Staat Deutschösterreich wird von vielen Zeitungen als richtiger Schritt in die Zukunft gesehen und vor allem von der „Arbeiter-Zeitung“ stark begrüßt. Denn die dahinter stehende Institution, die Sozialdemokratische Partei, erkennt in diesem Staat endlich die Chance, um das Land umzugestalten und mehr Mitspracherecht dabei zu erhalten. Außerdem sieht die „Arbeiter-Zeitung“ nur in der Gründung dieses Staates die Möglichkeit, mit den anderen Nationen zu verhandeln und wieder für Frieden zu sorgen. Aber auch in den Regionalzeitungen wird dieser Staat positiv aufgenommen. Man fordert nun für sich selbst das gleiche Recht, welches auch den anderen Nationen zugesprochen wird, das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses soll auch für die Deutschen gelten und wird von den Zeitungen nun auch so gefordert. Die Deutschen sollen nicht hinter den anderen Nationen zurückbleiben und stark für die Zukunft arbeiten.

„Wir Deutsche erscheinen hier, hoffentlich zum allerletztenmal, als die Opfer der österreichisch-ungarischen Staatlichkeit; wir gelangen zum Waffenstillstand und zum Frieden nicht weil der Nationalitätenstaat mit „seinen“ slavischen Völkern im Kriegszustand lebt! Das muß gründlich geändert werden, und die Aufgabe des deutschen Nationalstaates, der heute in ernster Auffassung des historischen Augenblicks ins Leben tritt und bald mit allen staatlichen Wirksamkeiten ausgestattet werden muß, wird es sein, mit dem Volke und Staate der Tschechen

in Verhandlungen zu treten. Das alte Oesterreich ist verschwunden, und die Völker, die freien und unabhängigen Völker, treten wirkend auf den Plan.“ (Arbeiter-Zeitung, 21.10.1918, 2)

„Aber die Deutschen haben sich diesmal erfreulicherweise zu einer sonst bei ihnen seltenen Energie, zu einem raschen Handeln aufgerafft. Sie haben sofort das Selbstbestimmungsrecht auch für sich in Anspruch genommen, zum unangenehmen Erstaunen der Slawen, die offenbar hofften, die Deutschen würden bei dieser Verteilung Oesterreichs lediglich eine passive Rolle spielen.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

„Das deutsche Volk in Oesterreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbstständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.“ (Salzburger Chronik, 22.10.1918, 1)

„Wir Deutschösterreicher haben jetzt die Pflicht, unsere Forderungen mit allem Nachdrucke anzumelden, so laut und so eindringlich, daß sie jenseits des Ozeans gehört werden. Ueber uns darf nicht zur Tagesordnung geschritten werden. Wir Deutschösterreicher haben die gleichen Rechte, wie die anderen Völker und auch wir beanspruchen die eigene Entscheidung darüber, welche Verbindungen wir eingehen und welche Beziehungen wir anknüpfen wollen. [...] Es leben das freie, unabhängige Deutschösterreich!“ (Innsbrucker Nachrichten, 21.10.1918, 1)

„Doch wir müssen die Tatsachen, wie sie einmal vor uns liegen, mit kühler Ueberlegung nehmen; Kopflösigkeit, wie sie sich heute überall, und nicht in letzter Linie bei uns Deutschen zeigt, ist ein schlechter Berater. Wir Deutsche sind also vorderhand auf uns selbst angewiesen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 24.10.1918, 1)

„Gestern hat das große Ereignis sich vollzogen. Die im Wiener Landhause versammelten deutschen Reichsrats-Abgeordneten aller Parteien haben die Gründung eines selbstständigen deutschösterreichischen Staates beschlossen. Sie wählten dazu nicht einen Saal des österreichischen Parlaments, sondern den Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses, um schon damit die volle Selbstständigkeit dieses künftigen Deutschösterreich gegenüber den anderen Teilen der bisherigen Monarchie zu betonen.“ (Tages-Post, 22.10.1918, 1)

„Wir können nicht das alte, fallende Staatsgebilde verteidigen; unsere Aufgabe kann nur noch darin bestehen aus dem Zusammenbruch des österreichischen Staates das deutsche Volk zu retten.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 2)

„Je eher die Regierung und das alte, verhaßte System verschwindet, desto besser für die Erhaltung unserer Einheit und Geschlossenheit.“ (Innsbrucker Nachrichten, 26.10.1918, 2)

Auch die „Reichspost“ erkennt die Lage und spricht sich für diesen neuen Staat Deutschösterreich aus. Man sieht ihn als Rettungsaktion, ein notwendiges Übel, um durch die schweren Zeiten zu navigieren um dann wieder die alte Ordnung herstellen zu können. Die „Reichspost“ spricht sich für keine rein parlamentarische Demokratie aus, genauso wie die „Grazer Mittags-Zeitung“. Diese monarchisch geprägten Zeitungen streben eine Verflechtung mit dem alten Kaiserhaus Habsburg und einer dynastischen Nachfolge dieses Hauses an. In diesen Zeitungen schwingt auch, im Gegensatz zu den anderen analysierten Zeitungen, eine gewisse Wehmut über die Situation mit. Auch im konservativen „Vorarlberger Volksblatt“ wird die Gründung der provisorischen Nationalversammlung nicht mit einer Abdankung des Habsburgerkaisers Karl I. gleich gesetzt, sondern eine Möglichkeit auf Weiterführung der Dynastie gesehen und gewünscht. Trotz dieser Wünsche wird aber auf die Einigkeit der Parteien verwiesen, um dieses große Ziel, die Staatsgründung, zu erreichen. Es wird aber darauf hingewiesen, dass jede Partei trotzdem weiter seinen Standpunkt vertritt und einbringen wird. Es sei hier an dieser Stelle zu bedenken, dass zwar im Prinzip Deutschösterreich am 21. Oktober 1918 gegründet wurde, dass dessen volles Wesen aber noch offen für Verhandlungen blieb. Es steht noch nicht fest, welche Verfassung sich dieser Staat geben wird und so bleibt für die Zeitungen noch Raum, um zu spekulieren und Anregungen zu äußern.

„Jetzt dürfen wir uns keinen Gefühlen, nicht denen des Schmerzes und der Wehmut oder der Verbitterung hingeben, sondern müssen unsere Gedanken freihalten für das schwere Rettungswerk, das zunächst an unserer engeren Heimat in Oesterreich zu vollbringen ist. [...] so mögen sich in Zukunft um diesen festen Pol, der in der Geschichte des Donaureiches mehr als einmal der Stützpunkt für die gesamte Staatsorganisation wurde, die einzelnen Teile aus freier Wahl, geführt durch die Triebkräfte der Natur, wieder zusammenfinden.“ (Reichspost, 22.10.1918, 1)

„Die Konstituierung des Nationalrates der Deutschen Oesterreichs ist heute erfolgt, würdevoll und Hoffnungen erweckend. Eine einheitliche Willenskundgebung ist im ersten Wurf den vereinigten deutschen Parteien

gelingen, und ein Deutschösterreich ohne Lücken tritt vor uns, wie es noch niemals in der Zeit des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu sehen war.“ (Reichspost, 22.10.1918, 1)

„Freilich – im Hintergrunde der heutigen Versammlung erschienen deutlich sichtbar die Gegensätze großer Geistesrichtungen, Gegensätze, wie sie wahrscheinlich immer bestehen werden, so lange es Staaten gibt: Auf der einen Seite die konsitutionell-monarchische Staatsauffassung, auf der anderen das Bekenntnis zur Republik. Es wäre ein Versteckspiel gewesen, nicht würdig dieser Versammlung, wenn man diesen Grundsätzen, so widerspruchsvoll sie gegeneinander stehen mögen, hinter dem Berge gehalten hätte.“ (Reichspost, 22.10.1918, 1)

„In der Zeit wo reichsvergessene Völker mit eigener Kraft und mit feindlicher Hilfe ihr Schicksal zu bauen sich anschicken, nahmen das deutsche Volk und seine parlamentarischen Vertreter die Geschicke selbst in die Hand, ohne dabei den Rechtsweg zu verlassen und etwas zu tun, was mit den Absichten unseres Kaisers in Widerspruch stände. [...] Deutsch-Österreich, bisher die stärkste und verlässlichste Stütze von Habsburgs Thron [...]“ (Vorarlberger Volksblatt, 23.10.1918, 1)

Während in einigen Zeitungen, wie der „Arbeiter-Zeitung“ und den „Innsbrucker Nachrichten“, mehr die politische Komponente dieser Staatsgründung im Fokus steht, wird in der „Reichspost“ und in anderen Zeitungen, wie der „Tages-Post“, näher auf diesen wichtigen Tag eingegangen und einige Stimmungsbilder aus dem Sitzungssaal geliefert. Anscheinend wollten die Zeitungen den vielen Lesern, die nicht dabei sein konnten, das Gefühl geben, bei diesem wichtigen Ereignis Teil zu haben. Dieser Augenblick in der österreichischen Geschichte wird als bedeutender historischer Punkt erkannt und gewürdigt, wenngleich das volle Ausmaß der Konsequenzen dieser Geschehnisse noch nicht absehbar ist, so ist man sich bewusst, was für ein wichtiger Vorgang mit Einberufung eines provisorischen Nationalrates von Deutschösterreich von staten gegangen ist. So wird auch der Ort, an dem dies geschah, von den Zeitungen mit einem gewissen Pathos aufgeladen, um die Wichtigkeit und Feierlichkeit noch weiter zu unterstreichen. Dies ist wahrscheinlich das erste Mal seit Beginn des Krieges, dass mit konkreten Taten seitens der Politik neue Hoffnung für die Zukunft der Bevölkerung entsteht und gegen die Stagnation und für den Frieden gekämpft wird.

„Im Sitzungssaale des n.d. Landtages dessen prächtige Fresken und altertümliche Täfelung Sinnbilder ererbter deutscher Kultur und Zeugen alter deutscher Landesakte sind, fand heute, um 5 Uhr nachmittags, die Gründung des deutschösterreichischen Staates und die Bildung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs statt. Vor dem Landhause staute sich die Menge der Zuschauer, die diesen geschichtlichen Akt wenigstens von der Ferne beobachten wollten und die einzeln eintreffenden Abgeordneten vielfach begrüßten. Die Abgeordneten sammelten sich in feierlicher Stimmung im Saale, der für die große Zahl fast nicht Raum genug bot.“ (Reichspost, 22.10.1918, 2)

„**Die Wiege Deutschösterreichs.** Das niederösterreichische Landhaus, in dem Montag die provisorische deutschösterreichische Nationalversammlung zusammentrat, ist alter geschichtlicher Boden. Aus seinen Toren war das ständische Freikorps gegen Napoleon ausgezogen, von dort traten die Herrenstände den bangen Weg zum Kaiser der Franzosen nach Schönbrunn an um ihm die Kapitulation von Wien zu melden. [...] Aber die Not unserer Tage hat keine Zeit für Vergangenheit, aller Hirne und Herzen sind in die Zukunft gebannt, in die Zukunft des deutschösterreichischen Volkes. Schwer nur finden die Volksboten Raum in dem edlen Prunksaale. Der Präsident sitzt allein in uraltem Gefühle, über dem der zweiköpfige Adler Oesterreichs schwebt; oder ist es ein Entschweben?“ (Tages-Post, 23.10.1918, 2)

„Die Galerien waren bis aufs letzte Plätzchen gefüllt und eine photographische Camera stand an der Seite bereit, den historischen Akt im Bilde festzuhalten. Es lag eine selten einmütige Stimmung über der Versammlung und das offensichtliche Bestreben aller Parteiungen, vor der einen großen Aufgabe das Augenblicks und der nächsten Zukunft zurückzustellen. Dies äußerte sich sowohl in dem stürmischen Beifall, der die gemeinsamen Kundgebungen fast Satz für Satz unterbrach, als auch in der Achtung der Parteierklärungen, die auch von den Parteigegnern ohne Störung hingenommen wurden, da es sich in erster Linie um das gemeinsame große Ziel handelte.“ (Reichspost, 22.10.1918, 2)

Die „Reichspost“ führt eine neue Idee in der Diskussion um die Neuordnung von Deutschösterreich ein und schlägt ein Ordnungsministerium vor, welches überregional für die Neuordnung nach dem Krieg sorgen soll und dass unter einer gemeinsamen Führung mit einem Mann an der Spitze, Heinrich Lammasch. Der Rechtswissenschaftler wurde auch tatsächlich als letzter k.k. Ministerpräsident von Kaiser Karl I. am 27. Oktober 1918 eingesetzt und mit den Regierungsgeschäften Zisleithaniens betraut, jedoch blieb er ohne Erfolg und ohne Einfluss. Auch von anderen Zeitungen, wie der „Salzburger Chronik“, wird diese Idee aufgenommen und man hofft auf eine

gemeinsame Organisation der zerfallenen Gebiete. Man hat Angst vor dem drohenden Chaos, indem man erkennt, dass jeder einzelne Teil der Monarchie vorher für das Wohl des großen Ganzen gesorgt hat und dass nun durch die Abspaltung viele Synergieeffekte verloren gehen. Häufig findet man zum Habsburgerreich eine Darstellung und Analogie anhand eines lebenden Organismus, eines Körpers, dessen Einzelteile für sein Überleben wichtig ist und keines ohne das andere existieren kann.

„Anordnungen der Zentralstellen werden nicht mehr befolgt, Befehle nicht mehr beachtet, selbst nicht mehr von einzelnen Statthaltern. Was sich österreichische Regierung nennt, ist im Augenblicke nur mehr Fiktion, ein Firmenschild auf einem Hause, dessen Gesellschaft erloschen ist. [...] Die Aufrechterhaltung der Ordnung der Staatsfinanzen, des Staatseigentums, der Volkswirtschaft und des Verkehres geht alle an. Daß die Postsparkasse, die Oesterreichisch-Ungarische Bank, die Eisenbahnen nicht in Anarchie verfallen, ist eine Forderung, die alle Nationen ausstellen müssen.“ (Reichspost, 24.10.1918, 1)

„Alles drängt also zu einer Verständigung über diese bei allen vorhandenen Interessen, zur Einsetzung einer Ordnungsgewalt, die ohne die Rechtsnachfolgerin der österreichischen Zentralregierung zu sein, deren Funktionen als unparteiische Sachwalterin der künftigen nationalen Staatswesen bis zu deren Konstituierung und Arbeitsübernahme ausübt.“ (Reichspost, 24.10.1918, 1)

„Der Beschluß des Vollzugsausschusses spricht nicht von einer Regierung, sondern von einer „gemeinsamen Delegation der Nationalräte“ [...] aber praktisch wird diese gemeinsame Delegation die Wirksamkeit einer Regierung haben, weil eben eine gemeinsame Regierung da sein muß, wo die unzähligen feinen Nervenstränge, die nebeneinander und sich kreuzend durch den uralten Staatsorganismus Oesterreichs laufen, durch kein Machtgebot zu trennen sind und jedem, der dennoch eine rohe Amputation versuchen würde, mit der Lähmung jedes Körpergliedes antworten.“ (Reichspost, 25.10.1918, 1)

„Diese Delegation wäre eine Art Liquidierungskomitee des alten Oesterreichs. Man hofft, daß der Ruf zu Verhandlungen bei den anderen Nationen Gehör finden wird.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

Die „Innsbrucker Nachrichten“, als unabhängige Tageszeitung, betrachten diese Vorhaben eines Ordnungsministeriums nüchtern und zeigen Argumente auf, warum dies nicht funktionieren kann. Neben der „Arbeiter-Zeitung“ sind die „Innsbrucker Nachrichten“ die einzigen, die kommunizieren, dass es keine Zusammenarbeit der

Nationen unter österreichischer Anleitung mehr geben wird. Beide Zeitungen erkennen, dass es nur eine Lösung von Volk zu Volk auf gleicher Ebene geben kann.

„Diesem Plan steht jedoch der wiederholt geäußerte Wille der Tschechen und Südslawen entgegen, mit einer ernannten österreichischen Zentralregierung unter gar keinen Bedingungen mehr zu verhandeln. Ein Ordnungsministerium hätte demnach wenig Aussicht auf eine erfolgreiche Tätigkeit. Dagegen werden Verhandlungen zwischen den Nationalitäten, also Verhandlungen von Volk zu Volk, sofort positive Ergebnisse zeitigen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 26.10.1918, 1)

Die Idee und der Versuch ein gemeinsames Ordnungsministerium zu schaffen, welche die „Reichspost“ propagiert und von den anderen dynastisch geprägten Zeitungen aufgenommen wird, zeigt, dass die Akzeptanz zur kompletten Loslösung der Nationalitäten von Österreich noch nicht vorhanden ist und dass daher eine Art Hybridgebilde erdacht wird, nachdem die Nationen in einer gewissen Art noch verbunden bleiben, um vielleicht doch noch eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. In dieser Übergangslösung und der Hoffnung auf irgendeine Art gemeinsamer Zukunft der alten Habsburger Nationen zeigt sich, dass unterschwellig die Abspaltung noch nicht angenommen wird und der Versuch gestartet wird diesen Vorgang zu verlangsamen.

Es wird immer wieder die Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung betont, die Angst vor einer völligen Anarchie scheint in den Zeitungen und im Land allgegenwärtig zu sein. Die „Reichspost“ sieht in einer gemeinsamen Übergangsverwaltung die Lösung dieses Problems, um die Versorgung aufrecht zu erhalten, was jedem einzelnen zu Gute kommen soll.

„Bis zur Schaffung der neuen Einrichtungen werden die bestehenden in Kraft bleiben müssen, wenn nicht ein Vacuum [sic!] eintreten soll, so muß dem Vaterland erspart bleiben, aus einer Ordnung in die andere durch ein Chaos hinüberzuschreiten.“ (Salzburger Chronik, 22.10.1918, 4)

„Ruhe und Ordnung im Lande sind die unerläßlichen Bedingungen für Tage von weltgeschichtlicher Tragweite. Beide können aber nur gesetzt werden, wenn solche Lebensbedingungen geschaffen werden, die wenigstens vor drohenden Hungerkatastrophen sichern. [...] Ein Organismus, wie ihn eine staatliche Großmacht darstellt, läßt sich eben nicht über Nacht auseinanderreißen, ohne die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Schädigung seiner bisherigen Bewohner.“ (Salzburger Chronik, 24.10.1918, 1)

„Was soll werden, wenn die begonnene Desorganisation allmählich in vollständige Anarchie übergeht, wenn die Volksernährung in den Industriezentren stockte, wenn vielleicht in kurzer Zeit die Auflösung der Front und die Heimkehr Hundertausender erfolgen wird? [...] Auf diesem Standpunkte scheinen sich auch allmählich die slawischen Vertreter zu sammeln, die zur Einsicht kommen müssen, daß mit dem brutalen Demolieren und Zerschlagen des alten Hauses allein nicht geholfen ist. Alle Nationen wollen ja schließlich dasselbe.“ (Salzburger Chronik, 26.10.1918, 1)

Neben der Neuordnung kommt auf diesen Staat Deutschösterreich, der sich als Zusammenschluss aller Deutschen in der Habsburgermonarchie sieht, noch eine weitere Aufgabe zu. Es gilt nun auch wirklich alle Deutschen in das Gebiet einzugliedern und nicht an andere Nationalstaaten zu verlieren, wo sie nur eine Minderheit wären. Hier spielen nun nicht nur nationale, sondern auch territoriale Aspekte hinein, denn den neuen Staaten ging es nicht nur um die Einheit des Volkes, sondern auch um wichtige Gebiete. Die „Tages-Post“ erkennt, dass es nun wichtig ist auch den deutschen in den Grenzgebieten zu helfen und aus den anderen Nationalstaaten heraus zu führen. Der Streit um die Gebiete beginnt und es zeigt sich, dass es keine klaren Abgrenzungen der einzelnen Nationalitäten innerhalb der Habsburgermonarchie gibt. Es beginnt ein langer Aushandlungsprozess in dem von jeder Seite Argumente herangezogen werden, warum welches Gebiet wo dazu gehören sollte.

„Man muß gewärtig sein, daß sie plötzlich durch eine Proklamation die Einverleibung des deutschen Böhmen in ihren Staat zu dekretieren versuchen. Die Abwehrmaßnahmen hiergegen zu treffen, insbesondere aber auch die Verpflichtung, Deutschböhmen, sicherzustellen, bildet die erste Aufgabe des deutschböhmischen Nationalrates.“ (Tages-Post, 23.10.1918, 1)

„In dieser Interpellation [der Tschechen Anmk. der Autorin] wird nur so von oben herab über die deutschen Randgebiete in Böhmen gesprochen, die überhaupt nicht deutsch, sondern nur „eingedeutscht“ seien [...]. Daß Deutsche in Böhmen seien, sei nur auf eine „lange Kette von Gewalttätigkeiten“ zurückzuführen, denn dieses heutige Deutschböhmen. Sei nur ein „Friedhof des tschechischen Volkes“ [...].“ (Tages-Post, 23.10.1918, 2)

„Sie erklären sich für historische Grenzen, deren Ausgangspunkt sie auf einen ihnen genehmen Zeitabschnitt verlegen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

„Wie schwierig der Uebergang zu den Nationalstaaten sein wird, davon gab es heute einen Vorgeschmack, da auch schon zwischen den kleineren Nationalitäten der Streit über die Abgrenzung ihrer Gebiete entflammt ist. Schon streiten Rumänen und Ukrainer um die Grenzen!“ (Reichspost, 23.10.1918, 2)

8.5. Kaiser und Monarchie

Das Dahinscheiden der Monarchie fördert am Ende des Habsburgerreiches in den Zeitungen noch einmal deutlich die unterschiedlichen Ansichten zu diesem Reich zu Tage. Während sich die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer anti-monarchischen Haltung durch die Ereignisse bestätigt fühlt, erkennt man in der „Reichspost“ noch ein letztes Aufbäumen vor dem endgültigen Aus. Weniger geht es um eine Unterstützung des aktuellen Kaisers, als um ein Festhalten an der Monarchie und der Dynastie der Habsburger.

In der „Arbeiter-Zeitung“ geht man unterschiedlich mit diesem heiklen Thema um, denn noch ist der Kaiser Karl I. im Amt und zahlreiche alte Strukturen sind noch aufrecht. Man beschränkt sich daher darauf den Kaiser Karl I., so weit wie es nur geht, zu ignorieren und es gibt nur spärliche Berichte von seiner Reise nach Ungarn und welche Empfänge er dort hatte. Es wird nie von ihm und seiner Rolle im Staat, besonders im Angesicht dieser schwierigen Phase des Reiches, gesprochen. Auch findet man „noch“ keine Forderungen, dass er abtreten solle, so wie es im Gegensatz sehr heftig vom deutschen Kaiser Wilhelm II. gefordert wird. Die „Arbeiter-Zeitung“ hält sich hier eher bedeckt und beschränkt sich darauf ganz im Allgemeinen über die Bourgeoisie und den Adel negativ zu schreiben. Vielleicht wollte man eine direkte Kritik am Kaiser noch vermeiden. Man spricht eher davon, dass nun eine neue Zeit angebrochen ist, in der alte Herrschaftsstrukturen aufbrechen und ein neuer demokratischer Staat, eine Republik, geschaffen werden soll. Auch in den regionalen Zeitungen findet der Kaiser nur wenig Platz in der Berichterstattung. Zwar wird seine Reise nach Ungarn erwähnt oder von Spenden und verliehenen Auszeichnungen gesprochen, aber nie wird er als wichtige Person in dieser schweren Phase des Landes dargestellt. Er scheint ein Relikt zu sein, über den man aus Gewohnheit noch berichtet, der aber keine Rolle in der Neugestaltung des Staates zu spielen scheint.

„Es muß den alten staatlichen Gewalten, gemeinsamen und österreichischen Ministerien, all dem verzopften k.k. und k.u.k. Plunder klargemacht werden, daß seine Vertreter nur noch die Masseverwalter sind, Masseverwalter einer passiven Erbschaft, deren einzige Aufgabe die Liquidation ist, und daß sie nach der Liquidation abzutreten haben.“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 1)

Die noch immer stattfindenden Sitzungen im Herrenhaus oder im alten Parlament finden in der „Arbeiter-Zeitung“, sowie in zahlreichen Regionalzeitungen, wie der „Tages-Post“ als Organ der liberalen Partei in Oberösterreich, einen ironischen Kommentar und werden als lächerlich und unnütz dargestellt. Denn die Unterstützung der Dynastie wird dort noch immer eifrig propagiert. Auch der Versuch noch Sitzungen im alten Parlament abzuhalten wird kritisch hinterfragt, denn die darin vertretenen Länder haben sich zum Großteil von der Monarchie schon losgesagt.

„Die Herrenhäuser nehmen Abschied. [...] diese Redereien von Leuten hinter denen niemand steht und deren Einsichts- und Wirkungslosigkeit schon durch eine lange Erfahrung bezeugt ist [...] wenn kein Österreich mehr da ist wozu dann sein allertreuestes Herrenhaus. [...] daß sich die Herren in diese Volkssache einmischen ist also nur eine Anmaßung.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 3)

„Die Scheintagung des Parlaments wird fortgesetzt. Das Abgeordnetenhaus ist heute in die dritte politische Debatte eingetreten, da jede meritorische Arbeit im Hinblick auf die totale Zerfahrenheit im Hause und die unaufhaltsame Auflösung des Reiches als ausgeschlossen erscheint. Als der Ministerpräsident Doktor Freiherr von Hussarek sich heute erhob, um so wie gestern im Herrenhause die Antwortnote Wilsons und das kaiserliche Manifest zu erörtern, verließen die Tschechen und Südslawen ostentativ den Sitzungssaal. [...] Es wird nun das Gebiet der inneren Politik zum drittenmal durchgehacht, ohne daß auch nur ein Mensch im Saale wüßte, zu welchem Zweck und mit welchen Absichten.“ (Tages-Post, 22.10.1918, 4)

„Unsere Regierung steht dem sich immer mehr entwickelnden Wirrwarr kraft- und machtlos gegenüber. Sie hat seitdem das Manifest erschien und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen schrankenlos anerkannt wurde, in der Tat abgedankt. Aber eines kann sie noch: reden. [...] Das Parlament klappert auch nur mehr wie eine leer Mühle.“ (Tages-Post, 23.10.1918, 1)

„Unter schönen und, wie man dort gewohnt ist, formvollendeten Reden wird im Herrenhause das alte Oesterreich zu Grabe getragen. In fast rührender Weise nehmen unsere Pairs Abschied von den Idealen ihres Lebens. Freilich geben sie

deswegen die Hoffnung nicht auf, daß das Oesterreich, wenn auch in sehr veränderter Form, neu wieder entstehen werde.“ (Tages-Post, 25.10.1918, 2)

In der „Reichspost“, der „Grazer Mittags-Zeitung“ und im „Vorarlberger Volksblatt“ zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Die Monarchie und der Kaiser werden ungebrochen unterstützt. Diese gehen immer wieder auf das Manifest des Kaisers Karl I. ein und bescheinigen diesem Text eine positive Berechtigung, während dieser von der „Arbeiter-Zeitung“ generell mehr oder weniger ignoriert wird und nicht einmal eine Erwähnung findet. In der „Reichspost“ werden im Gegensatz zur „Arbeiter-Zeitung“ die Debatten des Herrenhauses detailliert abgedruckt und mit Wohlwollen betrachtet. In diesen Reden zeigt sich ganz deutlich die Einstellung, die auch in der „Reichspost“ und anderen katholisch-konservativen Zeitungen vorherrscht und wie man versucht an der Monarchie festzuhalten.

„Prinzipiell sind wir auf Grund des kaiserlichen Manifestes eines Sinnes über die Reformen im Verhältnis der österreichischen Nationen zu einander. Es besteht daher kein Grund, diese Frage, welche im Innern der Monarchie zwischen den Völkern selbst ausgetragen werden muß. In Verbindung mit der Frage des Waffenstillstandes zu bringen, da naturgemäß der Ausbau des Staatenbundes einige Zeit erfordere, während der rasche Abschluß des Waffenstillstandes eine allen Völkern Oesterreichs gleich nahegehende Frage ist.“ (Reichspost, 21.10.1918, 1)

„Unsere Aufgabe als „Deutschösterreich“ mit Kaiser Karl an der Spitze muß dahin gehen, uns sofort eine wirkliche Volksvertretung zu schaffen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 24.10.1918, 2)

„Gegen die Zertrümmerer Oesterreichs – für den Staat und die Monarchie! Unter dieser Parole veranstaltete gestern vormittag der katholische Volksbund im n.d. Landtagsitzungs- und Saale eine von vielen hunderten Frauen und Männern besuchte Kundgebung. Kardinal Fürsterzbischof Piffl, der den Vorsitz führte, gedachte in seiner Begrüßungsrede des kaiserlichen Manifests, das von der Großmut und Großherzigkeit des Monarchen Zeugnis gebe, von politischen Desperados aber geschmäht und verachtet werde.“ (Reichspost, 21.10.1918, 3)

„Die Entwicklung nimmt einen lawinenartigen Charakter an und zerschlägt die alten Formen Oesterreich-Ungarns, das uns wegen seiner ruhmvollen Geschichte und wegen seines erhabenen Berufes in den letzten Jahrhunderten leib und teuer war, das jedoch wegen unleugbarer Ohnmacht, ja Mißwirtschaft vieler

Verwaltungsstellen in weitersten Kreisen nicht mehr die Reichsfreudigkeit früherer Zeiten zu wecken vermochte und Reichsverdrossenheit zur Folge hatte. Der Umbau der Habsburger Monarchie vollzieht sich in Ueberstürzung und in Verwirrung.“ (Vorarlberger Volksblatt, 24.10.1918, 1)

Es zeigt sich in der Analyse, dass sich auch in der Berichterstattung so wie im realen Alltag eine Vermischung monarchischer sowie neuer demokratischer Elemente ergibt. Es ist eine Übergangsphase, die sich auch in der Verwendung bestimmter Begriffe wieder spiegelt. So werden durchaus noch alte Bezeichnungen, wie etwa die „k.k. Staats-Gewerbeschule“ in einem Bericht der „Tages-Post“, verwendet, während man natürlich an politischer Stelle schon über den Staat Deutschösterreich spricht. Es ist eine Umbruchphase in der vieles neu entsteht, aber in der natürlich nicht sofort alle alten Elemente eines Jahrhunderte alten Gefüges verschwinden können.

8.6. Ansichten zur Staatsform

Während die Gründung des neuen Staates Deutschösterreich von allen Zeitungen und allen Parteien in Anbetracht der Lage befürwortet wird, herrscht über die schlussendliche Staatsform in den beiden Lagern, der „Arbeiter-Zeitung“ als sozialdemokratisches Organ und in der „Reichspost“ als konservative-christlichsoziale Zeitung - zu dieser Sparte gehören auch die „Vorarlberger Volksblatt“ und die „Grazer Mittags-Zeitung“ - keine Einigkeit. Die „Arbeiter-Zeitung“ propagiert eine demokratische Republik, ohne jeglichen Einfluss der alten Gewalten des Adels und der Habsburger und propagiert stark die eigene Parteiideologie. Für sie geht nun endlich der Wunsch nach Neugestaltung und Reformen in Erfüllung und sieht in dieser neuen Staatsform die Chance den Klassenkampf der Arbeiter zu gewinnen. In den Regionalzeitungen, egal welcher Partei oder Gesinnung, ist für solch ausschweifende Zukunftsmusik kein Platz.

„In allen industriell hochentwickelten Ländern wird das Proletariat nach diesem Kriege die Macht erobern. In Ländern mit fest eingewurzelten demokratischen Einrichtungen wird sich diese soziale Revolution friedlich, ohne gewaltsamen Umsturz vollziehen als Ergebnis von Wahlkämpfen, die dem Proletariat die Mehrheit in den Vertretungskörpern und damit die Macht über die Gesetzgebung und die Verwaltung sichern werden. Wenn aber die Bourgeoisie es noch irgendwo

versuchen sollte, durch Gewalt den nun unvermeidlich gewordenen Uebergang der Macht in die Hände des Proletariats zu verhindern, dann würde sie selbst die Gewalt herausfordern.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 1)

„Darum kann unser Kampf um die Staatsgewalt nicht ein Kampf um die Herrschaft über den österreichischen Einheitsstaat sein, sondern nur der Kampf um die Macht in den einzelnen Nationalstaaten, die an die Stelle des Einheitsstaates treten.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 1)

„Und die Demokratie ist der Boden, auf dem wir den Entscheidungskampf für den Sozialismus schlagen werden! Die Aufrichtung demokratischer Nationalstaaten auf den Trümmern des feudal-bürokratischen Oesterreich ist in ihrem Wesen eine bürgerliche Revolution, der endliche Sieg der bürgerlichen Demokratie, die vor siebzig Jahren mit der Niederwerfung der Wiener Oktoberkämpfer besiegt worden ist.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 2)

„Denn es wird einen vom Grunde aus neue Welt sein: mit anderer Staatsordnung, anderer Gesellschaftsverfassung, anderem Geistesleben als die Welt vor dem Kriege. Alte gewaltige Reiche brechen zusammen! Das russische Riesenreich ist zerstört, in seine nationalen Bestandteile aufgelöst. Das alte Oesterreich fällt auseinander und alle seinen Nationen zimmern sich ihre eigenen Staaten. [...] Und mit der Landkarte ändert sich zugleich das innere Gefüge der Staaten.“ (Arbeiter-Zeitung, 27.10.1918, 1)

Die „Arbeiter-Zeitung“ führt aus, dass es nun in diesem neu erschaffenen System endlich möglich sein wird, die eignen Reformen voran zu treiben. Vorher wurde man immer gehemmt von den Kämpfen der einzelnen Nationalitäten untereinander, die keinen Platz mehr ließen für die Anliegen der Sozialdemokraten. Aber auch andere Zeitungen, wie die „Grazer Mittags-Zeitung“, sieht in der Abspaltung der Nationen die Chance auf einen neue Gestaltung des Staates und die Durchführung von Reformen. Die „Arbeiter-Zeitung“ sieht im Umschwung ebenfalls einen Aufstieg des Proletariats und das Bestreben ein Ende des Kapitalismus herbei zu führen. Alle Ideen für die Zukunft sind dementsprechend parteilich gefärbt.

„Bei jedem Schritt ist die österreichische Arbeiterschaft durch den Nationalitätenkampf gehemmt worden. [...] das Wahlrecht ward für uns nutzlos, weil der Kampf um die Sprachenverordnung es uns unmöglich machte, unseren Forderungen gehör zu erzwingen. [...] wo wir für soziale Reformen hatten kämpfen wollen, machte bald die tschechische, bald die slovenische, bald wieder die

ruthenische Obstruktion jede soziale Arbeit unmöglich.“(Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 1)

„Von diesem ganzen Elend, das uns auf Schritt und Tritt gehemmt hat, uns nie zu unserer eigentlichen Arbeit, zur Erfüllung unserer eigentlichen Aufgabe kommen ließ, wollen und können und werden wir jetzt endlich befreit werden! Wenn die alten Gewalten fallen, wenn die Nationen frei werden und jede Nation ihren selbstständigen Staat hat, dann erst ist die Wurzel unserer ewigen Misere ausgerottet für immer. In einem deutschösterreichischen Staate werden wir uns nicht mehr um slovenische Gymnasialklassen, um die ruthenische Universität, um die tschechischen Richter herumschlagen müssen. [...] Erst im Nationalstaat gewinnen wir den normalen Boden des Klassenkampfes.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 1-2)

„Schnell war der Schnitt im österreichischen Körper getan, er eilte sogar der erwarteten Wilsonischen Operation voraus, niemand weiß jedoch, was noch daraus wird. Aenderungen an einem alten Gebäude sind oft schwieriger durchzuführen, als ein Neubau. Wir Deutsche in Oesterreich können in all diesen Umwandlungen nur eine Besserung erblicken. Durch die Abtrennung der Tschechen, Südslawen und Polen werden wir vor allem einmal den jede wirtschaftliche Arbeit hindernden Nationalitätenstreit los. Dann sind wir endlich einmal die Herren im eigenen Haus [...].“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

Die „Reichspost“ vertritt hier wie zu erwarten eine andere Meinung, aber auch die „Grazer Mittags-Zeitung“ und das katholisch-konservative „Vorarlberger Volksblatt“ stimmen in den Tenor der Dynastie-Erhaltung ein. Auch die „Salzburger Chronik“ stellt sich am 22. Oktober 1918 die Frage „Deutschösterreich Republik oder Monarchie.“, sowie das „Vorarlberger Volksblatt“ auch festhält „Eine Monarchie, nicht eine Republik Deutsch-Österreich“. Es herrscht die Ansicht vor, dass die Gründung einer Republik vielleicht zu voreilig wäre, insbesondere wenn man an einen zukünftigen Anschluss an Deutschland denkt, welches ja noch immer eine Monarchie ist. Die „Reichspost“ spricht sich zwar für die Demokratisierung des Landes aus und zu einer Erneuerung der alten erstarrten Verwaltung, jedoch unter dem Gesichtspunkt, dass die Dynastie weiterhin einen wichtigen Platz an der Spitze des Staates einnehmen wird. Man fürchtet, dass bei einer Demokratie das Zepter nur in die Hand von Kapitalisten und Reichen gegeben wird.

„Was uns jetzt nottut, ist nicht eine neue Form, sondern ein neuer Geist des Staates. Fort muß der Geist einer verknöcherten, volksfernen Bureaukratie und Verwaltung, der Geist der Schablone, Schlendrians, der süßen Gewohnheit, jeder

Entscheidung und jeder Verantwortung übernommener Pflichten auszuweichen, fort muß die Protektionswirtschaft und der Geist absolutistischer Willkür.“ (Reichspost, 22.10.1918, 1)

„Unsere Aufgabe als „Deutschösterreicher“ mit Kaiser Karl an der Spitze muß dahin geben, uns sofort eine wirkliche Volksvertretung zu schaffen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 24.10.1918, 2)

8.7. Front und Militär

In den Rubriken „Bericht des österreichisch-ungarischen Generalstabes“ und „Der Bericht des Großen Hauptquartiers“ werden die amtlichen militärischen Verlautbarungen über das aktuelle Kriegsgeschehen an den verschiedenen Fronten in der „Reichspost“, der „Arbeiter-Zeitung“ sowie auch in den Regionalzeitungen abgedruckt. Die sehr kurzen Schilderungen beinhalten vor allem Berichte über Kämpfe, aus denen man entweder siegreich hervor getreten ist oder in denen man den gegnerischen Feind zumindest wieder zurück gedrängt hat. Von Verlusten wird überhaupt nicht mehr gesprochen. Neben der klassischen Darstellung der aktuellen Geschehnisse an der Front anhand der offiziellen Berichte der Generalstäbe finden sich auch Artikel, die sich mit der Situation an der Front kritisch auseinandersetzen und die Vorgehensweise der Militärführung anprangern. Darin wird auch versucht etwas über die Psyche der Soldaten zu verstehen und deren Situation im Feld und im Angesicht des Feindes zu schildern. Diese sind jedoch eher selten. Vorrangig werden die amtlichen Berichte der Heeresleitung fast gänzlich unkommentiert abgedruckt. Es scheint, dass nach vier Jahren des Krieges eine gewisse Trägheit gegenüber militärischer Themen eingesetzt hat. Seit nun vier Jahren sterben täglich viele Soldaten und täglich werden die Fronten um ein paar Meter nach vorne oder hinten verschoben. Außerdem bilden die kryptisch und immer gleich formulierten Texte der Heeresleitung eine undurchsichtige und oberflächliche Informationsquelle, aus der schwer etwas heraus zu lesen ist. Kritik ist daher selten.

„Unnütze Fronten. [...] daß hier etwas verteidigt werden soll, was gar nicht mehr verteidigt werden kann. Denn der Zusammenbruch der bisher ungarischen und österreichischen Gebiete Serbiens und Montenegros ist eine feststehende

Tatsache, die niemand mehr zu hemmen vermag.“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 4)

„Zweckloses Blutvergießen. Die Verteidiger einer Kampfstellung haben eine ganz eigene Psychologie, die Psychologie der Notwehr. So sehr sie auch ergriffen sein mögen von den Bewegungen des Hinterlandes und so sehr sie auch zweifellos im Hinblick auf den nahen Frieden davon ergriffen sind, so verteidigen sie sich auch, wenn es darauf ankommt, mit Klauen und Zähnen; denn was die furchtbaren Wirrnisse und Strapazen eines vom Feinde erzwungenen regellosen Rückzuges bedeuten, wissen sie sehr wohl.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 4)

„Wir wären gewiß ohneweiters imstande, die von uns besetzten Widerstandslinien in Serbien und Albanien gegen die feindlichen Angriffe zu behaupten, aber da die Gebiete jenseits unserer Grenze von uns ohnedies geräumt werden sollen, so mußte man sich die Frage vorlegen, ob man für deren vorläufige militärische Festhaltung noch die durch eine solche bedingten Opfer bringen soll.“ (Reichspost, 24.10.1918, 6)

Es wird auch auf die Situation der Soldaten an der Front eingegangen und versucht zu erklären, warum die Kämpfe weiter anhalten.

„[...] mögen sie auch vielleicht zu Wilson, von dessen vierzehn Punkten sie wohl hören mochten, Vertrauen haben – zum Feinde, der ihnen Auge im Auge gegenübersteht, der sie mit schweren Geschossen betrommelt und mit den Feuergarben der Maschinengewehre bestreut, haben sie kein Vertrauen und wehren ihm das Eindringen in ihre Stellungen so erbittert wie je zuvor. Das haben gestern die Italiener erfahren müssen [...].“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 4)

Trotz der Darstellung von militärischen Unsinnigkeiten werden immer wieder kleine Erfolge an der Front lobend kommentiert, so wie etwa der Rückstoß der Italiener, die in dieser Endphase des Krieges eine große Rolle auf dem militärischen Feld spielen. Es wird immer von den braven und tapferen Soldaten gesprochen und von den Eroberungen und Gewinnen die erkämpft wurden. Von den einsetzenden starken Kämpfen in Bulgarien wird nichts berichtet, dies war auch wie weiter oben im Kapitel 4.2. beschrieben zu erwarten. Über Verluste und bedrohliche Fronten und Angriffe wurde in dieser Phase des Krieges nur sehr spärlich bis gar nicht gesprochen. Die Situation wird meist als ruhig beschrieben, ohne besondere Vorkommnisse. Nur von kleinen Gefechten wird geschrieben, die jedoch ohne Erfolg des Feindes beendet werden konnten. Das zeigt, dass in dieser schweren Situation, in der es zu zahlreichen Desertationen und

Verlusten kam, weiterhin die Fassade aufrecht erhalten werden sollte. Die Militärführung versuchte nicht zu viel frei zu geben und wie die Lage an der Front wirklich war und wo eigentlich tatsächlich Kämpfe stattfanden, wurde der Bevölkerung verschwiegen. Auch über die Desertationen der verschiedenen Nationen oder vom Rückzug der Ungarn aus Italien erfährt man nichts. Mit dem Thema Desertation setzen sich die Zeitungen generell nicht auseinander, man findet nur vereinzelt kleinste Berichte über Deserteure die dann in der Heimat Verbrechen verüben, wie Diebstahl oder Schleichhandel. Das stetige Auseinanderfallen der Armee, der Abfall verschiedener Truppen aus den unterschiedlichen Nationen wird mit keinem Wort erwähnt, man liest immer von den braven Soldaten, die sich immer noch tapfer für das Land einsetzen.

„Um Ruhe und Frieden zu haben, nahmen ihre Völker vor 50 Monaten das Leidsjoch auf sich und zwar mit allgemeiner, nieerlebter Begeisterung, denn es galt das Vaterland. Um Ruhe und Frieden zu haben, trugen sie die ungeheuren Lasten, harhten sie unverzagt aus in Widerstande gegen die Vielfache Uebermacht, gegen erbarmungslosen Hungerkrieg.“ (Reichspost, 23.10.1918, 1)

„Der 24. Oktober hat dem Feinde die Antwort gegeben. [...] In unerschütterlicher Treue haben die Truppen den feindlichen Stoße abgewehrt. [...]Es gibt in diesem Kriege, der so vieles an großen Taten hervor gebracht hat, keinen Heroismus und keine Treue, die so herrlich bewährt wäre wie die der Soldaten Oesterreich-Ungarns am gestrigen Tage. Es ist etwas grandioses um Männer, die begeistert für die Größe des Vaterlandes stolz und freudig ihr Leben hingeben, aber mehr, unermeßlich mehr ist es, wenn Männer, gegen die alles unternommen worden ist, um ihnen den Glauben an das Vaterland zu nehmen, die nicht einmal wissen, ob sie nicht von einer politischen Einbrecherbande um den Preis ihres Opfers an der Front bestohlen werden, dennoch mit eiserner Pflichterfüllung bis in den Tod für das Vaterland ausharren. Das sind übermenschliche Leistungen. Sie gebe n eine Vorstellung davon, was diese Monarchie an Kraft besitzt [...]“ (Reichspost, 26.10.1918, 1)

„In gewohnter Tapferkeit, Pflichttreue und Mannszucht haben unsere braven Truppen den Ansturm abgeschlagen.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 4)

„Im Monat September haben die Mittelmächte rund 440.000 Bruttoregistertonnen für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet.“ (Reichspost, 25.10.1918, 4)

„Feste Haltung der deutschen Front. [...] Bei den Abwehrkämpfen im Gebiete von Verdun, haben sich, wie bereits berichtet, österreichisch-ungarische Regimenter hervorragend ausgezeichnet.“ (Reichspost, 25.10.1918, 4)

„Siegreiche Abwehrschlacht in Venezien. Es hat unseren Feinden nicht genügt, daß wir uns bereit erklärt haben, die von uns besetzten Gebiete zu räumen und freiwillig bis an die Grenze zurück zu gehen, um gleichzeitig mit dem Abschluss eines Waffenstillstandes Friedensunterhandlungen zu eröffnen. Sie setzen den Kampf trotzdem fort.“ (Reichspost, 26.10.1918, 4)

Generell war die Situation an der Front unterschiedlich, wie auch Manfred Rauchensteiner beschreibt. So konnte auf der einen Seite, wo noch starker Druck des Feindes herrschte, die Armee noch zusammen gehalten werden. An Fronten, an denen der Druck und das Vorrücken des Feindes nachließen, waren die Soldaten eher zur Desertation bereit. Auch im Hinterland traten die Soldaten die Heimreise an und jene an der Front mussten weiter kämpfen, um nicht überrollt zu werden. Die Informationen, die davon berichteten, dass sie keinen Rückhalt mehr hätten und viele schon die Heimreise angetreten waren, brachte auch die Soldaten an der Front langsam zum Aufgeben. Doch davon erfährt man in den Zeitungen nichts. Während in den offiziellen Heeresberichten nur in nüchterner Sprache kurz die Situation an der Front geschildert wird, machen sich die Militärpersonen auch im Inland Gedanken über die Zukunft der Armee, denn diese wissen um die Abfallbestrebungen der Nationen und den Rückruf der Soldaten ins eigene Land, was den völligen vorzeitigen Zusammenbruch der Fronten zur Folge hätte. So findet der Kriegsminister zwar keine klaren Worte über die Situation, doch er warnt öffentlich davor zu schnell zu handeln und auch in der Zeitung findet sich sein Kommentar zur gegenwärtigen Situation:

„Zu diesen Problemen tritt die schwierige Aufgabe der Zurückführung der Armee, deren Banner heute tief in Feindesland flattern. Für diese riesigen Arbeiten ist Ruhe und Ordnung im Innern die unerläßliche Voraussetzung. [...] Gefährlich erscheine daher dem Minister der Ruf aus den Reihen der Politiker nach ehester Rückkehr ihrer heimatlichen Truppen, bevor noch die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.“ (Tages-Post, 25.10.1918, 2)

Das Eintreffen immer mehr amerikanischer Truppen wird mit kritischem Blick beobachtet und man ist angesichts der Übermacht dieser Truppen eingeschüchtert und sieht sich

mit einer anhaltenden Flut amerikanischer Soldaten konfrontiert, die nicht zu erlahmen erscheint.

„Jeden Tag kommen 10.000 Amerikaner über den Ozean; jeder Monat vermehrt also das feindliche Heer um 300.000 Mann. So muß die Uebermacht des Feindes immer furchtbarer werden. Und die Amerikaner schicken junge, frische, wohlgenährte Truppen [...].“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 1)

„Nach dem Neworker Meldungen teilte der Generalstabschef der amerikanischen Armee mit, daß mehr als 1,800.000 Mann für den Dienst im Auslande verschifft worden sind.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 1)

„2,800.000 Amerikaner in Europa.“ (Salzburger Chronik, 26.10.1918, 1)

8.8. Chaos und schlechte Organisation

Wie Sandgruber beschreibt, war der Zusammenbruch der Monarchie nicht nur auf fehlende Güter an Soldaten und Waffen zurück zu führen, sondern auch auf die fehlende Organisation des Vorhandenen. Dies spiegelt sich auch in den Zeitungen wider, die in zahlreichen kleinen Meldungen von Missständen in der Organisation berichten und in denen sich Berichte über fehlende Regelungen häufen. Das nahende Ende des Krieges und die damit einhergehenden Umwälzungen im neuen Staat Deutschösterreich bringen nicht nur positive Effekte. Die ohnehin geschwächten inländischen Strukturen werden durch das Chaos in der Verwaltung, aufgrund fehlender Zuständigkeiten, noch weiter strapaziert. Auch durch das Entstehen der neuen Staaten sind zahlreiche Zuständigkeiten nicht geklärt und führen zu Verwirrungen. Die Auswirkungen fehlender Organisation sind zahlreich und betreffen alle Bereiche, wie Transport, Wirtschaft oder Ernährung.

Teilweise wird von regelrechten Absurditäten berichtet. In der Rubrik „Tagesneuheiten“ in der „Arbeiter-Zeitung“ oder in den vielen Kurzmeldungen der Regionalzeitungen findet man immer wieder kleine Berichte, die Ausdruck sind für das Chaos und die Unorganisiertheit, die das Ende des Krieges mit sich brachten. So schildert eine Frau die Schikanen, die ihr Mann erlebt hat, als er in die Erntekompagnie abberufen wurde:

„Alle diese „Ernter“ sind aber vierzehn Tage beim Landsturmbezirkskommando herumgestanden und hatten nichts zu tun. Dann allerdings wurden aus ihnen Erntekompanien gebildet. Mein Mann und fünf andere wurden zu einem Bauern nach St. Veit an der Gölsen geschickt. Als sie hinkamen, sagte der Bauer, er habe schon vor zwei Monaten um Erntearbeiter angesucht, jetzt brauche er keine mehr, weil schon alles geerntet sei. Die sechs alten Leute kamen nun wieder zum Landsturmbezirkskommando zurück und dieses schickte sie zu ihren Kaders, damit sie von dort wieder beurlaubt werden. Jetzt hungert mein Mann schon wieder vierzehn Tage in Brünn herum.“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 5)

Die Infrastrukturen brechen zusammen und zeigen vor allem in kleineren Geschichten ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung. Es zeigt sich, dass die Zeit geprägt war von einem Versagen der Strukturen und nicht so sehr von einem Versagen der Kräfte oder Finanzen. Die folgenden Meldungen sind ebenfalls Ausdruck für das unorganisierte Kriegsende.

„Auch für Schwerverletzte kein Spitalbett.“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 5)

„Keine Banknoten zu haben. Die politische Krise beunruhigt die Besitzenden. Sie fürchten stürmische Umwälzungen und suchen natürlich ihr Schäfchen ins trockene zu bringen. Viele Leute, die Guthaben bei Banken haben, ziehen sie jetzt zurück und legen sie in den Strumpf. Natürlich ist das reine Torheit. [...] Aber so töricht diese Papierhamsterei ist, hat sie doch schon sehr ernste Verlegenheiten zur Folge. [...] Die Notenbank ist daher nicht mehr imstande, den Bedarf zu befriedigen; man hat sich schon entschließen müssen, sich aus der argen Verlegenheit so zu helfen, daß die Gemeinde Wien, ähnlich wie das viele reichsdeutsche Städte schon seit Kriegsbeginn tun, Stadtgeld ausgibt, um den Bedarf an Umlaufsmitteln zu befriedigen.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 2)

„Wenn eine Bank bankrott wird, weil sie kein Gold hat, kann man das verstehen; aber Zahlungsunfähigkeit infolge Papiermangels ist ein österreichisches Kuriosum.“ (Arbeiter-Zeitung, 26.10.1918, 2)

„Seitens der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird mitgeteilt, daß dieser Banknotenmangel ausschließlich darauf zurückzuführen ist, [...] insbesondere aus Mangel an geschulten Arbeitskräften [...]“ (Grazer Mittags-Zeitung, 25.10.1918, 3)

„Keine Fensterscheiben für den Zivilbedarf. Die vereinigte österr. Tafelglasindustrie hat ihre Abnehmer verständigt, daß im laufenden Jahre keine Ware mehr abgegeben werden könne, weil die geringe Menge Tafelglas, die noch erzeugt werden könne, für Zivillieferungen nicht mehr frei sei. Eine Mehrerzeugung sei

wegen Mangels an Kohlen, Arbeitern und Rohmaterialien vollständig ausgeschlossen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 2)

„Warum keine Zündhölzchen zu haben sind? Trotz der bedeutenden Preissteigerung für Zündhölzchen sind diese nirgends erhältlich.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 26.10.1918, 3)

„Einstellung der Leichenüberführung auf den Eisenbahnen. [...] Da der für solche Zwecke erforderliche Wagenraum anderen, dringlicheren Transporten entzogen wird, ergibt sich die Notwendigkeit bis auf weiteres die Ueberführung von Leichen auf Eisenbahnen aus öffentlichen Interessen gänzlich einzustellen.“ (Salzburger Chronik, 23.10.1918, 2)

„Von der Gasanstalt wird folgendes mitgeteilt: Das Ausbleiben der für den Betrieb der Gasanstalt Graz nötigen Kohlensendung veranlaßt diese, von Samstag früh 8 Uhr ab die Abgabe von Gas vollständig einzustellen.“ (Arbeiter-Zeitung, 21.10.1918, 3)

Verwirrung und Chaos ergaben sich auch auf politischer Ebene. Es findet sich in Schilderungen der Zeitungen das Paradoxon wieder, dass in dieser Phase häufig Personen zwei politische Ämter inne hatten, einmal in der alten, auf dem Papier noch immer bestehenden Monarchie und einmal im neu gegründeten abgespaltenen Nationalstaat.

„Unsere Galizianer haben es nämlich immer verstanden, halb Polen, halb Oesterreicher zu sein. Wenn sie geben sollten, dann waren sie immer die stolzen Polen, die von Oesterreich nichts wissen wollten, wenn aber etwas zu nehmen war, so waren sie auf einmal treue Mitglieder des österreichischen Staates. [...] Das ist überhaupt das kennzeichnende an der ganzen neuesten Entwicklung. Die Slawen wollen von einem Oesterreich weder in dem jetzigen Zustande, noch von einem künftigen Bundesstaat oder Staatenbund etwas wissen, auch irgendwelchen Uebergang erkennen sie nicht an. Die Polen sind heute schon Polen und nicht mehr Oesterreicher, die Tschechen gleichfalls nur Tschechen, aber die verschiedenen tschechischen und polnischen Beamten amtieren ruhig in den Zentralämtern weiter und beziehen natürlich ihr Gehalte.“ (Tages-Post, 24.10.1918, 2)

8.9. Lebensmittelsituation

Eines der größten Probleme am Ende des Krieges ist die mit der Abspaltung der Nationalstaaten und der mangelnden Verwaltung einhergehenden Lebensmittel- und Versorgungskrise. Diese wird von allen Zeitungen als großes Problem erkannt, aber mit unterschiedlicher Intensität kommuniziert. Da die Hauptleserschicht der „Reichspost“ und der „Arbeiter-Zeitung“ in der Großstadt Wien lebt und besonders auf Lieferungen von außen angewiesen ist, wird dort diese Krise besonders ausführlich zum Thema gemacht. In den Zeitungen aus den verschiedenen Regionen, wie die Linzer „Tages-Post“ oder die „Salzburger Chronik“, wird zwar ebenfalls auf die fatale Lage am Lebensmittelmarkt verwiesen, aber es wird nicht als so große Bedrohung für einen selbst erkannt. Die Versorgung auf dem Land war natürlich durch die eigene Landwirtschaft gestärkt und man war nicht so stark auf Lieferungen von außen angewiesen. Man erkennt aber, dass vor allem Wien bedroht ist. Besonders prekär ist die Situation auch dadurch, weil die Lebensmittellieferungen der nun abgespaltenen Teile der Monarchie ausbleiben und eine schlechte Verhandlungsbasis zwischen den Staaten dominiert. Dabei wird die Haltung der Nationen angeprangert, die versuchen durch die Lebensmittelsperre Wien auszuhungern und zum Aufgeben zu zwingen. Besonders Tschechien wollte damit nationalpolitische Interessen durchsetzen und auch Ungarn verweigerte sich an alte Abmachungen zu halten. Die Ernährungskrise war also ein Problem, welches das ganze Land betraf, aber durchaus nicht in der gleichen Intensität. Während Wien besonders litt, konnte sich auf dem Land die Bevölkerung besser selbst versorgen. Trotzdem fehlten auch dort Waren und bestimmte Lebensmittel. Im Angesicht des drohenden Hungertodes und des fehlenden primären Überlebensmittels Nahrung, wird in den Zeitungen auf andere wirtschaftliche Konsequenzen, welche sich noch durch den Abfall der Nationen ergeben könnten, nicht eingegangen. Zunächst gilt es die Bevölkerung zu sättigen, erst dann kann die Betrachtung auf andere Aspekte des Lebens fallen.

„Sie sperren der österreichischen Regierung die Lebensmittelfuhr, um die Einsetzung ihrer nationalen Regierung [...] durchzusetzen. Unserem Volk droht aber in Folge dieser Politik der Tschechen die Hungersnot. Nimmt Deutschösterreich die Verwaltung seines Gebietes in seine Hand und läßt es die

Tschechen die Verwaltung des tschechischen Gebietes in ihre Hand nehmen, dann werden wir mit den Tschechen von Volk zu Volk über die Lebensmittelversorgung verhandeln können.“ (Arbeiter-Zeitung, 22.10.1918, 3)

„Die Tschechen wollen die Durchsetzung ihrer nationalen Forderungen, die Preisgabe Deutschböhmens durch die Hungerschraube erzwingen. Ungarn droht mit der vollständigen Sperre seiner Lebensmittelausfuhr.“ (Salzburger Chronik, 24.10.1918, 1)

„Unter den Forderungen, die Karoly heute aufgestellt hat, ist auch die, die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Ungarn zu verbieten. Der edle Graf will also Deutschösterreich verhungern lassen!“ (Arbeiter-Zeitung, 23.10.1918, 3)

„Was glaubt man in Budapest eigentlich? Ungarn hat sich von uns wirtschaftlich und staatsrechtlich vollständig getrennt, es hat uns die Lebensmittelzufuhr gesperrt, es steht uns als ein ganz fremder Staat gegenüber; und doch sollen wir weiter Krieg führen, damit nur die magyarischen Oligarchen auch in Zukunft die Slowaken magyarisieren und die Südslaven tyrannisieren können?“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 1)

„[...] insbesondere aber Wien, mit der Aushungerung bedrohen [...]. Dazu kommt aber noch Ungarn, das sich für unabhängig erklärt hat und alle bisherigen Abmachungen bezüglich der Aushilfe auf dem Lebensmittelmarkte einfach ohne weiter zu fragen, bricht.“ (Tages-Post, 21.10.1918, 2)

Angesichts dieser Situation wird von den Zeitungen erkannt, dass es nun die wichtigste Aufgabe der neuen provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs ist, die Verhandlungen zu den Nationen aufzunehmen und wieder für Lebensmitteltransporte und Versorgung zu sorgen. Die drohende Hungerkatastrophe ist ein über allem schwebendes Thema, welches von der Politik nicht ignoriert werden kann und oberste Priorität haben sollte. Das erkennen auch die Zeitungen und fordern ein schnelles Handeln der Politik.

„Die Wiener Bevölkerung ist von einer schweren Ernährungskrisis bedroht. Die Tschechen und Polen sperren jetzt ihre Ländergebiete gegen Innerösterreich ab und verhindern das Abrollen der Lebensmittel. [...] Die dringliche Aufgabe des vom deutschen Nationalrate heute einzusetzenden Ernährungsausschusses wird es daher sein, mit Ungarn einerseits und den Vertretern Böhmens und Mährens andererseits wegen der Lieferung von Lebensmitteln sofort in Verhandlung zu treten.“ (Reichspost, 21.10.1918, 4)

„Die Arbeit muß aber sofort beginnen, denn es wäre verhängnisvoll zu glauben, daß die deutsche Bevölkerung, die am Tiefpunkte der Not angelangt ist, imstande sein wird, sich mit dem schönen Gedanken des deutsch-österreichischen Staates abspeisen zu lassen. [...] Es ist höchste Zeit, daß die Selbstregierung des deutschen Volkes unseren verknöcherten Bürokratismus in der Lebensmittelversorgung zertrümmere und an Stelle der unglücklichen Zentralen eine lebensfähige Verbindung zwischen den Konsumenten und Produzenten herstelle. [...] Auf dem Ernährungsausschuss des deutschen Nationalrates liegt die schwierige Aufgabe, diese brennendste aller Fragen zu lösen.“ (Salzburger Chronik, 24.10.1918, 1)

„Ein Volk, dem das Fehlen der Voraussetzungen der Erhaltung des Lebens bevorsteht, dem die Hungersnot droht, ist nicht fähig, die großen Probleme seiner Zukunft mit kühler Ueberlegung und reiflichen Entschlusse zu lösen.“ (Salzburger Chronik, 24.10.1918, 1)

Jede Regionalzeitung behandelt die Lebensmittelsituation auf ihre eigene Weise, die auf die jeweils bestimmte Region und die Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung abgestimmt ist. So findet man regionale Angaben zu Kartoffel- oder Getreideausgabestellen. Die „Salzburger Chronik“ kann am 21. Oktober 1918 über positive Viehzuschübe und die dementsprechende Fleischausgabe berichten. Aber auch die einzelnen Regionen haben mit der Situation zu kämpfen, weil diese nun wiederum ihre Erträge verteilen und abliefern sollen, was auch dort zu Hunger führen würde. Zudem fehlt es auch in den Regionen an bestimmten Lebensmitteln, kein Bundesland kann sich autark ernähren und ist auf bestimmte Lieferungen aus dem Ausland und den umliegenden Regionen angewiesen. So heißt es auch im „Vorarlberger Volksblatt“ am 25. Oktober 1918 „Bludenz. Im Zeichen der Kartoffelnot.“ oder in den „Innsbrucker Nachrichten“ am 27. Oktober 1918 „Kein Zucker.“ oder „Unerhörte Obstpreise“. Außerdem beschäftigen sich die Regionalzeitungen vermehrt mit spezifischeren Themen, wie etwa den Weinpreisen und der generellen Preislage bestimmter Lebensmittel und deren Entwicklung. Obwohl die Lage in den Regionen, wie Salzburg oder Oberösterreich, nicht so schlecht zu sein scheint, gehen die Regionalzeitungen dieser Gebiete trotzdem auch auf die Situation in Wien ein und besprechen die dortige schwierige Lage. Außerdem wird in den Zeitungen aus Wien natürlich speziell auf die Lage auf den Wiener Märkten eingegangen, in denen die aktuellen Waren und Mängel genau geschildert werden, zudem wird die Vorgehensweise einiger Händler kritisiert.

„[...] insbesondere Kraut, war in sehr großen Mengen vorhanden. Da aber noch mehr Rüben vorhanden sind, für die der Absatz mangelt, ist in der Regel Kraut nur unter der Bedingung zu bekommen, wenn man eine bestimmte Menge Rüben dazu nimmt. Auf diese Weise erreicht man, daß die Rüben nicht auf den Märkten, sondern in den einzelnen Haushaltungen verfaulen, was den Marktbehörden offenbar viel vorteilhafter dünkt.“(Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 6)

Die Ernährungsschwierigkeiten sind auch jeden Tag Thema in der „Reichspost“, sei es von politischer Seite, wenn die Einfuhrverhandlungen mit Ungarn besprochen werden oder wenn die Situation auf den Märkten Wiens beschrieben wird. Es finden sich Artikel wie „Wiens drückende Sorgen. Die Gefahr der Lebensmittelkatastrophe“ oder „Eröffnung einer neuen Gemeinschaftsküche“. Es finden sich zahlreiche Artikel zum Thema Lebensmittelversorgung, etwa „Für eine Lebensmittelhilfe aus Deutschland.“, „Die Gerüchte über die Kürzung der Brotquote.“ und „Abgabe von Schweinsinnereien.“(Reichspost, 24.10.1918, 5)

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit stehen auch zahlreiche Berichte über Verbrechen, angefangen vom Kettenhandel, über Preistreiberei und Diebstahl oder Betrüger. Dies ist Ausdruck für die gesteigerte Kriminalität, um sich das tägliche Überleben zu sichern. Diese „Verbrechen“ werden dabei aber nicht nur von Personen aus der Unterschicht begangen, es finden sich auch Berichte über Adlige oder höher gestellte Personen, die sich mehr Geld erschleichen möchten. So lauten etwa einige Überschriften in der „Tages-Post“ am 21. Oktober 1918 „Der Hofrat als Schleichhändler“, „Für ein paar Rüben – erschossen.“ oder auch „Die Marquise als Wohnungswucherin“. Aufgrund der Häufigkeit solcher Berichte quer durch alle Schichten und aller Bundesländer, ist zu vermuten, dass die Dunkelziffer solcher Vergehen noch weit höher war. Immer wieder tauchen ähnliche Berichte auf, auch am 25. Oktober 1918 findet man in der „Tages-Post“ einen Artikel über einen „Getreidekommissionär als Kettenhändler“. Diese Beispiele sind bezeichnend für viele solcher kleiner regionaler Artikel in ganz Österreich. Als der Markt und die Versorgung zusammenbrachen, wichen immer mehr Personen auf den Schwarzhandel aus. Viele versuchten auch nur Gewinn aus der Situation zu schlagen und erhöhten die Preise erneut, während andere nur versuchten ihr Auskommen zu finden.

Hinzu kommt zur Lebensmittelkrise noch eine Organisationskrise auf dem Lebensmittelsektor. Die Zeitungen beklagen häufig die schlechte Organisation auf diesem Gebiet und die Unfähigkeit der Politik, sei es nun auf dem Land oder in der Stadt.

Viele Arbeitskräfte fehlen und auch gewisse Zuständigkeiten sind nicht mehr eindeutig geregelt. Außerdem mangelt es an geeigneten Transportwegen, da die Eisenbahn für den Transport von Lebensmitteln ausfällt. Es zeigt sich anhand der folgenden Berichte auch hier die Theorie von Sandgruber bestätigt, der meinte: „Die Tragödie der Erschöpfung war eine Tragödie unzureichender Logistik und nicht unzureichender Kapazitäten.“ (Sandgruber, 1995, 320)

„Wie Kartoffeltransporte behandelt werden. [...]Die Spediteursfirma läßt aber die Sendungen ganz ruhig im Frachtenbahnhof lagern, da sie offenbar nicht über die Zeit und die Arbeitskräfte verfügt, um den Abtransport ordnungsgemäß und rechtzeitig bewerkstelligen zu können.“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 6)

„In der Körmender Dampfmühle sind in den letzten Wochen infolge Nachlässigkeit des Aufsichtspersonals 160 Waggons Getreide verfault.“ (Tages-Post, 21.10.1918, 3)

„Dieses Jahr harren wieder Unmassen von Rüben der staatlichen Uebernahme und Verfrachtung, es ist hoch an der Zeit, alle Maßnahmen für den Abtransport zu treffen [...]. Soll die Rübenenernte unter Dach und Fach kommen, dann heißt es, alle Mittel in Anwendung zu bringen und auch den Wasserweg in Anspruch zu nehmen, da die Eisenbahn für solche Massenartikel unter den heutigen Verhältnissen nicht leistungsfähig genug ist.“ (Tages-Post, 25.10.1918, 4)

„Seit August gibt es in Graz auf die Erdäpfelkarten keine Erdäpfel mehr. Dabei stehen in Ungarn große von uns angekaufte Mengen Erdäpfel, für die jedoch die österreichische, bitte sage und schreibe die österreichische Zentrale der Kriegsgetreidegesellschaft keine Transportbewilligung erhielt. [...], weil nach dem Willen des Reichs-Volksernährungsamtes Steiermark aus Böhmen mit Kartoffeln beliefert werden soll. Böhmen verweigert jedoch die Ausfuhr und in Ungarn gehen inzwischen die Kartoffeln zugrunde [...].“ (Grazer Mittags-Zeitung, 21.10.1918, 2)

8.10. Medien und Journalisten

Aus den Zeitungen lässt sich nur schwer deren Situation und der Beteiligten, also der Journalisten, heraus arbeiten. In diesem ersten Analysezeitraum ist die Zensur noch aufrecht und in den Zeitungen finden sich vereinzelt weiße Flecken. Obwohl der Krieg dem Ende zugeht, sind noch immer Spuren der Zensur zu entdecken, so wird etwa am 24. Oktober 1918 nach einem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Zeile eingefügt, in

der zu lesen ist: „22 Zeilen von der Militäzensur gestrichen“. Obwohl man aus der Literatur weiß, dass zu diesem Zeitpunkt die Zensurbehörden weit weniger streng agierten, so waren sie doch noch immer aktiv und vor allem auch in den Köpfen der Journalisten vorhanden. Schon lange hat der Krieg angedauert und noch waren die Journalisten offenbar nicht so weit über ihre eigene Situation und die eigene Rolle zu reflektieren. Es findet sich in diesem Zeitraum noch keine Reflexion auf das eigene Handeln in diesem Krieg. Es wird nur auf die Medien aus dem Ausland eingegangen und etwa aus Ungarn berichtet, dass Journalisten die Pressefreiheit fordern oder dass sich in Prag die Journalisten zu einem eigenen Verband zusammen geschlossen haben. Die Zeit zur Selbstreflexion und einen Rückblick auf das eigene Handeln scheint noch nicht gekommen zu sein.

Aus Budapest wird gemeldet, dass dort nun auch die Journalisten ihre Chance für Veränderungen im System gekommen sehen. „Ein Abgeordneter der äußersten Linken ruft: Was wird mit der Preßfreiheit geschehen? Darauf ertönen von der linksseitigen Journalistenloge zahlreiche laute Rufe: Hoch die Preßfreiheit! Nieder mit der Zensur!“ (Arbeiter-Zeitung, 24.10.1918, 3)

„Die tschechischen Journalisten-Vereinigungen haben die Gründung eines Verbandes der tschecho-slowakischen Journalisten-Korporationen, bzw. eines Verbandes der slawischen Journalisten beschlossen und haben ferner die Vorbereitungen zur Errichtung eines tschechischen Korrespondenz-Bureaus getroffen.“ (Tages-Post, 22.10.1918, 1)

„Keine Zensur mehr in Ungarn. Die Blätter erschienen heute mit dem Vermerke „Ohne Zensur!“ – ein Verweis, daß sie den Beschluß, die Zensur nicht anzuerkennen, durchgeführt haben.“ (Salzburger Chronik, 25.10.1918, 4)

Eine Ausnahme ist, dass inländische Zeitungen herangezogen werden, um die eigene Meinung zu untermauern, oder deren Meinung zu kritisieren.

„Aus den vorgestrigen Abwehrkämpfen in den Sieben Gemeinden hat die sogenannte Militärkritik gewisser patriotischer Blätter, die mit ihren Beschönigungen und Uebertreibungen bis ans Kriegsende tapfer durchzuhalten entschlossen ist, einen großen Sieg zu machen sich bemüht. [...] Dieser großprahlende Ton kann kaum noch eine andere Empfindung als die des verächtlichen Mitleids erwecken.“ (Arbeiter-Zeitung, 27.10.1918, 3)

Es finden sich immer wieder Vergleiche und Zusammenfassungen, wie andere Zeitungen gewisse Situationen interpretieren und auslegen. Dabei werden die verschiedenen Zeitungen auch zitiert. Heftig kritisiert werden immer wieder Blätter aus England oder Frankreich, denen Hetze nachgesagt wird. So finden sich Artikel wie „Scharfmacherei englischer Blätter gegen Oesterreich-Ungarn“ oder „Die Verwüstungshetze in der Verbandspresse“. Dies sind jedoch nur Meldungen aus zweiter Hand, da die Zitate nicht aus den Original-Zeitungen stammen, sondern aus Zeitungen aus Genf oder Rotterdam, welche natürlich ebenfalls schon eine Vorselektion getroffen haben.

Auch die Zeitungen haben mit der finanziellen Not und der Ressourcenknappheit zu kämpfen. Häufig entschuldigen sich Zeitungen dafür, dass sie aufgrund des Papiermangels und der dementsprechenden staatlichen Verordnung nur auf 4 Seiten erscheinen dürfen. Angeprangert wird etwa von der „Reichspost“, dass sich offenbar nicht alle Zeitungen an die Papierbeschränkung halten und es wird dabei auch die „Arbeiter-Zeitung“ zitiert, die dieses Thema ebenfalls aufgreift.

„Die Maßregel kann nur ertragen werden, wenn sie gleichmäßig alle Zeitungen trifft. [...] Erstens ist nicht einzusehen, warum die selbstständigen Morgenblätter ihren Umfang kürzen müssen, die selbstständigen Abendblätter nicht; gilt die Notwendigkeit zum Sparen nur am Morgen, am Nachmittag nicht? Warum soll, wenn Mangel an Papier da ist, am Nachmittag mit Papier nicht sparen müssen?“ (Reichspost, 24.10.1918, 6)

„Das Erscheinen der Tageszeitungen in Gefahr! [...] Vom Leiter der amtlichen Papierverteilungsstelle wurde mitgeteilt, daß infolge Kohlenmangels fast sämtliche Fabriken, die Zeitungspapier erzeugen, zum Stillstand gekommen sind und daß weder bei den Fabriken noch bei den Zeitungen irgend welche nennenswerte Vorräte an Papier vorhanden sind. [...] Im Zeitungsbeirat wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Verantwortung für all die Folgen, die durch ein Nichterscheinen der Zeitungen gerade in diesen Tagen entstehen können, so groß ist, daß ein unmittelbares Eingreifen von der obersten Regierungsstelle unerlässlich erscheint.“ (Innsbrucker Nachrichten, 21.10.1918, 2)

„Die Papiereinschränkung bei den Tageszeitungen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 25.10.1918, 3)

8.11. Regionale politische Aktivitäten

Durch die Analyse von regionalen Zeitungen, also Zeitungen aus den heutigen Bundesländern Österreichs, konnten auch die verschiedenen politischen Aktivitäten innerhalb der Bundesländer beobachtet werden. So wurde das Geschehen in Wien hin zum Frieden und die Gründung eines deutschösterreichischen Staates zwar positiv aufgenommen und auch von den Regionen begrüßt, aber man hatte auch eingesehen, dass man nun eine neue wichtige Rolle im Staat einnehmen muss und dazu auch aktiv werden muss. Man wollte die Neugestaltung nicht alleine Wien überlassen, der Stadt die laut Ansicht der Regionalzeitungen schon so viel falsch gemacht hatte in diesem Krieg. Es zeigt sich, dass nun das Bürgertum und andere politische Strömungen bereit sind zu handeln und sich auch zum neuen Staat zu bekennen. Vom Adel auf dem Land findet man keine Berichte oder Beteiligungen.

„Gestern abends fand im Vortragssaale des Kaufmännischen Vereinshauses einen vom Deutschen Volksbunde für Oberösterreich einberufene Vertrauensmänner-Versammlung statt, die sehr zahlreich besucht war; es waren etwa zweihundert Herren aus allen Kreisen des Linzer Bürgertums anwesend.“ (Tages-Post, 22.10.1918, 1)

„Bei der Lösung dieser Fragen halten sich die genannten Vertreter der autonomen Landesverwaltungen nicht nur für berufen, sondern verpflichtet, weiterzuarbeiten und stellen sich daher bereitwillig in den Dienst der großen Aufgaben, die den Völkern der Länder, die sie vertreten erwachsen. Die autonomen Landesverwaltungen sollen demokratisch ausgebaut und beibehalten werden, sie wollen bei der Liquidierung des alten und beim Neuaufbau des neuen Staates mitwirken.“ (Tages-Post, 23.10.1918, 1)

„Deutschtiroler Nationalrat. [...] Die vorbereitende Versammlung von Vertrauensmännern sprach sich für ein freies, unabhängiges Deutschösterreich aus, welches sich seine Regierungsform und seine Verfassung aus dem Volke gibt und seine Beziehungen zu den übrigen Staaten in der Zukunft ebensofrei und unabhängig regeln wird.“ (Tages-Post, 23.10.1918, 4)

„Die politischen Parteien Salzburgs beginnen aus der Liquidation Alt-Oesterreichs und der bevorstehenden Schaffung eines Deutschösterreich, die Konsequenzen zu ziehen.“ (Tages-Post, 25.10.1918, 5)

Die eigene Kraft als Teil des neuen Staates wird auch von den Regionen erkannt. So ruft auch die „Tages-Post“ stolz dazu auf, dass sich die Oberösterreicher nun für Deutschösterreich einsetzen und Teil der Neugestaltung werden sollen. Die eigene Leistung auch im Krieg wird erkannt und lobend erwähnt. Man kann aus diesen Aussagen darauf schließen, dass sich zu diesem Zeitpunkt langsam ein Bewusstsein für die eigene Region, für das eigene Bundesland und deren politischer Wichtigkeit im neuen Staat bildet. Man agiert politisch nun nicht mehr als deutscher Österreicher im Habsburgerreich, sondern man versteht sich nun mehr als Vertreter eines Bundeslandes und erkennt die Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung. Das Verständnis für die eigene Identität und die Rolle im neuen Staat beginnt sich auszuformen.

„Stark wie harter Stahl haben die Männer Oberösterreichs die Grundpfeiler der Armee gebildet; im eisernen Rahmen unserer Regimenter wurden die unzuverlässigen Elemente im Zaum und Zügel gehalten. Industrie und Landwirtschaft Oberösterreichs erwies sich über alles Erwarten leistungsfähig und unsere Städte erbrachten den mustergültigen Beweis, daß sie ihre eigenen Verwaltungen viel vernünftiger zu führen verstünden, als der Staat seine Zentralwirtschaft.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

„Ist es da nicht höchste Zeit, hinaus ins Land zu rufen: Erwachet Oberösterreicher, rüstet euch zur Arbeit, es gilt euer eigenes Haus zu bauen. Laßt euch nicht täuschen durch das Unterfangen der Zentralisten, Bürokraten und Höflinge und der Vertreter des Großkapitals, die vom österreichischen Kaiserstaate gemeinsame Außenpolitik, gemeinsame Wirtschafts- und Zollpolitik, gemeinsame Armee und dergleichen im eigenen Interesse zu retten suchen.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

„Das alte Oesterreich ist in Trümmer gefallen; das berichtet und nicht erst das Manifest, nicht erst di Note Wilsons. [...] Wir werden erwägen müssen, welche Stellung die bisherige Haupt- und Residenzstadt Wien im künftigen Staategebilde einnehmen soll und darf. Es wird unmöglich sein, im künftigen Deutschösterreich der Stadt Wien jenen Einfluß auf die Regierung und Verwaltung einzuräumen, der ihr nach der Zahl der Einwohnerschaft zukäme. Dadurch würden die Provinzen, in deren Schoß die ursprünglichen Kräfte für die Existenz des künftigen Deutschösterreich ruhen, von vornherein in ihrem Einflusse erdrückt werden.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

„Diese Mitarbeit wird umso aktueller, als der bürokratische Verwaltungsapparat in den Provinzen ebenso sehr versagt hat als in Wien. Es gilt alle Kräfte zu sammeln, um eine lebensfähige Verbindung mit den Organisationen der anderen Länder

herzustellen [...]. Für Salzburg kommt in erster Linie der wirtschaftliche Anschluss mit Oberösterreich, die Herstellung wirtschaftlicher Brücken mit den benachbarten Bauern in Betracht, welche das bisherige System nie erreichen konnte. Aus all diesen zwingenden Gründen ist die Bevölkerung Salzburgs daran gegangen, einen Volksrat zu bilden, der ihre Interessen wahren soll.“ (Salzburger Chronik, 25.10.1918, 1)

9. Darstellung der Forschungsergebnisse Analysezeitraum 2

Im Anschluss folgt die Darstellung der Ergebnisse der zweiten Analysewoche von 4. November 1918 bis 14. November 1918. Die daraus resultierenden Kategorien, die in der Analyse der Tageszeitung erhoben werden konnten, werden in der Folge beschrieben.

9.1. Deutschösterreich wird eine Republik

Welche Form der Staat Deutschösterreich haben sollte, wird in den Zeitungen unterschiedlich diskutiert. Während in der „Arbeiter-Zeitung“ schon ab der ersten Analysewoche feststeht, dass nur eine Republik in Frage kommt, findet in der „Reichspost“ zu diesem Thema ein langsamer Aushandelsprozess statt, indem sie verschiedene Positionen einnimmt. Vom Republikgegner wird die „Reichspost“ zwar nicht zum Befürworter, aber man gesteht ein, die Wahl des Volkes zu respektieren. Kritisch betrachtet die „Reichspost“ in ihrer Berichterstattung jedoch die Tatsache, dass die Republik nun anscheinend alleine vom Staatsrat beschlossen wird, ohne dem Volk die Wahl zu lassen. Ebenfalls diskutiert wird, ob nicht doch eine monarchische Form, wie sie in England praktiziert wird, besser gewesen wäre. Auch das „Vorarlberger Volksblatt“ spricht sich für diese Regierungsform aus. Beide Zeitungen, sowie auch die „Salzburger Chronik“, reagieren eher skeptisch und sehen in den aktuellen Geschehnissen eine zu schnelle Entscheidung für die eine oder andere Staatsform. Die alleinige Bestimmung des Staatsrates kommentiert die „Reichspost“ als eine Fortsetzung der alten bürokratischen Strukturen, in der einzelne Personen die Macht hatten. Aber auch von anderen Zeitungen, wie der „Grazer Mittags-Zeitung“, finden sich Einwürfe, die gegen eine vorzeitige Entscheidung zu einer Republik sprechen.

„Wir wiederholen es, im Bewusstsein des furchbaren Ernstes der Sache, jede Silbe mit Nachdruck betonend: alle Versuche, Deutschösterreich die republikanische Regierungsform aufzuzwingen, führen totsicher zur Zertrümmerung des eben erst gegründeten Staates Deutschösterreich [...]. Es wäre gar nichts anderes damit

bewirkt, als daß sich in demselben Augenblicke die Kronländer der Reihe nach von einem solchen Deutschösterreich lossagten! Nur Einfalt kann davon phantasieren, etwa die Tiroler oder Nieder- und Oberösterreicher oder die Steiermärker in eine Republik zu einzupferchen.“ (Reichspost, 31.10.1918, 1)

„Warum sollte in der Zeit der Völkerversöhnung, des möglichsten Ausgleiches aller Gegensätze gerade nur zwischen dem republikanischen und dem monarchischen Prinzip eine Annäherung, ein Brückenschlag, nicht möglich sein? Das Problem ist, bei uns in Oesterreich wie draußen im Reiche die Form zu finden, die ein friedliches Nebeneinander den Bekennern beider Grundsätze gestattet.“ (Reichspost, 9.11.1918, 1)

„Hat man nicht vor dem Kriege, auch in Arbeiterblättern, gar viel von Korruption und Machtwirtschaft in verschiedenen Ententeländern gelesen? Die republikanische Regierungsform als solche ist also wohl kein Schutzmittel gegen so böse Erscheinungen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 12.11.1918, 1)

„Diese Demokratie läßt sich mit der Monarchie vereinigen. Wir sehen ein glänzendes Beispiel hierfür in England, wo der König die Verkörperung des Staatsgedankens ist. Für unsere Verhältnisse halten wir eine demokratische Monarchie für besser, als eine Republik, deren Präsident doch immer ein Parteimann ist, der nicht die Gesamtheit des Volkes, sondern nur die Mehrheit vertritt.“ (Vorarlberger Volksblatt, 10.11.1918, 2)

Die „Reichspost“, so wirkt der Verlauf ihrer Berichterstattung, muss der Zeit Tribut zollen. Sie ändert ihre Meinung weiter ab und geht auch Kompromisse in ihrer Darstellung von neuen Regierungsformen ein. Auch die „Salzburger Chronik“ spricht sich für eine baldige Wahl der Bevölkerung zur Bildung einer ordentlichen Regierung aus. Wurde vorher die republikanische Staatsform noch scharf kritisiert und als undurchführbar angesehen, so gesteht man nun ein, dass man sich bei einem Volksentscheid der gewählten Staatsform ohne weitere Kritik anschließen werde. Als Problem erkennt die „Reichspost“ jedoch, dass die Staatsform derzeit nur vom Staatsrat entschieden werden soll und nicht allein vom Volk.

„Darum darf keine Zeit versäumt werden, daß das Volk sich seine Regierung wählt, der es vertraut und der es unbedingt folgt. Diese Regierung braucht dann keineswegs Autorität zu spielen, sondern sie muß Autorität haben und sie zu gebrauchen verstehen. [...] Wir brauchen Ordnung und Ruhe und diese kann uns nur eine verantwortliche, vom Volksvertrauen gestützte Regierung gewährleisten.“ (Salzburger Chronik, 5.11.1918, 1)

„Staatsrats- oder Volksentscheidung. Es ist von der Mehrheit im Staatsrate heute beschlossen worden, die Republik in Deutschösterreich zu erklären und mit einem solchen Antrage vor die morgige Nationalversammlung zu treten [...]. Entscheidet die Volksmehrheit bzw. Die Konstituante gegen die Monarchie, so ist, nachdem der Kaiser selbst das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hat, ein Urteil von so hoher Autorität geschaffen, daß sich auch die Anhänger der Monarchie diesem Spruch des Volkes ohne zu murren beugen werden. [...] Ein Votum einer Körperschaft, die selbst ihre Unzuständigkeit für die grundlegende definitive Entscheidung ausgesprochen hat, setzt den Staat nicht auf genügend feste Mauern unerschütterlicher Autorität.“ (Reichspost, 11.11.1918, 1)

„Nun wird das Volk Wort haben, vor allem in den herankommenden Wahlen für die Konstituante, welche die endgültige Staatsform bestimmen wird. [...] Dann wenn das ganze Volk gesprochen haben wird, werden wir, wie immer das Ergebnis sein möge, loyal der rechtlich zustande gekommenen Ordnung uns einfügen.“ (Reichspost, 12.10.1918, 1)

Schließlich wird die Republik am 12. November 1918 vom Staatsrat und der Provisorischen Nationalversammlung proklamiert und sogleich der Bevölkerung verkündet. Die Analyse zeigt, dass die Zeitungen darauf zu einem großen Teil mit Freudereagieren, nur die „Reichspost“ gibt sich zurückhaltend und erklärt, sich diesem Ergebnis zu fügen und dem Staate weiterhin zu dienen. Außerdem lässt es sich die „Reichspost“ nicht nehmen noch einmal auf die „Großzügigkeit“ des ehemaligen Kaisers zu verweisen, ohne dessen Zutun und Akzeptanz diese Entscheidung nicht möglich gewesen wäre, aber auch die „Grazer Mittags-Zeitung“ hält dies dem abgedankten Kaiser zu Gute.

„Republik Deutschösterreich. [...] Dem Staate Deutschösterreich auch in seiner nunmehrigen Form zu dienen, obwohl sie nicht die Form unserer Wahl ist, betrachten wir, wie sie Pflicht jedes Bürgers ist, auch als unsere Pflicht, als Gewissenspflicht der deutschösterreichischen Katholiken, die mit Loyalität und Hingebung ihre Kräfte auch dem neuen Staatswesen widmen werden.“ (Reichspost, 13.11.1918, 1)

„Das Wesentliche für uns ist das durch die gestrige Kundgebung des Kaisers ermöglichte legale Zustandekommen der Republik [...].“ (Reichspost, 13.10.1918, 1)

„War zwar der Entschluß Kaiser Karls, abzudanken, auch kein ganz freiwilliger, so hat er uns doch die Wege geebnet die Umwandlung erleichtert.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 13.11.1918, 2)

Die Republik als neue Regierungsform wird vor allem von der „Arbeiter-Zeitung“ gefeiert. In der Berichterstattung wird hierfür der Blick in die Zukunft gerichtet, weg von den alten überkommenen Strukturen. Dabei kann festgestellt werden, dass es in diesem Zusammenhang keinerlei nostalgische Gefühle, auch nicht von den dynastietreueren Zeitungen, gibt. Für solche Gefühle findet sich nun in den Zeiten des Umbruchs kein Platz, es gilt nun alle Kräfte für den Wiederaufbau zu sammeln und nicht der Vergangenheit nach zu trauern.

„Der Staatsrat konnte nicht länger warten, denn die Doppelherrschaft zweier Regierungen, der k. k. gesamtösterreichischen und der republikanischen deutschösterreichischen, auf demselben Boden ist unerträglich geworden. [...] Mit der restlosen Uebertragung der Verwaltung an die Staatsämter der Republik wird die Demokratie in Deutschösterreich gesichert.“ (Arbeiter-Zeitung, 12.11.1918, 4)

„In unblutiger, man könnte fast sagen vornehm eleganter Revolution hat sich Deutsch-Oesterreich über Nacht in eine demokratische Republik umgewandelt. Damit hat der Weltkrieg für uns Deutsche in Oesterreich eine zwar unerwartete aber günstige Wendung genommen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 13.11.1918, 2)

„Der deutsch-österreichische Staatsrat erklärte Deutsch-Oesterreich zur Republik [...]. Die Spitzen des alten Oesterreich, an dem eine volksfremde Bureaukratie, eine sehr häufig zopfige Verwaltung und ein morscher Militarismus Totengräberdienste durch Jahrzehnte geleistet haben, sind verschwunden und die Bauleute Deutsch-Oesterreichs arbeiten mit schier überstürzender Eile am neuen Hause“ (Vorarlberger Volksblatt, 13.11.1918, 1)

Die „Arbeiter-Zeitung“ versucht immer noch einen Schritt weiter zu denken und geht auch darauf ein, dass eine Situation wie die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie derzeit in Deutschösterreich nicht möglich sein würde. Die Zeitung geht dabei sehr vorsichtig vor und nimmt eine Stabilisierungsfunktion ein. Sie versucht keine Gewaltaktionen zu fördern und keine überstürzten Handlungen auszulösen, in dem sie erklärt, dass man den endgültigen Sieg des Sozialismus vor allem in der Verbindung mit Deutschland erreichen würde. Durch die starken Bauern in Deutschösterreich wäre ein Sieg in diesem Staat schwer zu erringen und nur mit Gewalt möglich. Die „Arbeiter-Zeitung“ mahnt daher auch vor einer gewaltsamen Übernahme der Macht im Staat und

appelliert an seine Parteigenossen nicht die Waffen zu ergreifen, weil schließlich im Anschluss an Deutschland der Parteisieg errungen werde. Obwohl sich die „Arbeiter-Zeitung“ eine sozialistische Regierung wünscht, versucht sie trotzdem beruhigend auf ihre Anhänger einzuwirken, die versuchen könnten einen Umsturz ähnlich wie in Deutschland zu bewirken. So berichtet auch die „Reichspost“, dass selbst die Träger dieser Revolution in Deutschland zur raschen Ruhe und Ordnung mahnen, damit keine weiteren Ausschreitungen statt finden. Es gilt nun in dieser schwierigen Zeit die Gemüter nicht noch weiter zu erhitzen.

„In Deutschland bildet die Arbeiterschaft die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung; in Oesterreich selbst einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeiter nur knapp die Hälfte. [...] Würde sich nun die sozialistische Minderheit gegen den Willen der großen Bauernmasse der Herrschaft bemächtigen, dann würden uns auch noch die deutschböhmischen Bauern keine Lebensmittel liefern, unsere Städte und Industriegebiete würden von den Bauern ausgehungert werden [...].“ (Arbeiter-Zeitung, 12.11.1918, 4)

„Aus allen Teilen Preußens und der übrigen Bundesstaaten laufen Nachrichten ein über die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, welche in den Städten die Regierung an sich reißen, aber überall zur Ruhe und Ordnung mahnen.“ (Reichspost, 11.11.1918,)

Diese Ereignisse im Deutschen Reich werden weiterhin von den Zeitungen genau beobachtet und kommentiert. Während die einen in den Umstürzen und Revolten die Chance auf Neugestaltung auch in Deutschösterreich sehen, fürchten sich die anderen vor möglichen blutigen Auseinandersetzungen und einem Überschwappen der revolutionären Bewegung. Die „Reichspost“ fürchtet und warnt vor den aktuellen Zuständen in Deutschland. Dort entwickelte sich eine Art Novemberrevolution, die sich von Stadt zu Stadt verbreitete und zahlreiche Arbeiter- und Soldatenräte ähnlich dem russischen Vorbild bildete. Besonders werden die Aktivitäten der Sozialdemokraten beäugt und kritisiert, die in Deutschland eigenmächtig die Republik ausrufen und man fürchtet dasselbe im eigenen Land. Damit wird versucht der Bevölkerung auch einen kritischen Blick auf die Geschehnisse in Deutschland zu vermitteln.

„Republik oder sozialistische Diktatur.“ (Reichspost, 11.11.1918, 2)

„Der alle Ordnung und jede gedeihliche Entwicklung nach den furchtbaren Wunden des Krieges gefährdende Bolschewismus hat seine verheerenden Wellen auch über Deutschland geschlagen. Eine ungeheure Verantwortung lastet auf der deutschen Sozialdemokratie, die trotz ihrer schärfsten Gegnerschaft gegen die russische Anarchie den Thronverzicht des Kaisers erzwungen hat.“ (Salzburger Chronik, 9.11.1918, 1)

9.2. Anschluss?

Im ersten Analysezeitraum gibt es nur wenige Stimmen über einen möglichen Anschluss von Deutschösterreich an Deutschland. Die Zeitungen reagieren noch sehr verhalten und eher skeptisch. Es wird die Meinung vertreten, dass zunächst einmal die Verhältnisse im eigenen Land geordnet werden müssen als an einen Anschluss an Deutschland zu denken.

„Ebensowenig kann die Behandlung der Frage des möglichen Anschlusses an das Deutsche Reich, bevor wir unsere eigene Selbstständigkeit gefunden und in dieser Selbstständigkeit die künftige Lage zu überblicken gelernt haben, ins Auge gefaßt werden.“ (Tages-Post, 26.10.1918, 1)

„Man ruft vielfach nach dem sofortigen bundesrechtlichen Anschluß an Deutschland. Ein völliges Aufgehen im Verbande des Deutschen Reiches [...]. Wir sollen zuerst beweisen, daß wir einen ordentlichen und modernen Staat bilden können, daß wir Deutschösterreicher das Recht der anderen für uns beanspruchen und volle Souveränität in unseren Entschlüssen besitzen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 26.10.1918, 2)

Im zweiten Analyseteil werden die positiven Stimmen für einen Anschluss lauter. Nun werden vermehrt auch das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Zusammenschluss für das deutsche Volk gefordert, so wie es auch für die anderen Völker der Monarchie möglich gewesen war. Gefördert wird dieser Gedanke noch durch den Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung, die Deutschösterreich als einen Teil von Deutschland erklärt, jedoch ohne jegliche Basis wie Verhandlungen, Verträge etc. mit Deutschland geschaffen zu haben. Die Untersuchung ergibt, dass offenbar in einer Zeit großer Umbrüche, in der sich binnen Stunden ganze Nationen gründen und

Monarchien zerfallen, diese Neuigkeit von den Zeitungen unreflektiert als Tatsache kommuniziert wird. Der Anschluss ist für viele schon Realität und es findet keine kritische Auseinandersetzung statt. So spricht etwa die „Grazer Mittags-Zeitung“, nur einen Tag nach der Proklamierung des Nationalrates, von Deutschösterreich als Ostmark und Teil Deutschlands. Der Anschluss wird von allen Seiten positiv bewertet.

„Wenn schon das Recht auf nationale Selbstbestimmung allen „freien Völkern“ zuerkannt werden soll, so kann man dem deutschen Volke das nunmehr so „frei“ ist, als nur irgendein Volk der Welt, dieses Recht nicht vorenthalten. Eine Zeit, deren Ideal die Bildung von Nationalstaaten ist, kann den Zusammenschluss der Deutschen nicht verbieten wollen.“ (Reichspost, 10.11.1918, 1)

„Die Erklärung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung, Deutsch-Oesterreich in eine demokratische Republik umzuwandeln, bringt uns jedoch noch Größeres als den Sieg der Demokratie. Sie spricht gleichzeitig die Einigung der Deutschen Oesterreichs mit denen des bisherigen Deutschland aus. Die schwarzgelben und schwarz-weißen Grenzpfähle fallen. Deutsch-Oesterreich ist seit gestern ein Bestandteil der deutschen Republik.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 13.11.1918, 2)

„[...] wir wollen endlich eine Republik Deutschösterreich, die den Anschluß an die Republik Deutschland feierlich proklamiert, damit wir nach 50jähriger Trennung wieder mit dem gesamten deutschen Volke vereinigt werden.“ (Innsbrucker Nachrichten, 11.11.1918, 1)

Die Idee des Anschlusses wird in den Zeitungen mit verschiedenen ideologischen Ansätzen verknüpft. So sieht die „Arbeiter-Zeitung“ darin die Chance die Kräfte des Sozialismus zu vereinen und einen gemeinsamen deutschen sozialistischen Staat der Arbeiterklasse zu errichten.

„Haben die Fürsten Deutschland zerrissen, so wird die Republik Deutschland wieder einigen; hat uns der Streit zwischen Habsburg und Hohenzollern vom Deutschen Bunde getrennt, so wird uns die deutsche Republik mit Deutschland wieder vereinigen! [...] Nur in der Republik kann Deutschland die Einigung aller seiner Stämme verwirklichen [...].“ (Arbeiter-Zeitung, 9.11.1918, 1)

„Dieser Staat aber wird ein Bestandteil der großen deutschen Republik, ein Glied des großen roten Deutschland sein. [...] Kommen wir nur zu Deutschland, dann werden wir in einem sozialistischen Gemeinwesen leben! Darum dürfen wir nichts tun, was unseren Anschluß an Deutschland gefährden könnte!“ (Arbeiter-Zeitung, 13.11.1918, 1)

Mögliche Konsequenzen thematisieren und zur Vorsicht vor zu frühen Entscheidungen raten nur die „Reichspost“ und das „Vorarlberger Volksblatt“. Diese führen die negativen Reaktionen der Entente auf einen möglichen Anschluss an. Die „Arbeiter-Zeitung“ etwa erkennt keine Probleme eines möglichen Anschlusses, da es sich hier nur um einen natürlichen Vorgang handelt, der ohnehin früher oder später stattfinden müsse.

„Durch Vermittlung Schweizer Stellen hat die Entente nach Wien die ganz unzweideutige Ankündigung gelangen lassen, daß sie von den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland, diese auch uns sympathische Vereinigung der nationalen Kräfte, mit der Verhärtung der Friedensbedingungen für Deutschösterreich und Deutschland [...] beantworten wird.“ (Reichspost, 12.10.1918, 1)

„Man muß sich ernstlich mit der Frage beschäftigen, ob es klug und ratsam und unserem eigenen Volke gegenüber zu verantworten ist, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen, die wir wahrscheinlich nicht bis in ihre letzten Konsequenzen durchzuführen imstande sind [...]. Es zwingt uns nichts, jetzt schon eine überstürzte Entschließung betreffend den künftigen politischen Anschluß Deutschösterreichs zu fassen.“ (Reichspost, 12.10.1918, 1)

„Die Verbandspresse hebt hervor, daß unsere Gegner das Verbleiben des Kaisers Karl geradezu wünschen, um Deutsch-Oesterreich vom Anschluß an das Deutsche Reich abzuhalten. Fortgesetzt erheben sich in Frankreich Pressestimmen, die gegen eine Auflösung Oesterreichs und gegen den Anschluß an Deutschland nachdrücklich Verwahrung einlegen. Gaulois findet, wenn sich Deutsch-Oesterreich beim Deutschen Reich anschließen würde, hätte dieses den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen, was unbedingt verhindert werden müsse.“ (Vorarlberger Volksblatt, 9.11.1918, 2)

„Die große deutsche Republik, das sind auch wir, und dort ist unser Platz, unsere Zukunft! [...] Und unser freies Bekenntnis zu Deutschland wird sein Ansehen nur heben. Die Entente wird uns das nicht verbieten, kann es uns nicht verbieten, weil sie weiß, daß wir es, wenn wir es heute nicht täten, um so sicherer nach dem Frieden tun würden.“ (Arbeiter-Zeitung, 10.11.1918, 2)

9.3. Der Waffenstillstand

Die Waffenstillstandsbedingungen werden von allen Zeitungen als besonders schwer und demütigend für Deutschösterreich eingestuft. Sie werden in der Berichterstattung

als eine Art Gewaltfrieden bezeichnet, der von der Entente aufoktroziert wurde. Obwohl man bemerkt, dass trotz der harten Bedingungen nun doch endlich die Kämpfe aufhören, so hält sich die Freude darüber in Grenzen. Die Waffenstillstandsbedingungen sorgen für große Verunsicherung. Denn darin enthalten sind auch Bestimmungen, denen zufolge die Ententetruppen sich ungehindert auf dem Boden der Monarchie bewegen dürfen. Dieser Punkt schürt auch im Deutschen Reich die Angst. Die Front scheint trotz Waffenstillstandes näher zu rücken und die Bayern beginnen daher in Tirol und Salzburg Truppen zu stationieren. Dadurch besteht die Gefahr eines Kampfes auf deutschösterreichischem Boden. Die „Reichspost“ gibt sich von der Entente und ihren harten Bedingungen enttäuscht und sieht Deutschösterreich in seiner Ehre verletzt. Diese Bedingungen schüren vor allem die Angst weitere Gebiete, wie etwa Südtirol, zu verlieren, wohingegen die Abrüstungsforderungen als weniger schlimm angesehen werden.

„Der Gewaltfriede. (Reichspost, 4.11.1918, 1)

„Der Waffenstillstand [...] erzwingt die Räumung großer reindeutscher Gebiete. [...] Besonders schmachvoll sind in den Waffenstillstandsvertrag die uns auferlegten Bedingungen, die es der Entente ermöglichen, durch unser Gebiet einen Angriff gegen das Deutsche Reich zu richten.“ (Tages-Post, 5.11.1918, 1)

„Die Waffenstillstandsbedingungen sind hart und demütigend. Sie verletzen bis aufs Innerste. Nicht ein Rest von Menschlichkeit und versöhnlichem Entgegenkommen, dargebracht einem tapferen Gegner und gewidmet dem Gedanken des künftigen Völkerbundes, findet sich in diesen Waffenstillstandsbedingungen.“ (Reichspost, 4.11.1918, 1)

„Einen Vertrag? Aber dieser Waffenstillstand ist ja gar nicht die Frucht von Verhandlungen, ist kein Vertrag, es sind „die von Italien gestellten Bedingungen“; der Sieger befahl und der Geschlagene mußte sich widerspruchslos unterwerfen.“ (Arbeiter-Zeitung, 5.11.1918, 1)

„Oesterreich-Ungarn war schon früher tot, aber der Waffenstillstand, den es abschließen mußte und der rücksichtsloser und demütigender ist, als er jemals einer asiatischen Satrapie auferlegt wurde, streicht das schwarz-gelbe Gebilde für alle Zeit aus dem Buche der Geschichte.“ (Arbeiter-Zeitung, 5.11.1918, 1)

„Immerhin kann die Nachricht als erfreulich bezeichnet werden, da aus dem Zusammenbruche der Front wenigstens zahlreiche wertvolle Menschenopfer

gerettet werden, die sonst vergebens geopfert worden wären.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 1)

„Die Wilson'sche Fata morgana eines Friedens ohne Entschädigungen und Annexionen verfließt in Nebel, der sie immer war und der nackte Gewaltfriede tritt in Szene. Dafür sprechen schon die schrecklichen Waffenstillstandsbedingungen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 11.11.1918, 2)

Der Waffenstillstand wird als ungerecht angesehen, da er zwar für die ganze Monarchie abgeschlossen wurde, aber defacto nur für Deutschösterreich gilt. Diese Situation ist für die Zeitungen sehr unbefriedigend und man ist mit den Bedingungen unzufrieden. Denn während die anderen Nationalstaaten sich von der Monarchie los gesagt und Bündnisse mit der Entente geschlossen haben, ist Deutschösterreich übrig geblieben und geht nun als einziger Verliererstaat aus der Monarchie hervor.

„Der Waffenstillstand ist im Namen aller Nationen Oesterreichs geschlossen worden, aber die Bedingungen sind nicht für alle gleich; sie treffen Deutschösterreich schmerzlich und werden gleichzeitig bei den anderen Nationen gefeiert.“ (Salzburger Chronik, 4.11.1918, 1)

„Die Waffenstillstands-Bedingungen, die von der Entente jetzt nach einundfünfzig Monaten des furchtbarsten Krieges der „österreichisch-ungarischen Monarchie“ auferlegt worden sind, bedeuten die tiefste Demütigung, die je einem Staate zugefügt worden ist. Unendlich bitter ist es, daß gerade Deutschösterreich wieder am schwersten davon betroffen wird.“ (Tages-Post, 5.11.1918, 1)

9.4. Die Niederlage - Der Krieg ist verloren

Obwohl der Friede schon lange herbeigesehnt worden war, so waren die finalen Waffenstillstandsbedingungen doch sehr hart und die Fehlersuche für diese Situation und die schlimme Niederlage begann. Fehler werden von der „Reichspost“, aber auch vom „Vorarlberger Volksblatt“, vor allem bei den anderen gefunden. So wirft man Ungarn vor, viel zu früh Truppen aus der Italienfront abgerückt zu haben, dem sich die anderen Nationalstaaten anschlossen und damit die Front unhaltbar wurde. Außerdem wird dem Feind vorgeworfen, sich mit unlauteren Mitteln am Ende des Krieges noch bereichert zu haben, während den deutschösterreichischen Soldaten keine Chance zur

Verteidigung mehr blieb. Die Italiener etwa gaben sich noch 24 Stunden Zeit, um den Waffenstillstand ihren Truppen zu kommunizieren, während die österreichische Heeresführung schon vorschnell die Befehle zum Waffenstillstand gab. Der Waffenstillstand konnte nicht mehr widerrufen werden, wodurch die Soldaten kampfflos den Italienern gegenüberstanden und über 380.000 Soldaten gefangen genommen wurden. Diese Ereignisse werden den Italiener ebenfalls als Hinterlist zur Last gelegt und nicht als eigenes falsches Handeln erkannt. Rauchensteiner schreibt dazu: „Ein k. u. k. Armeeoberkommando, das nicht in der Lage war, eine einmonatige Vorbereitungszeit zu nutzen und die Vorbedingungen und Bedingungen des Waffenstillstandes in allen Details zu überlegen, das nicht in der Lage gewesen war, die notwendigen technischen Einrichtungen zu schaffen, um mit der Waffenstillstandsdelegation Kontakt zu halten, und das schließlich voreilig und unbedacht seine Weisungen gab – dieses Armeeoberkommando muss letztlich als der Hauptschuldige an dem Desaster von Vittorio Veneto bezeichnet werden.“ (Rauchensteiner, 2013, 1049) Fehler und Vertragsbruch werden den Kriegsgegnern und den abgefallenen Nationen zugeschrieben. Deutschösterreich, der Kaiser oder der Staatsrat haben sich an den Vorgängen zum Kriegsende laut „Reichspost“ nichts vorzuwerfen und es wird beteuert, keine andere Wahl gehabt zu haben und das Verhandlungen gemeinsam mit Deutschland besser gewesen wären. Die Berichterstattung stilisiert die deutsch-österreichische Armee zum Opfer. Häufig scheinen den Zeitungen nicht der Wille, sondern viel mehr die nötigen Informationen für eine akkurate Berichterstattung zu fehlen.

„Diese Prahlereien wirken umso abstoßender, wenn man weiß, daß die Italiener ihre Beute und Gefangenenanzahlen wesentlich dem Umstande mitverdanken, daß sie trotz des bereits abgeschlossenen Waffenstillstandes und obwohl wir die Feindseligkeiten vertragsmäßig bereits eingestellt hatten, die Operationen noch durch 24 Stunden fortsetzten.“ (Reichspost, 7.11.1918, 3)

„Nach dem furchtbaren Zusammenbruch der Nerven Ungarns, [...] und die sofortige Zurückberufung der ungarischen Truppen nach Ungarn verlangten, war die Fortführung des Krieges für die Monarchie um so mehr zur blanken Unmöglichkeit geworden, als sofort auch die neuen Nationalstaaten der Tschechoslowaken, Südslawen und Polen sich die ungarische Gelegenheit zunutze machten und den zum Teil von langer Hand mit der Entente vereinbarten tödlichen Streich

der Armeezerstörung gegen die Wehrmacht der Monarchie führten. Wie hätte unter solchen Verhältnissen, welche unsere Armee von innen heraus zersetzten, der Krieg fortgeführt werden können?“ (Reichspost, 5.11.1918, 1)

„Es ist unredlich, den Kaiser für eine von anderen geschaffene Zwangslage verantwortlich zu machen, aus der auch der deutschösterreichische Staatsrat keinen anderen Ausweg mehr wußte.“ (Reichspost, 5.11.1918, 1)

„Wäre der magyarische Demagogenstreich gegen die Front nicht gewesen, so könnte jetzt die Monarchie gemeinsam mit Deutschland unter geordneten Frontverhältnissen in den Waffenstillstand eintreten und viel Schmerz und Unglück wären uns erspart geblieben.“ (Reichspost, 7.11.1918, 1)

„Nach in- und ausländischen Blättern würde die Piave-Front zu halten gewesen sein, wenn Slaven und Magyaren halbwegs ihre Pflicht getan hätten. Die deutsch-österreichischen Truppen die in erster Linie standen, schlugen sich mit größtem Heldenmut; sie wurden entweder ganz aufgegeben oder von der Uebermacht gefangen. Elend war seit Monaten die Verpflegung der deutsch-österreichischen Truppen, während Slaven und Magyaren in Ueberfluß schwammen.“ (Vorarlberger Volksblatt, 8.11.1918, 2)

Die „Arbeiter-Zeitung“ macht den Ungarn keine Vorwürfe, sondern schildert die Situation an der Front sachlicher. Es scheint nun auch schon möglich zu sein, Kritik innerhalb der Berichterstattung zu äußern. Zur Aufklärung der Situation an der Front tragen auch die Berichte der heimkommenden Soldaten bei, die für die Zeitungen wichtige Informanten darstellen. Auch in den „Innsbrucker Nachrichten“ dringen immer mehr Meldungen über die letzten Kriegstage ans Licht, die von zahlreichen Befehlsverweigerungen berichten und dies nicht nur auf Seiten der anderen Nationalitäten, sondern auch von Deutschen. Es gibt nun auch schon Informationen von Meutereien deutscher Soldaten, die davor verschwiegen werden mussten. Die Themen Desertation und Befehlsverweigerung an der Front wurden zuvor tabuisiert, langsam dringen aber spärlich die Informationen durch, die in die Berichterstattung einfließen. Von einer lückenlosen Aufklärung der Geschehnisse kann aber nicht die Rede sein.

„Es ist müßig und beinahe lächerlich, jetzt noch darauf hinzuweisen, daß sich die Front in den ersten Tagen der Piaveschlacht verhältnismäßig gut hielt. Zu gleicher Zeit war doch schon die Etappe der Piavefront in Selbstauflösung begriffen, wobei eine ungarische Division mit der Weigerung, weiterzukämpfen, den Anfang machte [...]“ (Arbeiter-Zeitung, 5.11.1918, 1)

„Was die Vorgänge an der Front betrifft, so geht aus der Schilderung eines tschechischen Offiziers in der „RarodniPolitica“ hervor, daß sich die Armee schon seit einer Woche in völliger Auflösung befindet. Nach dem genannten Gewährsmann datiert der eigentliche Zusammenbruch schon vom 25. Oktober. An diesem Tage sollen angeblich eine ungarische Division und das Wiener Hausregiment den Gehorsam verweigert und die Waffen niedergelegt haben. (Innsbrucker Nachrichten, 6.11.1918, 1)

„Den Gipfelpunkt erreichte die Katastrophe am 27. Oktober; die ganze österreichische Front war von innerer Zersetzung ergriffen. Das Oberkommando versuchte der fortschreitenden Katastrophe damit zu trotzen, daß es der ersten Landwehrbrigade auftrag, den feindlichen Vorstoß durch einen sofortigen Gegenstoß zum Stillstand zu bringen. [...] Sie wurden von den Ententetruppen umringt und bis auf den letzten Mann aufgerieben. [...] Die Katastrophe wurde noch gesteigert durch die Flucht der Sanitätsabteilungen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 7.11.1918, 2)

„Man kann es heute ja sagen, daß auch dem deutschen Heere im Westen Meutereien keineswegs fremd geblieben sind, und es waren nicht nur bayrische, es waren auch preußische Regimenter, die wiederholt den Gehorsam verweigerten.“ (Arbeiter-Zeitung, 8.11.1918, 2)

9.5. Dolchstoßlegende

In der zweiten Analysewoche konnte eine Besonderheit in der Themensetzung erkannt werden, die ausschließlich in der „Reichspost“ zu finden war. Es lässt sich hier erstmals die Darstellung der sogenannten Dolchstoßlegende eruieren. Dabei wird der Verlust des Krieges an der Front auf die Geschehnisse im Hinterland zurück geführt, denn ein Krieg könne nur mit der Unterstützung und dem Rückhalt der Heimat gewonnen werden. Nur im Zusammenhalt sei ein Sieg möglich, getragen von der ganzen Bevölkerung. Nun wird aber gewissen Teilen der Bevölkerung der Vorwurf gemacht, die Soldaten an der Front nicht unterstützt und im Hintergrund zur Zersetzung beigetragen zu haben. Statt der militärischen Unterlegenheit wurde der Ausgang des Krieges durch angebliche politische Hinterhalte der Linken und Juden erklärt.

„Und gedenken wir da zuerst unseren Braven, die aus dem Felde heimkehren. Ihrer, die unschuldig sind an den Schrecknissen, ihrer, die an der Front bis zum

letzten Tage im Angesichte des Todes ihre Pflicht getan haben, die nun nach einundfünfzig Monaten Krieges alle ihre Mühen und Opfer vergeudet sehen, nicht zuletzt durch die Schuld des eigenen Hinterlandes, in dem jetzt schurkische Burschen den Unflat ihres unreinen Innern auf all das entleeren, wofür Hunderttausende braver Männer Not und Tod standgehalten haben und die jetzt mir ihrem Geschimpfe auf Kaiser und Reich selbst noch die Gräber jener Helden unseres Volkes besudeln, die in treuer, begeisterter Hingebung für Kaiser und Reich gestorben sind.“ (Reichspost, 5.11.1918, 1)

„Was sollen die sagen, die von der Front kommen und diese Schande des Hinterlandes sehen! [...] Wir meinen nicht jene ehrlichen Juden, die, in ihrer nationalen Eigenart verharrend, auch im Kriege ihre Pflicht redlich erfüllt haben – es gibt solche und mit ihnen haben wir nichts feindlich zu schaffen – sondern jene Parasitennaturen, die sich dem andern Volke anzuhängen, es zu vergiften und zu verführen trachten.“ (Reichspost, 5.11.1918, 1)

Die „Reichspost“ schreibt verschiedenen jüdischen Zeitungen und der „Arbeiter-Zeitung“ eine Hasskampagne gegen die vergangene Monarchie zu und kritisiert deren Darstellung der Geschehnisse heftig als Lügen und „demagogische Parolen“. Immer wieder wird im Zuge dieser Berichte auch auf den armen Soldaten verwiesen, der unter diesen Anfeindungen gegenüber dem Krieg zu leiden hat und dem nun durch falsche Darstellungen dieser Zeitungen jede Ehre versagt werden würde. Die „Reichspost“ verweist immer wieder auf die Gefühlswelt der Soldaten, die sich mit ihrem Leben für ihr Heimatland eingesetzt haben und die nun scheinbar feststellen müssen, wie schlecht über den Krieg gesprochen wird. Mit dieser Emotionalisierung soll in den Menschen wahrscheinlich ein schlechtes Gewissen hervorgerufen werden. Im Verweis auf die Heimkehrer und der Schilderung rührseliger Geschichten über diese, soll eine schlechte Darstellung des Krieges und der Armee vermieden und Schuldige für die Niederlage gefunden werden.

„[...] dem herausfordernden Treiben des umstürzlerisch-demagogischen Teiles der jüdischen Presse und verschiedener Agitatoren [...]. Es höhnt ein jüdischer „Dichter“ das Zeichen, das Millionen heilig ist, das Symbol, für das Hunderttausende ihr Leben einsetzten! [...] Gegenüber solchen Ausbrüchen eines die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf stellenden Hasses versagt die Sprache. Arme unglückliche Krieger, die ein Hinterland von solchen Gesinnungen mit ihren Leibern zu schützen hatten!“ (Reichspost, 5.11.1918, 3)

„[...] und seine Kameraden mussten ihm zweimal vorlesen, bis er begriff, was sich inzwischen ereignet hatte, was das Hinterland getan, indeß sie im Trommelfeuer standgehalten hatten.“ (Reichspost, 10.11.1918, 6)

9.6. Neue Gebietsverteilung und Grenzkämpfe

Als am tragischsten an den Waffenstillstandsbedingungen werden in der Berichterstattung die Eingriffe auf den deutschösterreichischen Boden betrachtet. Denn nicht nur, dass ohnehin schon viel Land durch die Abspaltung der Nationalitäten verloren gegangen ist, nun werden auch rein deutsche Gebiete besetzt, im besonderen Südtirol. Die Neugestaltung der ehemaligen Monarchie ist nun ein großes Thema in den Zeitungen und sie kommunizieren eine herrschende große Angst vor dem immer kleiner werdenden Gebiet und den Verlust auch von deutschen Bevölkerungsteilen. An den politischen Tagesordnungen stehen große Umwälzungen und die verschiedenen Nationen stellen ihre Ansprüche an Gebiete des alten Reiches. Durch den Waffenstillstand und die darin enthaltenen Bestimmungen zur Stationierung der Entente in Südtirol herrscht nun Angst vor einem weiteren Verlust von Gebieten. Die Berichterstattung aller Tageszeitungen drücken die Unsicherheit und die Angst über die „schmerzvollen“ Verluste von Gebieten aus und enden häufig in wilden Spekulationen über die Zukunft.

„Nur mit tiefer Betrübniß kann es jeder Deutsche vernehmen, daß uralte deutsche Siedlungen vom Feinde besetzt werden, nicht im Kriege, sondern im Waffenstillstand, und deutsches Gebiet die Straße werden kann, auf der die Gegner ziehen können, um neues deutsches Gebiet zu überfallen.“ (Arbeiter-Zeitung, 5.11.1918, 1)

„Den Wunsch aber, daß ein baldiger Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reiche und den Feinden von uns die Befürchtung nehme, daß kostbarer deutschösterreichischer Boden zum Kriegsschauplatze werde, brauchen wir nicht zu unterdrücken [...]“. (Reichspost, 7.11.1918, 3)

„Was die neuen slawischen Staaten anbelangt, so zeigt es sich mehr, daß die Tschechen die Vergewaltigung Deutschböhmens, ja sogar noch weiterer teilweise von Tschechen bewohnter Gebiete beabsichtigen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 6.11.1918, 1)

„Heute, da sich Oesterreich von Deutschland getrennt und seinen Waffenstillstand mit der Entente geschlossen hat, nimmt Deutschland den Kampf auf österreichischem Boden auf. [...] Der Sonderfriede bringt keinem Lande wirklichen Frieden; er macht das entwaffnete Land nur zum Kriegsschauplatz derer, die noch weiterkämpfen. Das furchtbarste Schicksal erleidet das Land Tirol.“ (Arbeiter-Zeitung, 7.11.1918, 1)

Nationalstaaten und deren Aktivitäten rund um den Erhalt und Verlust von Gebieten, die Umwälzungen im Landesinneren selbst sowie der Kampf um einzelne Städte werden von den Zeitungen ausführlich behandelt. So ist am 4. November 1918 in der „Reichspost“ zu lesen, „Die Loslösung Westgaliziens.“, „Der Kampf um Lemberg.“, oder „Die Znaimer wollen zu Niederösterreich.“. Mit Ohnmacht stehen die Zeitungen der Abspaltung auch deutscher Gebiete gegenüber. Auch die Agitationen der Entente und die Besetzung Südtirols sowie der Verlust deutschsprachiger Gebiete in Westungarn (das heutige Burgenland) werden als Verletzung deutschösterreichischer Rechte betrachtet, doch wird dabei häufig vergessen, dass man Kriegsverlierer ist und dem ganzen machtlos gegenübersteht. Auch der Staatsrat steht den Ereignissen macht- und zahnlos gegenüber.

„Die Völker sind selbstständig geworden, aber ihr erstes Ziel ist, einander mit Gewalt und Waffen zu überfallen und zu zerfleischen. Dem Weltkriege scheint der Krieg der Nationalitäten der Monarchie folgen zu wollen.“ (Reichspost, 8.11.1918, 3)

„Wenn die geschlossenen deutschen Sprachgebiete Böhmens und Mährens für Deutschösterreich verloren gingen, so hätte dieses mit einer Einbuße von rund drei Millionen Menschen, also einem Drittel seines gesamten Volksbestandes, zu rechnen und ginge damit als der kleinste und ärmste Erbe aus der nationalstaatlichen Auflösung Oesterreich-Ungarns hervor.“ (Reichspost, 14.11.1918, 1)

„Aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes aber möchten die Tiroler alles daran setzten – sie rufen auch die Vermittlung des Bundesrates an – daß das deutsche Südtirol ihnen verbleibe und nicht Italien angegliedert wird.“ (Innsbrucker Nachrichten, 12.11.1918, 1)

„Vielleicht blicken wir unter anderen nach Ungarn, wo deutsche Armeen zu retten und über zwei Millionen Deutsche vor schwerer völkischer Gefahr zu bewahren sind!“ (Grazer Mittags-Zeitung, 14.11.1918, 2)

„In Steiermark und Kärnten treiben die Südslawen ihren Machtbereich weit in deutsches Gebiet vor.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 2)

„Die Deutschen in Westungarn. Für den Anschluß an Deutschösterreich.“ (Tages-Post, 13.11.1918, 2)

9.7. Der Kaiser und die Monarchie

Es zeigt sich, dass in den Zeitungen die Monarchie nicht mit dem Kaiser gleichgesetzt wird und eine Differenzierung in der Berichterstattung vorgenommen wird. Während einige Zeitungen stark gegen die Monarchie schreiben, gehen sie mit dem Kaiser milder ins Gericht. Auch die „Reichspost“ und andere monarchische Zeitungen trennten den Kaiser als Träger der Dynastie von der restlichen monarchischen Regierung ab. Somit wird die Person von diesen Zeitungen durchwegs positiv dargestellt, während andere Elemente der Monarchie negativ abgebildet werden. So werden auch Argumente gegen die alte Bürokratie ins Feld geführt, die zu keiner Neuerungen mehr fähig war. Die „Reichspost“ und das „Vorarlberger Volksblatt“ bleiben kaisertreu, aber nicht der gesamten Idee der Monarchie. In einer ähnlichen Weise findet sich diese Auffassung auch in anderen Zeitungen wieder, die zwar die Monarchie ablehnen, aber den Kaiser nicht für alles Schlechte darin verantwortlich machen.

„Das Namensfest des Kaisers. Wir feiern es heut wie alle Jahre. Die Treue hält durch! Nur die, die nie treu gewesen und die Schwachen und Schwankenden, die Konjunkturmenschen, möchten heute des Kaisers vergessen. Möchten, wenn sie könnten! Aber sie können es nicht. Des Kaisers wirken eilt ihnen nach überall hin, seine Liebe ist schneller als ihre Flucht, sein Herz größer als ihr Pessimismus“ (Reichspost, 4.11.1918, 3)

„Darin erblicken wir nicht nur keinen Grund, vom Kaiser und der Monarchie abzufallen zur Republik, sondern im Gegenteil, erst recht einen Grund zum Festhalten an einer Monarchie mit so unbegrenzten demokratischen Möglichkeiten, an einem Kaiser, der das Volk von den würgenden bürokratischen Fesseln befreit hat und dem Volkswillen auf der ganzen Linie zum Siege verhilft.“ (Reichspost, 4.11.1918, 4)

„Eine Irreführung begehen alle, die dem Volke vorreden, daß die Monarchie gleichbedeutend sei mit der Rückkehr der alten traurigen Zustände, des alten

Bureaukratismus, der Vorherrschaft des Adels und des unseligen Militarismus.“ (Vorarlberger Volksblatt, 10.11.1918, 3)

„Das durch ungemein widrige Verhältnisse herbeigeführte Schicksal des edlen, friedensliebenden und für seine Völker liebevoll besorgten Kaisers ist gewiß auf tiefste zu bedauern. Aus seiner Umgebung erfährt man, daß der Kaiser vollkommen gebrochen ist, ebenso die Kaiserin, die wiederholt in Weinkrämpfe verfiel.“ (Vorarlberger Volksblatt, 6.11.1918, 1)

In der zweiten Analysephase greift die „Arbeiter-Zeitung“ Kaiser Karl I. nun auch als Person direkt an, während in der vergangenen Analysewoche nur von der Monarchie und dem Adel als abstraktes Gebilde gesprochen wurde. Im vergangenen Analyseteil schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ nur gegen den deutschen Kaiser Wilhelm II. persönlich und forderte dessen Abdankung, doch nun wird und „darf“ offenbar auch die Person des Kaisers von Österreich ins Visier genommen werden. Immer wieder forciert sie das Thema des „überflüssigen“ Kaisers und drängt damit auf eine Entscheidung.

„Ohne Zweifel gibt es der Person nach einen Kaiser von Oesterreich; aber der Kaiser in dem Sinne der Souveränität über alle Gebiete des ehemaligen Oesterreich, der Kaiser als staatsrechtliche Einrichtung der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ existiert dennoch nicht mehr. Wer das nicht anerkennen will, der antworte doch auf die Frage, wie es einen Kaiser von Oesterreich geben kann, da es doch kein Oesterreich mehr gibt.“ (Arbeiter-Zeitung, 8.11.1918, 1)

„Wenn es ganz selbstverständlich ist, daß es über den tschecho-slovakischen, über den südslavischen Staat keinen Kaiser mehr gibt, wie will man es für Deutschösterreich leugnen?“ (Arbeiter-Zeitung, 8.11.1918, 2)

„Was soll mit uns geschehen? Sollen wir weiter in der tragikomischen Situation bleiben, ein Freistaat zu sein und einen Kaiser von Oesterreich neben uns zu erblicken, der noch immer auch in der Majestät beträchtlich reduziert, in seinem alten Amte dahergeht?“ (Arbeiter-Zeitung, 10.11.1918, 1)

Während sich eine neue Staatsform auszubilden beginnt, finden in den Zeitungen schon einige Reflexionen über die vergangene Regierung statt. Die „Arbeiter-Zeitung“ führt nun zahlreiche Argumente gegen die Monarchie ins Feld. Kritisiert werden aber auch von Zeitungen, die der Monarchie generell treu geblieben sind, die alte Bürokratie und der Beamtenapparat, der in seiner erstarrten Form zu keinen Reformen mehr fähig war.

Für die „Reichspost“ lag das Scheitern der alten Monarchie nämlich nicht am Kaiser, sondern an der verknöcherten Bürokratie, die bei der Besetzung von Posten eher auf persönliche Beziehungen achtete, als auf Kompetenz. Nun soll die Macht den Tüchtigen gehören und das alte System der Protektionspolitik soll beendet werden. Hierfür sprechen sich nicht nur die Monarchiegegner aus, sondern auch die „Reichspost“ oder die „Grazer-Mittagszeitung“.

„Dabei berichtet die Geschichte, daß es unter hundert Monarchen kaum einen gibt, der über den bescheidensten Durchschnitt hinausragt; erzählt sie uns von grausamen, herrschsüchtigen, lasterhaften Monarchen sonder Zahl [...]. – eher der umgekehrte Schluß ergibt: daß die erbliche Monarchie, die auf dem dümmsten der Zufälle, nämlich auf dem der Geburt beruht, geradezu naturnotwendig zur Auslese der Unbedeutenden und Minderwertigen führen muß. Allerdings, die monarchische Legende behauptet sich gegen jeden Einwurf der Vernunft.“ (Arbeiter-Zeitung, 9.11.1918, 2)

„Hofschranzen mit Zylinder und Federbusch gingen all die Jahre lächelnd über die Klagen des Volkes hinweg.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 1)

„[...] der Adel wird kein Freibrief für höhere Stellen mehr sein, gelten wird das Leitmotiv Jung-Oesterreichs: Freie Bahn dem Tüchtigen!“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 2)

„Klar ist nur eines: die Zeiten, in denen das Schicksal Oesterreichs bei einer Kartenpartie in der Hofburg beraten oder ausgeschnapst wurde, wie noch vor dem Weltkriege, sind für alle Zeiten vorüber. Nicht Laune, nicht Hofgunst werden mehr die wichtigsten Staatsämter hergeben, aus dem Volke hervorgegangene Vertreter werden künftig darüber entscheiden. Unter den Fehlern der vergangenen absoluten Monarchie, wie man die bisherige Staatsform Oesterreichs bezeichnen kann, waren es die größten, daß Männer an verantwortungsvolle Stellen gesetzt wurden, die sich nicht dazu eigneten.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 11.11.1918, 2)

„Wir wollen eine wahre, gesunde, lebensfähige Volksrepublik, in der nicht wie bisher Protektion und Geburt zu den obersten Stellen führen, sondern persönliche Befähigung und Tüchtigkeit.“ (Innsbrucker Nachrichten, 11.11.1918, 1)

Der Rückzug Kaiser Karls I. wird ebenfalls unterschiedlich behandelt. Im „Vorarlberger Volksblatt“ wird etwa ohne Kommentar nur die offizielle Kundgebung abgedruckt. Die „Reichspost“ und die „Salzburger Chronik“ sind von der Tat des Kaisers gerührt und stellen ihn als Friedensfürst dar. Dagegen reagiert die „Tages-Post“ neutral auf den

Rückzug, ohne Wehmut auf den scheidenden Kaiser, aber auch ohne besondere Freude. Von der „Arbeiter-Zeitung“ und den „Innsbrucker Nachrichten“ wird aber erkannt, dass der Rückzug des Kaisers keine vollständige Abdankung darstellt, sondern nur ein Niederlegen der Regierungsgeschäfte, doch auch diese Zeitungen zeigen sich gegenüber dem Kaiser versöhnlich und bringen keine negative Darstellung seiner kurzen Amtszeit.

„In einer Kundgebung, die jeden rühren wird, der jemals für Oesterreich und sein Volk etwas von Liebe empfand und mitgestritten und mitgelitten hat für Kaiser und Vaterland, wendet sich Kaiser Karl an das Volk Deutschösterreichs. Er, der wahrhaft ein Friedensfürst war inmitten des Weltkrieges und auf dessen Lippen das Wort vom Frieden und vom friedlichen Glücke der Völker nicht erstarb, seitdem er sein Herrscheramt übernahm, gibt heute ein Zeichen wahrhaft menschlicher Größe und edler Bürgertugend. [...] ;das unermessliche Leid überwindend, das ein Habsburger so nahe am Grabe seines vierhundertjährigen großen Erbes empfinden mag, trat er still zur Seite und verzichtet jetzt auf jede Ausübung seiner Herrscherrechte, um sein Volk in Frieden und Freiheit zum Ziel seiner Wünsche heimfinden zu lassen.“ (Reichspost, 12.10.1918, 1)

„Der ergreifende Aufruf Kaiser Karls, der in schlichten und herzlichen Worten von seinen Völkern Abschied nimmt, denen er unter völliger Zurückstellung seiner Person die volle Freiheit in der Bestimmung ihrer Geschicke gibt, bringt uns die ganze Tragweite der Geschehnisse unserer Tage in Erinnerung. [...] Das Glück seiner Völker war ihm von Anbeginn das Ziel seiner heißesten Wünsche. Dieses Bewußtsein machte ihm zum Friedenskaiser.“ (Salzburger Chronik, 12.11.1918, 1)

„Kaiser Karl hat diese Frage, die vielleicht der Netzpunkt neuer Schwierigkeiten geworden wäre, selbst beseitigt. Er hat damit vor allen jenen Kreisen einen Dienst erweisen, die sich nicht so leicht von der Vergangenheit, von altüberlieferten Anschauungen und Gewohnheiten loslösen, nicht so leicht mit den allzu unvermittelt an sie herantretenden Forderungen einer neuen Welt vertraut machen konnten. Es ist für viele ein Trost, nicht kaiserlicher sein zu müssen, als der Kaiser.“ (Tages-Post, 12.11.1918, 1)

„Die Kundgebung des letzten Habsburg-Lothringers auf dem Throne, den dieses Geschlecht seit Rudolf von Habsburg besessen hat, hätte ohne Aufrichtung der Republik keine klaren Verhältnisse geschaffen. Karl von Habsburg verzichtete nicht auf die Würde des Kaisers, obwohl sie ursächlich schon durch die eingetretenen Ereignisse des Inhaltes entkleidet war. Das, was in der Kundgebung mitgeteilt wird, ist weder eine Abdankung noch ein Thronverzicht, sondern bloß ein Verzicht auf die Mitwirkung der Person des ehemaligen Kaisers auf jeden Anteil in den Regierungsgeschäften.“ (Innsbrucker Nachrichten, 12.11.1918, 2)

Während im ersten Analyseteil noch eine Vermischung monarchischer und neuer Titulierungen zu verzeichnen war, gibt es nun erste Regelungen, wie nun bestimmte Stellen und Personen zu bezeichnen sind. Der Umbruch und Umschwung vollzieht sich nun auch auf dieser Ebene.

„**Namensänderung der früheren k. k. Aemter.**“ (Salzburger Chronik, 14.11.1918, 2)

„Der Titel „Majestät“ entfällt“ (Tages-Post, 5.11.1918, 2)

„Abschaffung des Exzellenztitels.“ (Tages-Post, 5.11.1918, 2)

„Das Ende des „k. k.““ (Innsbrucker Nachrichten, 14.11.1918, 1)

9.8. Aufruf zum Zusammenhalt

Es zeigt sich, dass die Zeitungen in dieser schwierigen Zeit als öffentliches Medium ihren Einfluss nutzen, um positiv auf die Bevölkerung einzuwirken. In allen analysierten Zeitungen finden sich Aufrufe zum Zusammenhalt, die die Menschen zur gemeinsamen Arbeit an der Zukunft und dem Wiederaufbau des neuen Staates motivieren sollen. Am Ende des Krieges brechen viele alte Strukturen auseinander und die Menschen können nur Halt durch die Gemeinschaft finden. Die Zeitungen appellieren daher daran nicht aufzugeben und in Anbetracht einer drohenden Anarchie zusammenzuarbeiten. Dabei wird immer wieder als negatives Beispiel Russland angeführt. Der Blick soll nun in die Zukunft gerichtet werden und nicht in die Vergangenheit, denn bevor die Fehlersuche beginnen kann, muss der neue Staat einmal aufgebaut werden. Die Zeitungen versuchen dahingehend auf die Bevölkerung einzuwirken und für den positiven Wiederaufbau zu gewinnen.

„Der Krieg ist verloren, die Folgen müssen getragen werden. Wenn alle zusammenhelfen und nicht nach russischem Vorbild der gegenseitigen Zerfleischung der Völker die der Bürger folgen lassen, dann brauchen unsere Schultern auch unter dieser furchtbaren Last nicht zusammenbrechen.“ (Reichspost, 9.11.1918, 1)

„Angesichts dieses Waffenstillstandes ist es um so nötiger, daß in Deutschösterreich alle Kräfte angespannt und gesammelt werden, um die schwere Lage zu bestehen.“ (Arbeiter-Zeitung, 4.11.1918, 2)

„Das schwerste wäre es, jetzt über Vergangenes nachzugrübeln! Wir müssen entschlossen, stark und gefaßt der neuen Zeit entgegenschreiten! Millionenfach muß jetzt der Ruf erschallen: Einig sein!“ (Grazer Mittags-Zeitung, 7.11.1918, 2)

„Möge die Arbeit auf der eigenen Scholle, in der Werkstatt und am Arbeitsplatz, sofern in diesen Gelegenheit vorhanden ist, rasch beginnen und der Wiederaufbau des stark gesunkenen Geschäftslebens hurtig in die Hand genommen werden.“ (Vorarlberger Volksblatt, 7.11.1918, 1)

„Hierzu gehört vor allem, daß jeder seine Pflicht voll und ganz erfülle, daß jeder in seinem Wirkungskreise am Wiederaufbaue des neuen Staates mithelfe. [...] Nicht durch wüste Szenen und neues Blutvergießen, sondern durch gemeinsame Arbeit wird dieses hohe Ziel erreichbar sein. Jeder leiste, was er kann!“ (Salzburger Chronik, 12.11.1918, 1)

„Aus der traurigen Gegenwart bleibt uns nur der Blick in die Zukunft mit dem Vertrauen darauf, daß der Friede nahe ist, der uns zur aufbauenden Arbeit ruft, mit der Zuversicht, daß das deutsche Volk der Ostmark, befreit von den Fesseln der verlotterten Staatswirtschaft, in der Zusammenfassung aller Kräfte und im einträchtigen Zusammenwirken aller Volksschichten sich zu neuem Leben und neuer Blüte entwickeln wird.“ (Tages-Post, 5.11.1918, 1)

9.9. Ordnung und Chaos

In großem Zusammenhang mit diesen Aufrufen zum Zusammenhalt stehen die zahlreichen negativen Meldungen über Verbrechen und Plünderungen. „Wirrwar“ ist das Wort der Stunde, aber die Forderung nach Ruhe und Ordnung ist dessen Begleiterin. Neben den häufigen Berichten über diverse Ausschreitungen findet sich daneben immer auch das Pochen auf Ruhe und Ordnung. Aufgrund der Untersuchung ist anzunehmen, dass die Zeitungen zwar über die Verbrechen berichten, aber daneben ihre Verantwortung erkennen und versuchen deeskalierend auf die Bevölkerung einzuwirken.

Ein viel besprochenes Thema in den Zeitungen sind die Zustände auf den Bahnhöfen. Wien als einstige Hauptstadt eines großen Reiches ist auch Angelpunkt der Transportwege. Aber auch von Innsbruck und anderen Bahnhöfen im ganzen Land wird von ähnlichen chaotischen Zuständen berichtet. Viele Soldaten durchströmen die Stadt bei der Heimreise und der Weiterfahrt zu den Bahnhöfen. Diese Menschenmassen verlangen auch ein erhöhtes Maß an Organisation und Kontrolle, wofür dringend Personal gesucht wird. Die Situation wird genau beobachtet und geschildert, wie versucht wird, etwa mit speziellem Wachpersonal und Alkoholverboten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Angst einer drohenden Anarchie ist groß, die Bevölkerung ist in erhöhtem Maß alarmiert und viele haben Angst um ihre eigene Sicherheit. Trotzdem bestehen die Zeitungen darauf, dass trotz der angespannten Situation auf den Bahnhöfen alles unter Kontrolle ist und ruhig von statten geht. Während in der ersten Analysewoche die Not der Lebensmittelversorgung organisatorischen Vorrang hatte, kristallisiert sich nun das Problem der Soldatentransporte als dringlich heraus. Aus der Demobilisierung ergeben sich zahlreiche Folgeprobleme, wie die Selbstjustiz der heimziehenden plündernden Soldaten, der Abtransport auf den Bahnhöfen und die Arbeitsbeschaffung der heimischen Soldaten, die nun täglich in zahlreichen Meldungen ins Zentrum der Berichterstattung rücken.

„Der werdende deutschösterreichische Staat steht vor ungeheuren, vor unlösbaren Problemen. Die schwersten von ihnen gehen aus der Auflösung der Armee hervor. Eine Armee von Millionen Menschen ist in Italien und in Tirol gestanden. Diese Armee nach Hause zu befördern, sie auf dem Transport in die Heimat zu verpflegen, die Verbreitung von Seuchen durch die heimkehrenden Krieger zu verhindern, den abrüstenden Soldaten Arbeit, Brot und Wohnungen zu beschaffen – das wäre auch in ruhigen Zeiten, auch bei ordnungs- und planmäßiger Demobilisierung eine überaus schwere Aufgabe gewesen.“ (Arbeiter-Zeitung, 6.11.1918, 1)

„[...] denn was sich gestern auf den Bahnhöfen abgespielt hat, gehört nach Wildwest. [...] eine Reihe von Zügen, die nicht nur im Innern der Waggons eine Unzahl von ungarischen, tschechoslovakischen und anderssprachigen Soldaten brachten, sondern auch Scharen von Soldaten auf den Dächern mit sich führten.“ (Reichspost, 4.11.1918, 4)

„Während auf den anderen Bahnhöfen die Sicherheitswache im Verein mit den Hochschülern und der Militärpolizei die Ordnung aufrechtzuerhalten imstande ist,

erwies sich für den Nordbahnhof ein starkes militärisches Aufgebot als nötig, das auch für die Entwaffnung der abreisenden Soldaten sorgt. So kam es, daß auch auf diesem Bahnhof sich heute keine unliebsamen Störungen ergaben.“ (Reichspost, 6.11.1918, 4)

„Im regellosen Wirrwarr lassen sich nichtdeutsche Soldaten, vor allem die Ungarn Gewalttätigkeiten zu Schulden kommen. [...] Das Nachbarland Tirol, vor allem die Stadt Innsbruck, ist in diesen Tagen der panikartigen Heimkehr unserer Krieger von großem Unheil bedroht.“ (Vorarlberger Volksblatt, 7.11.1918, 1)

„Kriegszustand auf dem Enigler Bahnhof.“ (Salzburger Chronik, 13.11.1918, 3)

„Auf dem Staatsbahnhofe spielten sich seit Samstag früh die wildesten Szenen ab. [...] Gestern nachmittags waren allein 30.000 durchreisende Soldaten gemeldet! Die aus der Richtung Innsbruck kommenden fahrplanmäßigen und Sonderzüge waren denn auch von den Räderachsen bis auf die Waggondächer besetzt.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 3)

„Wels. [...] Auf dem Bahnhofe fanden gestern nachmittags Ausschreitungen statt. Von der Front heimkehrende Soldaten, meist magyarischer Nationalität, plünderten bei der Durchfahrt einen Postpaketwagen, wobei es eine arge Prügelei gab.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 3)

Als Reaktion auf die drohende Anarchie bilden sich verschiedene bewaffnete Verbände aus. Jeder fürchtet sich um seine Sicherheit und es gibt nicht ausreichend geregelte Organe, die die Situation unter Kontrolle hätten. Vielfach ergeht von den Zeitungen der Aufruf zum Zusammenschluss von Schutzwachen und Volkswehren, die für einen geregelten Ablauf der Verhältnisse, vor allem den Rückstrom der Soldaten, sorgen sollen.

„Es ergeht nun an alle Vorarlberger, besonders an die Urlauber der Ruf, sich zur Dienstleistung beider neu zu bildenden Volkswehr für Vorarlberg freiwillig zu melden.“ (Vorarlberger Volksblatt, 6.11.1918, 1)

„[...] Aufstellung einer bewaffneten jüdischen Selbstwehr zur Sicherung der von Juden stärker bewohnten Stadtteile.“ (Reichspost, 5.11.1918, 3)

„Errichtung einer Stadtschutzabteilung für Wien.“ (Reichspost, 5.11.1918, 3)

„Eine Soldatenversammlung in Innsbruck.“ [...] um eine geordnete Sicherheitstruppe zu bilden, welche womöglich noch heute nachts den Ordnungs-, Sicherheits- und Patrouillendienst in der Stadt übernehmen werden.“ (Innsbrucker Nachrichten, 4.11.1918, 2)

„Bildung einer Salzburger Volkswehr.“ (Salzburger Chronik, 4.11.1918, 3)

„Deutsche Mittelschüler in Innsbruck haben eine Jungstudenten-Kompagnie gebildet, um Heimatscholle und Elternhaus zu schützen.“ (Vorarlberger Volksblatt, 7.11.1918, 1)

Die Zeitungen übernehmen in dieser wichtigen Phase der österreichischen Geschichte die Funktion eines Sprachrohres. Dabei agieren sie nicht nur im Namen des Staates durch die Veröffentlichung zahlreicher amtlicher Meldungen, die sich mit der politischen Neugestaltung des Staates befassen, sondern sind auch ein Sprachrohr für die vielen Vereine, Verbände und Regionalorganisationen, die sich mit ihren Aufrufen zur Mithilfe an die Bevölkerung wenden. Dadurch wirken Zeitungen aktiv am Geschehen und der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Bildung von Organisationen mit. Sie sind in dieser Zeit nicht bloß Kommentatoren des Geschehens, sondern übernehmen eine aktivere Rolle und bieten damit der Bevölkerung besonderen Halt. Besonders in einem Staat der alle bestehenden Strukturen abreist um neue Aufzubauen, bilden die Zeitungen eine verlässliche Konstante, die wichtige Informationen an die Bevölkerung weiter gibt.

„Aufruf zum Eintritt in die Volkswehr. [...] Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gilt unbedingt die vornehmliche Sorge des Augenblicks.“ (Arbeiter-Zeitung, 4.11.1918, 2)

„Die Grazer Freiwillige Feuerwehr und Rettungsabteilung ersucht uns mitzuteilen, daß das Kommando alle Hausbesitzer, Kaufleute, Gewerbetreibende und andere besitzende Stände deutscher Abkunft zum Eintritt einlädt.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 9.11.1918, 3)

„Der Stadtmagistrat ersucht uns, neuerlich eindringlich darauf hinzuweisen, daß es unbedingt notwendig ist, daß sich alle Kreise der männlichen Bevölkerung zur Verfügung stellen, und zwar auch solchem die nicht mit der Waffe dienstleisten können; jedermann wird gebraucht.“ (Salzburger Chronik, 4.11.1918, 4)

Die Meldungen über Ruhe und Ordnung und auf der anderen Seite über Plünderungen wechseln sich gegenseitig ab. Auf einen Artikel in dem über einen ruhigen Tag berichtet wird, folgt sogleich ein Artikel über diverse Plünderungen. Trotz der Forcierung von Meldungen über Ruhe und Ordnung können die Tatsachen zahlreicher Plünderungen und Verbrechen im Chaos nicht totgeschwiegen werden und finden auch Eingang in die

Berichterstattung. Obwohl viel Aufwand zur Aufrechterhaltung der Ordnung betrieben wird, so gibt es trotzdem zahlreiche Berichte über Plünderungen, andere Verbrechen und die Überforderung der Behörden. Die sehr zahlreichen Schilderungen lassen die Vermutung einer viel höheren Dunkelziffer an nicht berichteten Vorkommnissen dieser Art zu. Dabei zeigt sich aber auch, dass diese Verbrechen zum Großteil von heimreisenden Soldaten verübt wurden, aber dass sich unter den Plünderern durchaus Einheimische befinden, die in der Not zu überleben versuchen.

„Plünderungen in Linz, Wiener-Neustadt und Wels. Wie aus Linz berichtet wird, wurde Samstag nachts das Barackenlager In Waldegg in Brand gesteckt, nachdem die Mannschaften Munition, Patronen und Handgranaten entwendet und in den Strohsäcken versteckt hatten.“ (Reichspost, 5.11.1918, 4)

„Linz. [...] In der Nacht wurden sämtliche militärische Magazine und Kasernen geplündert. An den Plünderungen beteiligten sich außer den Soldaten insbesondere viele Frauen und halbwüchsige Mädchen auch des Mittelstandes.“ (Innsbrucker Nachrichten, 4.11.1918, 3)

„Plünderungen durch Soldaten.“ (Arbeiter-Zeitung, 4.11.1918, 3)

„Der Wirrwarr dauert an.“ (Salzburger Chronik, 4.11.1918, 5)

„Ungarische Soldaten als Räuber und Brandstifter.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 3)

„Die Kriegs- und Zivilgefangenen in Braunau sind ausgebrochen. Es entstand eine Meuterei.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 3)

„Gestern befreiten Soldaten und Zivilisten zweihundert Militärheftlinge, darunter Raubmörder. Heute wurden mehrere Kasernen geplündert.“ (Arbeiter-Zeitung, 4.11.1918, 3)

„Vom durchfahrenden Militär erschossen.“ (Salzburger Chronik, 5.11.1918, 3)

„Unsicherheit auf den Straßen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 10.11.1918, 2)

Was früher keiner Zeitung eine Zeile wert gewesen wäre, die Meldung „Alles ruhig, nichts passiert“, ist nun am Ende des ersten Weltkrieges ein wichtiger Hinweis für die Bevölkerung und soll auch zur Stabilisierung und Deeskalation beitragen. Diese Berichte stehen in starkem Gegensatz zu den oben genannten Berichten über Plünderungen und versuchen den Schein eines geregelten Alltags aufrecht erhalten zu wollen. Die Zeitungen informieren zwar über diese Verbrechen, wirken aber daneben auch als

Korrektiv um die Bevölkerung zu stabilisieren. Dass diese Meldungen mit den zahlreichen anderen Berichten von Plünderungen, Schießereien auf der Straße und Morden, nicht mit den „Ruhe-und-Ordnung-Bekundungen“ zusammen passen, zeigt die Intention und den Versuch, neben der Darstellung solcher Meldungen, die Bevölkerung trotzdem zu beruhigen und das Chaos nicht weiter zu dramatisieren. Die Zeitungen versuchen zu diesem Thema keine weitere Panik auszulösen.

„Linz. In der Stadt herrscht Ruhe.“ (Arbeiter-Zeitung, 6.11.1918, 4)

„Die Nacht vom Samstag auf Sonntag verlief sonst in der Stadt im allgemeinen ruhig, die Patrouillen, die beständig die Straßen durchstreifen, geben gegen herumschleichende verdächtige Elemente mehrfach Schüsse ab, hatten aber sonst keinen Anlaß irgendwo einzuschreiten.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 3)

„Kirchdorf. Vollkommene Ruhe.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 4)

„Ruhe und Ordnung herrschen in unserem Lande. In der Stadt gelang es unserer Polizei im Vereine mit Militär und Volkswehr Ruhe und Ordnung in anerkennenswerter Weise aufrecht zu erhalten.“ (Salzburger Chronik, 6.11.1918, 2)

„Ruhig in Wien. Auch der heutige Tag verlief vollkommen ruhig. Es ereignete sich nicht ein Zwischenfall.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 7.11.1918, 1)

„[...] besteht weiterhin für die Bevölkerung in Stadt und Land kein Anlaß zur besonderen Beunruhigung mehr. Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 8.11.1918, 3)

9.10. Vorbereitungen und Probleme der Nachkriegszeit

Langsam beginnen die einzelnen neu geschaffenen Regierungsabteilungen und Behörden in Deutschösterreich ihre Arbeit aufzunehmen und versuchen diesen Staat neu zu ordnen. Es wird begriffen, wie viel Arbeit nun vor der gesamten Bevölkerung liegt und langsam auch im Detail erkannt. Die Zeitungen versuchen mit zahlreichen Aufrufen zur Mithilfe zu appellieren und die Situation, in der sich der neue Staat befindet, klar zu machen. Es gibt nun viel Arbeit und Probleme zu bewältigen. Die bevorstehende hohe Arbeitslosigkeit birgt dabei besondere Gefahren und es wird versucht rechtzeitig dagegen zu wirken.

„Eine schier erdrückende Arbeitslast liegt vor uns. Die Abwendung der Hungersnot und der unseren Volkkörper angedrohten Amputationen, die Sorge für die Opfer des Krieges, für die Hinterbliebene der Gefallenen und für die Invaliden, die Aufrichtung der Heimkehrenden, von den entsetzlichen Erfahrungen der letzten Monate seelisch zu Boden gedrückten Krieger, die Schaffung lohnender Arbeitsstellen, Hilfsaktionen für die Mittelstandsschichten, die der Krieg gänzlich verarmt und ins Proletariat gestoßen hat, Stellenvermittlung für die über Nacht um ihren Beruf gekommenen Offiziere des Heeres und der Marine, zweckmäßige Unterbringung des infolge des Zerfalles Oesterreichs und der Vereinfachung der Verwaltung in Deutschösterreich überschüssigen Teiles der Beamtschaft, dies sind nur einige der dringendsten Dinge von den vielen Notwendigen.“ (Reichspost, 12.10.1918, 1)

„So wird sich Deutschösterreich aus dem Elend der Vergangenheit aus der Schmach und Schande der Gegenwart hoffentlich zu einer glücklichen Zukunft erheben. Aber noch sind wir nicht so weit, noch sind Berge von Schwierigkeiten zu überwinden, bevor die Entwicklung in geregelte, ruhelose Bahnen wird gelenkt werden können. Vor allem ist es die Ernährungsfrage, die zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gibt.“ (Innsbrucker Nachrichten, 5.11.1918, 1)

„Gegen die Arbeitslosigkeit. Die infolge Zurückziehung der Heeresaufträge und Heimkehr der Soldaten drohende Arbeitslosigkeit sucht das Staatsamt für soziale Fürsorge durch Schaffung industrieller Bezirkskommissionen zu verhindern.“ (Reichspost, 5.11.1918, 3)

Von hoher Wichtigkeit ist weiterhin die Ernährungslage, die in allen Zeitungen diskutiert wird. Die Regelung der Ernährung bildet neben dem Abtransport und der Heimkehr der Soldaten die wichtigste organisatorische Aufgabe im neuen Staat. Am stärksten betroffen sind die Städte, allen voran Wien, obwohl auch andere kleinere Städte, wie Innsbruck und Graz an der Lebensmittelknappheit zu leiden haben. Immer wieder wird an die Bevölkerung appelliert ruhig zu bleiben, gegebenenfalls auch etwas abzugeben, um so die Versorgung bestmöglich zu regeln. Besonders wird auch hier betont Ordnung zu halten.

„Die erste und dringendste Aufgabe, die jetzt das Staatsamt für Volksernährung zu erledigen hat, besteht nach den Ausführungen des Staatssekretärs in der Wiederherstellung der Ordnung.“ (Reichspost, 6.11.1918, 6)

„Haltet Ordnung im Ernährungswesen. Der Staatssekretär für Volksernährung wendet sich mit einem Aufruf an die Deutschösterreicher, in dem es heißt: Jede Behörde, jede Gemeindevertretung, jeder einzelne, Bauer und Bürger, hat die

Aufbringungs- und Ernährungsvorschriften streng einzuhalten.“ (Arbeiter-Zeitung, 7.11.1918, 6)

„In den bewegten Tagen, wo die Völker ihre Geschicke in die Hand genommen haben, arbeiten die Vertreter des Volkes bei den Landes- und Staatsbehörden angestrengt und ausschließlich auf zwei Ziele hin: Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, sowie Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.“ (Vorarlberger Volksblatt, 10.11.1918, 2)

Erneut zeigt sich die wichtige Rolle der Zeitungen als Sprachrohr, denn immer wieder wird an die Bevölkerung zur Mithilfe appelliert. Sie vermitteln Halt und bilden in dieser Zeit die beste Möglichkeit, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Durch dieses Medium werden in dieser Zeit der großen Umbrüche die neuen Regelungen und Regulierungen zu den Menschen transportiert. Die Bevölkerung wird über die neuesten Geschehnisse informiert, aber auch selbst zur Mitarbeit aufgefordert, vor allem in Bezug zur Lebensmittellage werden die Bauern angesprochen, damit diese ihre Vorräte teilen.

„[...] Aufruf an die Bauern Tirols, daß sie, geleitet vom Pflichtgefühl, entbehrliche Lebensmittel für die Stadtbevölkerung abgeben, damit Raub und Plünderungen hintangehalten werden.“ (Vorarlberger Volksblatt, 7.11.1918, 1)

„Bauern! Schicksalsschwere Tage sind über die Bevölkerung unseres deutschen Tiroler Landes, ganz besonders über unseres Landeshauptstadt hereingebrochen. Die Ernährungsschwierigkeiten in der Stadt gestalten sich von Stunde zu Stunde trostloser; es ist Hilfe, dringende Hilfe notwendig.“ (Innsbrucker Nachrichten, 4.11.1918, 4)

„Bauern Tirols! Nun gilt es zu beweisen, daß ihr echte Vaterlandsfreunde seid. Wohl wissen wir, daß auch in den Bauernhäusern schon vielfach die Not ihren Einzug gehalten hat. Aber wo der gute Wille vorhanden sein wird dort wird es immer noch möglich sein, ein Aeußerstes zu tun, um Eure Volksgenossen in den Städten vor dem Aergsten zu schützen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 5.11.1918, 1)

„Durch die plötzlich erfolgte Abrüstung werden eine Menge Arbeitskräfte, insbesondere der industriellen und gewerblichen Berufe frei [...]. Jeder Landwirt kann und soll für die schwierigste Zeit des Uebergangs, das ist für die ersten zwei bis drei Monate, ein bis zwei Arbeitskräfte deutschösterreichischer Nationalität in Arbeit nehmen, bis sie in ihrem eigenen Berufe ein Tätigkeitsgebiet gefunden haben.“ (Tages-Post, 7.11.1918, 3)

„Deutsche Bauern Oberösterreichs! Unserem neuen Staate Deutschösterreich und unserem Heimatlande Oberösterreich droht eine große Gefahr; der Mangel an

Nahrungsmitteln. Wir fühlen uns daher verpflichtet, beherzigenswerte Worte an euch zu richten. Von euch hängt die ruhige und ordnungsgemäße Entwicklung unseres Landes ab und damit auch eure eigene Sicherheit. [...] Das Wichtigste ist die sofortige und volle Ablieferung der Kartoffelvorschreibung [...].“ (Tages-Post, 9.11.1918, 3)

Auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschösterreichs findet, nachdem sich das Staatswesen neu zu organisieren beginnt, Eingang in die Berichterstattung der Tageszeitungen. Ganz langsam zeigt sich am Ende der zweiten Analysephase ein Aufkommen der Diskussion über wirtschaftliche Zukunftsfragen in Anbetracht des kleinen Staates, der nun auf Versorgung von außen angewiesen ist. Dabei wird die Situation aber nicht nur negativ gesehen, denn es werden durchaus schon positive Eigenschaften des neuen Staates erkannt, wie etwa die hohe Industrialisierung und die Wasserkraft. Diese sehr frühen Feststellungen decken sich auch mit der Forschung von Sandgruber, der ebenfalls von keiner schlechten wirtschaftlichen Ausgangslage spricht.

„In diesem Augenblick, wo selbst der Standhafteste unter der Last der Sorgen, die Tag für Tag auf uns einstürmen, enge ums Herz wird, ist die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft Deutschösterreichs nicht eine der geringsten, wenn wir noch nicht einmal wissen, wie groß den überhaupt das Gebiet Deutschösterreich sein wird. [...] Jetzt, wo die Steinkohlelager von Mährisch-Ostrau für Deutschösterreich verloren sind, befinden wir uns, ökonomisch gesprochen, so ziemlich in der gleichen Lage wie die Schweiz. Nach allen Seiten vom Meere abgeschnitten, haben wir eine passive Ernährungsbilanz und nur wenig Kohle.“ (Reichspost, 17.11.1918, 1)

„Wir müssen uns vor allem über die verfügbaren Mittel klar sein, um danach den Plan zu machen und es muß auch eine Art Rentabilitätsberechnung gemacht werden, um zu wissen, was wir dürfen und was wir müssen. [...] Danach sind unsere Grundlagen nicht ungünstig; denn wir haben reichlich Industrie und geschulte Arbeitskräfte, um Tauschwerte für Lebensmittel und jene Waren zu schaffen, die bezogen werden müssen. Wir haben Eisen, Holz für die Ausfuhr und auch Kohle für uns genug – wenn wir nur die günstig gelegenen Wasserkräfte ausnützen und den Kohlenverbrauch der Industrie dadurch vermindern. [...] Wir bringen aber auch unseren Bedarf an Brotgetreide und Vieh in wenigen Jahren auf, wenn wir Grund und Boden wieder der natürlichen Bestimmung zuführen.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 13.11.1918, 3)

9.11. Regionale Spezifika

Die Untersuchung ergibt, dass speziell für die Regionalzeitungen viele Entwicklungen zu schnell von statten gehen. Besonders das Vertrauen in die Regierung in Wien ist geschwächt und die Regionalzeitungen führen das Recht der Bundesländer zur Mitgestaltung an. Man hat Angst, erneut bei politischen Entscheidungen übergangen zu werden und versucht sich zu wehren. Dabei kritisiert die Berichterstattung der regionalen Zeitungen die Situation in Wien. Der Druck der Bevölkerung in Wien führt zu vorschnellen Reaktionen der Regierung, die aber auch die Bundesländer betreffen. Die Regionalzeitungen mahnen zur Ruhe und Besonnenheit, um nicht überstürzt Entscheidungen zu treffen, ohne auch die einzelnen Bundesländer mit einzubeziehen.

„Bei der rasenden Entwicklung der politischen Verhältnisse, die eine klare Stellungnahme außerordentlich erschwert, halten wir es für selbstverständlich, daß unser Land Vorarlberg gründlich die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung ins Auge faßt, ohne sich voreilig über den Anschluß an ein bestimmtes Staatsgebilde zu binden, um die gedeihlichste Lösung für unsere Heimat zu finden.“ (Vorarlberger Volksblatt, 14.11.1918, 1)

„Die deutschösterreichische Regierung muss zur Kenntnis nehmen, daß Tirol und Vorarlberg in Zukunft nicht das Aschenbrödel bleiben werden.“ (Innsbrucker Nachrichten, 11.11.1918, 1)

„Die Entwicklung in Wien gefällt uns in mancherlei Hinsicht nicht. [...] Die Beschlüsse, die wir Deutschösterreicher im jetzigen Augenblicke zu fassen haben, sind von ungeheurer Tragweite und schicksalsbestimmend auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinaus. Darum kann Wien nicht ohne weiteres entscheiden und dekretieren, ohne nicht auch mit den Stimmungen und Anschauungen in den einzelnen Ländern zu rechnen, mögen diese, wie Tirol und Vorarlberg, auch noch so weit westwärts liegen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 14.11.1918, 1)

„Der Druck der roten Garde und anderer anarchistischer Elemente ist bei uns nicht fühlbar; niemand hat in Tirol durch das Tor des Landhauses in den Saal der Nationalversammlung geschossen und kein Mensch außer einigen inversiven Elementen denkt bei uns an die Aufrichtung der zur Katastrophe führenden bolschewistischen Republik. [...] Auf jeden Fall ist es ganz sicher, daß Tirol und Vorarlberg nicht ohne Kautelen für eine gewisse, den Eigentümlichkeiten der Länder Rechnung tragenden Sonderstellung einfach im deutschösterreichischem Staatsverbande aufgehen werden und sich der Jurisdiktion Wiens überliefern, mit

dem das Land in der Vergangenheit so schlimme Erfahrungen gemacht hat.“
(Innsbrucker Nachrichten, 14.11.1918, 1)

9.12. Medien und Journalisten

Wie schon im ersten Analyseteil, so brechen auch im zweiten Teil zahlreiche Geschehnisse im In- und Ausland in kurzer Zeit auf die Zeitungen ein, die mit der Geschwindigkeit der Ereignisse in der Berichterstattung kaum Schritt halten können. Dabei erscheint es auch unmöglich, eine Reflexion über diese zahlreichen Ereignisse und die Vergangenheit zu liefern. Besonders bezeichnend für die Situation der Journalisten ist die Darstellung des Leiters der „Tages-Post“, Dr. Karl von Görner, der schreibt:

„Aber hinter mir, während ich dies schreibe, steht der Zwang, in kurze Worte zu fassen, was in langen Sätzen kaum genügend zu erläutern ist. Es ist kaum möglich, in dem engen Rahmen, den die Papiernote spannt, auch nur die wichtigsten der stürmenden Ereignisse zu verzeichnen. Sie zu erörtern und zu beleuchten, ist ganz unmöglich.“ (Tages-Post, 12.11.1918, 1)

Diese Flut an Geschehnissen wird von den Zeitungen kaum bewältigt. So wird auch erkannt, dass es jetzt nur Zeit gibt die Menschen über Neuigkeiten zu informieren, aber nicht zu reflektieren. Auch ein Blick in die Vergangenheit sei an dieser Stelle noch nicht angebracht. Im Sturm der Ereignisse ist es noch nicht möglich zurück zu schauen und zu eruieren, was in der Vergangenheit alles schief gelaufen sein könnte. Für dies gibt es keinen Platz und keine Zeit.

„Wozu früher der Zeitraum von Jahrzehnten nicht langte, wird heute das Erlebnis eines Tages. Eine politische Umwälzung vollzieht sich vor unseren Augen in einer Eile, die ohnegleichen ist in der Geschichte. Das Zeitalter des Telephons und Telegraphs, des Kabels und der drahtlosen Fernmeldungen, der rasenden Autos und der 200-Kilometer-Flugzeuge bewährt sich auch in der Revolution als das Zeitalter der unheimlichen Geschwindigkeit.“ (Reichspost, 10.11.1918, 1)

„Wohl kein Mensch hatte eine Ahnung, daß der Zusammenbruch so rasch, so gründlich und so allseitig kommen werde. So vieles, was manchem durch Erziehung und durch Ueberzeugung lieb und heilig war, sinkt dahin und kommt wohl nicht mehr zurück. Wir wollen heute nicht untersuchen, was im Laufe der letzten Jahrzehnte dazu beigetragen hat, daß im einst so stolzen Habsburger

Reiche alles, aber auch gar alles unterhöhlt ist und jetzt wie Scherben in einem Trümmerhaufen zusammensinkt. Das ist nicht unsere Aufgabe, dazu ist heute auch nicht Zeit.“ (Vorarlberger Volksblatt, 6.11.1918, 1)

„In der letzten Zeit haben sich die Ereignisse so überstürzt, daß es schwer fällt, die von allen Seiten einlangenden, einander förmlich jagenden Meldungen einigermaßen zu ordnen, um von der gegenwärtigen Lage ein halbwegs übersichtliches Bild zu gewinnen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 6.11.1918, 1)

Die Journalisten und Zeitungen versuchen sich nun eine neue Ordnung zu geben und zahlreiche Organisationen werden gegründet. In der Zeit in der sich der Staat neu organisiert, tun dies auch die Journalisten und Medien. Zusätzlich zu den bereits oben geschilderten Problemen, hält die Papierknappheit und die Einschränkungen der Seitenzahlen pro Zeitungen weiter an, was den Zeitungen weniger Platz für ausführliche Berichterstattung lässt. Auch der geringe Informationsfluss macht es den Zeitungen schwer, an gesicherte Informationen zu kommen.

„Weitere Einschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen. Auf die Hälfte der bisherigen Menge. [...] Die durch die militärischen Transporte eingetreten Verkehrsschwierigkeiten hemmen die Heranschaffung von Papier und die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen [...].“ (Reichspost, 10.11.1918, 7)

„Die Forderungen der Journalisten. Eine von der Organisation der Wiener Presse einberufene Versammlung der Journalisten befaßte sich Freitag mit der durch die letzten Ereignisse geänderten Lage. [...] teilte mit, daß schon im Laufe der nächsten Woche die Schaffung eines Presseamtes bei der Staatskanzlei in Angriff genommen werden soll.“ (Reichspost, 10.11.1918, 8)

„Errichtung eines Presseamtes in welchem die Herausgabe und Schriftleitung der in eine „Salzburger Landeszeitung“ umzuwandelnden bisherigen „Amtlichen Salzburger Zeitung“, die bisherige Dienststelle des ehemaligen k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus und die neu zu schaffende Nachrichtendienststelle der autonomen Landesregierung vereinigt werden sollen.“ (Salzburger Chronik, 14.11.1918, 2)

In der „Reichspost“ sowie in der „Salzburger Chronik“ findet sich nur ein kurzer Abdruck der amtlichen Meldung zur Aufhebung der Vorzensur. In beiden Zeitungen findet aber dazu keine Reflexion oder ausführlichere Behandlung dieses Themas statt. Man beschränkt sich darauf nur die kurze Mitteilung abzudrucken. In den anderen Regionalzeitungen findet diese Tatsache gar keine Erwähnung. Nur in kleinsten

Meldungen wird Schrittweise von der Abschaffung der Zensur berichtet. So schreibt das „Vorarlberger Volksblatt“ am 6. November 1918, dass die k. u. k. Zensurstelle in Feldkirch von selbst die Arbeit eingestellt habe, ohne jeglichen Zusatzkommentar. Außerdem findet man kurze Nachrichten über die Aufhebung der Vorzensur oder die Erlaubnis zur Verbreitung von feindlichen Druckschriften.

„Aufhebung der Vorzensur. Amtlich wird mitgeteilt: Der Minister des Innern hat unterm 28. D. die politischen Landesstellen beauftragt, die Verordnung, nach welchem die im Sinne des § 17 des Preßgesetzes vorzulegenden Pflichtexemplare eine bestimmte Frist vor Ausgabe der Druckschrift bei der Behörde zu hinterlegen sind, umgehen außer Wirksamkeit zu setzen. Die periodischen, sowie auch alle anderen Druckschriften werden hierdurch einer Vorzensur vor ihrer Ausgabe in Hinkunft nicht mehr unterzogen werden.“ (Reichspost, 28.10.1918, 4)

„Feindliche Druckschriften freigegeben. Die Verbote gegen Einfuhr und Verbreitung von Druckschriften aus dem feindlichen Auslande sind durch eine Verordnung außer Kraft gesetzt worden.“ (Innsbrucker Nachrichten, 5.11.1918, 3)

„**Zur Aufhebung der Postzensur in Oesterreich.** Das große österreichische Postzensurbureau Feldkirch, das den Verkehr mit der Schweiz kontrollierte und über 80 Angestellte beschäftigte, ist aufgehoben worden. Die Post kam gestern erstmals ohne Zensur nach der Schweiz.“ (Innsbrucker Nachrichten, 10.11.1918, 2)

Die geringe Berichterstattung über die schrittweise Aufhebung der Zensur mag auch am fehlenden Vertrauen der Redaktionen in die neuen Verordnungen liegen. Möglicherweise hängt die geringe Beschäftigung mit der Zensur und der Pressefreiheit, neben der Tatsache der allgemeinen Überforderung der Tageszeitungen, auch mit den Erläuterungen, die sich in der „Arbeiter-Zeitung“ wieder finden, zusammen. Nur die „Arbeiter-Zeitung“ geht tiefer auf die Aufhebung dieser Vorzensur ein und beklagt sich, dass diese Maßnahme noch lange keine echte Pressefreiheit darstellen würde. Die Zeitungen würden sich damit nur dem Risiko aussetzen, im Nachhinein doch noch zensuriert zu werden und damit würden die ganzen gedruckten Exemplare zunichte gemacht, eine Papierverschwendung in dieser ohnehin papierknappen Zeit. Denn laut „Arbeiter-Zeitung“ würden die Ausgaben weiterhin geprüft, nur die Veröffentlichung sei nun schon vor der Prüfung erlaubt, was aber das Risiko beinhaltet, bei einer etwaigen Sperre die bereits gedruckten Zeitungen vernichten zu müssen. Es sei außerdem an der

Zeit, den Kriegszustand auch auf dem Mediensektor wieder aufzuheben und zum Normalzustand zurück zu kehren.

„[...] die ganz unwissenden Zeitungen jubeln nun, daß die Zensur „aufgehoben“ ist. Es ist gewiß drollig, daß die Zeitungen, die nun über vier Jahre unter diesen Preßzuständen leben, keine Ahnung davon haben, wie diese Zustände rechtlich verankert sind, also eine unerhebliche Nebenmaßregel für das Wesen der Zensur nehmen. In Wahrheit ist mit jener Anordnung des Ministers des Innern von der behördlichen Gewalt über die Zensur fast gar nichts abgesplittert worden.“ (Arbeiter-Zeitung, 29.10.1918, 1)

„Aufrecht bleibt, ungeachtet der Beseitigung der Wartezeit, die „Berechtigung“ der Behörde, jede Druckschrift und jeden Inhalt einer Druckschrift „einzustellen“, nämlich zu verbieten; aufrecht bleibt natürlich auch in vollem Umfang die Berechtigung des Staatsanwalts, jeden strafbaren Inhalt, nämlich jeden Inhalt, den er als strafbar ansieht, mit Beschlagnahme zu belegen. Die Wartezeit ist aufgehoben, die Preßfreiheit bleibt weiter suspendiert.“ (Arbeiter-Zeitung, 29.10.1918, 2)

„Sachlich war es wohl so, daß man mit der Verbreitung erst beginnen konnte, wenn die Preßbehörde ihre Prüfung vollzogen hatte, also zur Verbreitung gleichsam ihre Zustimmung erteilt hatte. [...] Bisher mußte man mit dem weißen Fleck rechnen, jetzt muß man erstens mit dem administrativen Verbot und zweitens mit der staatsanwaltlichen Konfiskation rechnen; jenes war eine Schande, und dieses wäre, da es die bereits gedruckten Exemplare trafe, angesichts der Papiernot ein unwiederbringlicher Schaden.“ (Arbeiter-Zeitung, 29.10.1918, 2)

„Der Krieg ist zu Ende und der Ausnahmezustand muß ihm folgen.“ (Arbeiter-Zeitung, 29.10.1918, 2)

Obwohl die Provisorische Nationalversammlung bereits am 30. Oktober 1918 beschlossen hatte, dass die Zensur aufgehoben wird, dauerte es noch einige Zeit bis alle dafür notwendigen Beschlüsse, Gesetze und Vorbereitungen getroffen werden konnten. Das Ideal der Pressefreiheit wurde zwar schon früh in der Geschichte der Ersten Republik Österreichs schriftlich festgelegt und war in den Kanon der Ideen einer freien Republik eingeflossen, wurde aber noch nicht wirklich gelebt. Im Vordergrund der praktischen Arbeit der neuen Staatsverwaltung und auch der Presse standen noch dringendere Fragen, wie der Waffenstillstand, die Friedensverhandlungen und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Es finden sich zu diesem Zeitpunkt noch keine ausschweifenden Berichte und Freude über die nun errungene

Pressefreiheit, wie man vielleicht hätte annehmen können. Die politischen Geschehnisse stehen noch prägnant im Vordergrund. Hinzu kommt auch der Aufruf des Staatsrates, der versucht beruhigend und mahnend auf die Presse einzuwirken.

„Eine zeitgemäße Mahnung des Staatsrates an die Presse. In der heutigen Sitzung des Staatsrates wurde beschlossen, an die Presse die bitte zu richten, sie möge in diesen ernsten Tagen beruhigend auf die Bevölkerung einwirken und unbeglaubigten alarmierenden Gerüchten keinen Raum geben. Der Staatsrat erwartet von der bewährten Vaterlandsliebe der Presse, daß sie Selbstzensur üben und so die errungene Freiheit bewahren helfen werde.“ (Reichspost, 6.11.1918, 2)

Zahlreiche Aufrufe an die Bevölkerung Ruhe und Ordnung zu bewahren, finden sich in den Zeitungen, die Ausdruck für das gesteigerte Interesse sind dem Chaos und dem Ausbruch von Panik vorzubeugen. Auch die Zeitungen erkennen ihre große Verantwortung in dieser schweren Zeit, die von Desinformation und damit einhergehend zahlreichen Gerüchten geprägt ist. Daher versuchen die Zeitungen aufklärend dem entgegen zu wirken und forschen eigenständig diesen Falschmeldungen nach, um sie aufzuklären. Durch das gesteigerte Aufkommen von Gerüchten steigt die Angst in der Bevölkerung noch weiter an, daher haben es sich einige Zeitungen zur Aufgabe gemacht, dieser Panikentwicklung mit ruhigen Worten entgegen zu wirken und Gerüchte aufzudecken.

„Kaltes Blut, Kopf hoch, offene Augen und keinen Nervosität, mag kommen was will. Es geht nicht besser, wenn weite Kreise die Ruhe verlieren und Bande der Ordnung zerirren sind. Jene Persönlichkeiten, die Einfluß auf weitere Schichten haben, üben die größte Volkswohltat, wenn sie aufklärend und damit beruhigend wirken.“ (Vorarlberger Volksblatt, 6.11.1918, 1)

„Die letzten Tage boten einen furchtbaren Nährboden für die ungeheuerlichsten Gerüchte, die plötzlich auftauchen, ohne daß sie von irgend jemanden auf ihre Richtigkeit geprüft werden könnten. Die Folge davon war, daß alles auch das Abenteuerlichste geglaubt worden ist, wodurch die ohnehin schon hochgehende Erregung der Bevölkerung noch gesteigert wurde. Wie immer in ähnlichen Fällen wird von den Verbreitern dieser Gerüchte maßlos übertrieben. Wir sind aufgrund authentischer Informationen in der Lage, einige dieser Aeüßerungen auf das richtige Maß zurückzuführen.“ (Innsbrucker Nachrichten, 6.11.1918, 3)

„Gestern war wieder einmal ein Tag unsinniger Gerüchte.“ (Salzburger Chronik, 4.11.1918, 4)

„**Dummes Geschwätz.** [...] Wie wir von kompetenter Seite telephonisch erfahren, ist an dem ganzen Geschwätz kein wahres Wort.“ (Salzburger Chronik, 9.11.1918, 3)

„Die neueste Plage der Zeitungen ist das Eindringen unwahrer Gerüchte in den Nachrichtendienst, wogegen auch die vorsichtigste Redaktion so gut wie wehrlos ist. Wiener Korrespondenzen, die sich mit der Nachrichtenübermittlung befassen, haben in den letzten Tagen gleich ein ganzes Bündel unwahrer Nachrichten in ungezählte Blätter geworfen.“ (Tages-Post, 4.11.1918, 2)

„Eine Bürgerpflicht im wahrsten Sinne des Wortes ist es unbeglaubigten Alarmgerüchten, die Schwingen zu stutzen und zur Heilung der Massenpsychose beizutragen, die Tatarennachrichten ohne Ende in die Welt setzt. [...] Darum ruhig Blut und Front gegen die Alarm- und Brandgerüchte. Deutschösterreich braucht Ruhe und Vernunft.“ (Tages-Post, 6.11.1918, 3)

Ganz langsam lässt sich eine Reflexion über die Taten der Medien feststellen. In kurzen Stellen wird auf einzelne Vergehen von Zeitungen in der vergangenen Zeit eingegangen. So beklagt sich die „Grazer Mittags-Zeitung“ über überbordende Zensur in der Vergangenheit, die doch nichts brachte, da die Wahrheit immer ans Licht kommen würde. Sie geht auch auf den Patriotismus von diversen Zeitungen ein, die obwohl schon die Niederlage des Krieges absehbar war, weiterhin ihre Parolen für einen Siegfrieden veröffentlichten. Außerdem wird etwa vom „Vorarlberger Volksblatt“ und von der „Reichspost“ auf Zeitungen verwiesen, die ihrer Meinung und Blattlinie nicht treu geblieben sind und sich der jeweils stärkeren Strömung im Staat unreflektiert angepasst haben. Diese Zeitungen werden angeprangert ihre Integrität zu verlieren, da sie immer der stärksten Meinung folgen würden, um am Ende positiv aus jedem Ereignis heraus zu kommen. Es zeigt sich also im kleinen Bereich ein Einsetzen von Reflexionen über die Taten der Zeitungen im Krieg, aber von ausführlichen Berichten kann dabei nicht gesprochen werden.

„Einen weiteren wunden Punkt bildete die Zensur. Nicht daß wir etwa eine bestimmte Stelle im Auge hätten. Im Gegenteile war, um einen Fall anzuführen, unsere Grazer Staatspolizei, soweit es sich nicht um den Einspruch des militärischen Beraters handelte, möglichst entgegenkommend. Aber die Weisungen von oben, von hüben, von drüben! Jedes Hilfsämtchen wollte schon die Zensur zu Hilfe nehmen, wenn es etwas zu vertuschen gab. Was half es? Alles zensurieren, konfiszieren, verbieten half nichts. Die Wahrheit sickerte ja doch

durch, ja sie erhielt oft eine üble Beimischung. Die Zensur erzielte somit das Gegenteil der gewünschten Bestimmung. Systematisch wurde jedes Vertrauen in die k. k. oder k. u. k. offizielle Wahrheitsliebe zerstört.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 1)

„Doch auch ein Teil der Presse, darunter einige der größten Blätter, ist nicht frei von Schuld. Das ständige Beteuern des Patriotismus war unwahr. Er wurde uns während der Kriegszeit durch das vollständige Versagen der an Marasmus erkrankten politischen Verwaltung ausgetrieben. Auch andere Vorgänge, deren Klarstellung erste erfolgen muß, in den sogenannten hohen Kreisen trugen dazu bei. Dennoch triefte die Presse von Loyalitätsbekundungen. Das war Lüge. Die deutsche Bevölkerung Oesterreichs war gewiß ihrer Mehrzahl nach kaisertreu, aber der unermeßliche Jubel, der sie bei der Geburt eines kaiserlichen Prinzen oder an irgend einem Namens- oder Geburtstag ergriffen haben sollte, war Täuschung.“ (Grazer Mittags-Zeitung, 4.11.1918, 1)

„Throne stürzen, Königskronen rollen in den Staub, der „Sozialismus asiaticus“ droht vielfach mit Umsturz nach Bolschewiki-Art. Weiterhin sehen wir das beschämende Schauspiel, wie Blätter, die noch vor einem Monat die alldeutsche Macht- und Gewaltpolitik wie einen Götzen verehrten und die vom deutschen Hauptquartier ausgegangene Siegfriedens-Politik mit aller Kraft mitmachten, heute in der Frage ob Monarchie oder Republik, nur einen Kleinigkeit erblicken. Das sind die großen Umlerner, die den Anschluß an freiheitliche Anschauungen nicht verpassen wollen. Sie haben es sehr eilig damit, da man sich sonst erinnern könnte, sie hätten jeden steinigen wollen, der gegen überspannte Autoritätspolitik ankämpfte oder von Demokratie sprach.“ (Vorarlberger Volksblatt, 10.11.1918, 2)

10. Beantwortung der Forschungsfragen

Generell kann gesagt werden, dass die analysierten Zeitungen keinen gemeinsamen Ton anschlagen und sich in der Einstellung zu bestimmten Themen immer wieder voneinander unterscheiden. Die Zeitungen orientieren sich anhand ihrer Blattlinie, die durch die verschiedenen Parteien und die religiöse Einstellung geprägt ist. Während also die „Arbeiter-Zeitung“ stark an den Ideen der Sozialdemokratischen Partei festhält, bleiben die konservativen Zeitungen, wie die „Reichspost“, die „Grazer Mittags-Zeitung“, das „Vorarlberger Volksblatt“ und teilweise auch die „Salzburger Chronik“, der Monarchie zugetan. Betrachtet man die „Linzer Tages-Post“ oder die „Innsbrucker Nachrichten“ so erkennt man ein differenzierteres Bild und ein hin und her changieren zwischen den oben genannten beiden Richtungen je nach Thema, wobei sich die „Tages-Post“ eher der „Reichspost“ anschließt und die „Innsbrucker Nachrichten“ eher der „Arbeiter-Zeitung“. Es lässt sich ebenfalls feststellen, dass die Zeitungen in dieser Zeit der großen Umbrüche immer wieder ihre Einstellungen abändern müssen, um mit den hereinbrechenden Geschehnissen Schritt halten zu können. Als Beispiel kann hier die „Reichspost“ genannt werden, die sich zu Beginn als absoluter Republikgegner präsentiert. Im Laufe der Zeit wird sie zwar nicht zu einem Befürworter, gesteht aber ein in jedem Fall dem neuen Staat, egal welche Verfassung er sich gibt, treu zu dienen. Sie lenkt also ein, um mit der Zeit Schritt zu halten.

- a. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit dem Ende des Krieges 1918 umgegangen? Wie behandelt man den verlorenen Krieg; wollte man endlich Frieden oder sah man sich vorrangig als Kriegsverlierer?

Trotz der oben beschriebenen Unterschiede innerhalb der Zeitungen sind sich doch alle einig, was die Frage des Friedens anbelangt. Jede Zeitung möchte so schnell wie möglich das Ende des Krieges sehen und der Friede wird von allen Seiten gewünscht. Niemand denkt noch an einen möglichen glorreichen Sieg auf dem Schlachtfeld. Man gesteht sich ein, dass kein Sieg mehr zu erringen ist und möchte endlich mit den

Waffenstillstandsverhandlungen beginnen, je früher desto besser, denn auf dem Schlachtfeld sterben immer noch Soldaten. Doch an der Front sind keine Siege mehr zu holen, es gilt zu retten, was noch zu retten ist und sich der Situation zu stellen. In den hier analysierten Zeitungen wird nicht einmal davon gesprochen weiter zu kämpfen und auf einen Sieg zu hoffen. Der Krieg ist gedanklich schon zu Ende, wenn auch nicht auf dem Papier oder dem Schlachtfeld und man will daran gehen, die Zukunft neu zu ordnen. Was an den Fronten passiert, ist für die Zeitungen und demnach auch deren Leser anhand der Militärberichte noch nicht abzusehen und auch die Zensur scheint so manche Zeitung noch zu hindern, klare Worte über die dortigen Vorgänge zu finden.

In der Darstellung der Handlungen und Ansichten des US Präsidenten Woodrow Wilson kann man ebenfalls eine allgemeine Einstellung zum Ende des Krieges ablesen. Während die „Arbeiter-Zeitung“ darauf besteht alle Forderungen Wilsons zu erfüllen, um endlich Frieden zu schließen und einen neuen Weg in die Zukunft zu beginnen, sehen die anderen Zeitungen vorrangig in Wilson selbst die Schuld, warum der Krieg weiter andauert, da dieser sich mit nichts zufrieden zu geben scheint. Er wird als Feindfigur stilisiert, die sich durch schwammige Formulierungen aus einstigen Versprechen heraus zu reden versucht und das Deutsche sowie das Habsburgerreich zerstört sehen will.

Die Gründung eines eigenen Staates wird von den Zeitungen unterschiedlich aufgenommen. Von allen wird jedoch die akute Wichtigkeit dieses Staates erkannt, um mit der Friedensschaffung voran zu kommen. Während die „Arbeiter-Zeitung“ große Hoffnungen in diesen neuen Staat setzt, nicht zuletzt wegen der erhofften Chance der Sozialdemokraten auf Mitgestaltung und Reformen, versuchen die eher dynastisch orientierten Zeitungen in diesem Staat eine eher notwendige Übergangslösung zu sehen. Diese Zeitungen hängen noch der Hoffnung nach, dass die abgespaltenen Nationen ihren Weg zurück in den Schoße Habsburgs finden werden. Uneinigkeit besteht auch auf dem Gebiet der Verfassung. Die Meinung ob Deutschösterreich eine Monarchie oder künftig eine Republik sein sollte, spaltet die Zeitungen entlang der gewohnten Linie. Einig sind sich jedoch alle, dass nun auch die Deutschen der Monarchie ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend machen sollen, um mit großer Tatkraft in die Zukunft zu starten.

Nach dem Zusammenbruch der Front dringen langsam Informationen über diese Vorgänge auch zu den Zeitungen durch und es beginnt eine Art Fehlersuche für diese

Niederlage. Der Waffenstillstand war zwar für das gesamte Reich, also Österreich-Ungarn, abgeschlossen worden, aber im Endeffekt war doch nur Deutschösterreich als einziger Nachfolgestaat von dessen Bedingungen betroffen. Dies wird von allen Zeitungen als tiefe Demütigung empfunden. Die Schwere der Bedingungen trübt die Freude über das Ende des Krieges.

Das Ende des Krieges ist geprägt vom Zusammenbruch der Front, dem Rückfluten der Soldaten und den damit einhergehenden zahlreichen Plünderungen. Die Angst in der Bevölkerung ist groß. An der Tagesordnung stehen in dieser von Chaos geprägten Zeit daher die Aufrufe zum Zusammenhalt und das Pochen auf Ruhe und Ordnung. Die Zeitungen sind ein Sprachrohr für vielen Vereine, Verbände und Regionalorganisationen, die sich mit ihren Aufrufen zur Mithilfe an die Bevölkerung wenden. Dadurch wirken Zeitungen aktiv am Geschehen und der Aufrechterhaltung der Ordnung mit. Sie sind in dieser Zeit nicht bloß Kommentatoren des Geschehens, sondern übernehmen eine aktivere Rolle und bieten damit der Bevölkerung besonderen Halt.

- b. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der Absetzung des Kaisers umgegangen? Denkt man an einen positiven Neubeginn oder wird das Ende einer Ära geschildert?

Der Zerfall der Monarchie, mit all seinen Konsequenzen und Ausmaßen, wird nur sehr selten betrauert. Obwohl es teils auch wehmütige Stimmen aus den konservativen Zeitungen gibt, werden die Zeitungen eher von den Ereignissen überrollt. In dieser Phase des Kriegsendes kann offenbar noch nicht erfasst werden, was genau passiert und man beschränkt sich eher auf die Berichterstattung der aktuellen Geschehnisse. Analysen und Reflektionen über diesen Zerfall können noch nicht geliefert werden. Es bleibt noch keine Zeit dem alten Reich hinterher zu weinen, es gilt alle Kräfte auf die Gestaltung des neuen Staates zu konzentrieren, auf die Herbeiführung des Friedens und auf die Bewahrung der Ordnung und Wiederherstellung der Versorgung. Man steht den neuen Staaten mit gemischten Gefühlen gegenüber. Während die einen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen und auch auf die Möglichkeiten einer von Nationalitätenkämpfen ungestörten Neugestaltung Deutschösterreichs hinweisen, sehen die konservativ-katholischen Zeitungen eher negativ auf diese Staatsbildung.

Scharf kritisiert wird häufig nicht der Wille zur Abspaltung, jedoch die Methoden mit denen dies geschehen soll. Als besonderer Verlust wird hingegen von allen Zeitungen die wahrscheinliche Abspaltung von Südtirol und anderen „deutschen“ Gebieten der alten Habsburgermonarchie, wie etwa Deutschböhmen, empfunden. Alle Zeitungen sind sich einig, dass die alte verhasste Bürokratie und die Protektionswirtschaft enden sollten, zu Gunsten eines neuen demokratischen Systems, in dem die Tüchtigsten die Macht haben. Jedoch scheiden sich auch hier die Geister, ob nicht ein System ähnlich wie in England besser wäre als eine Republik.

Der Kaiser spielt in der ersten Analysephase eine untergeordnete Rolle. Die Zeitungen bilden nur in kurzen Darstellungen die aktuellen Aktivitäten des Kaisers ab, jedoch wird er auf politischer Ebene nicht erwähnt. Selten im positiven Sinne, gar nicht im negativen, denn die Zensur mit all seinen Mitteln ist in dieser Phase noch immer aktiv. Die Zeitungen, die sich gegen eine Monarchie und für eine Republik aussprechen, wie die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Innsbrucker Nachrichten“, beschränken sich darauf die Figur Karl I. zu ignorieren. Auch die anderen Zeitungen geben dem Kaiser kein großes Mitgestaltungsrecht im neuen Staat, man ist sich nur einig die Tradition der Habsburger fortführen zu wollen.

In der zweiten Analysephase kann man eine Veränderung der Zeitungen im Umgang mit dem Kaiser feststellen. Besonders die „Arbeiter-Zeitung“ kritisiert die aktuelle Situation, in der es zwar noch einen Kaiser gibt, aber mehr kein Reich, das er regieren könnte. Sie stellt ihn als überflüssig dar und fordert dessen Abdankung. Schließlich legt der Kaiser auch tatsächlich seinen Anteil an den Regierungsgeschäften nieder, was unterschiedlich von den Zeitungen aufgenommen wird. Während für die „Reichspost“ und die „Salzburger Chronik“ die Darstellung des Kaisers als bemühten Friedenskaiser im Vordergrund steht, erkennen die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Tages-Post“, dass der Kaiser nur zum Teil abgedankt ist und zeigen sich unzufrieden. Generell wird der Kaiser aber auch von diesen Zeitungen nicht negativ als Person dargestellt, wie dies im Gegensatz bei dem deutschen Kaiser Wilhelm II. der Fall war. Dass die Monarchie zu Ende ist, bedeutet für viele eher einen positiven Neuanfang, als ein trauriges Ende.

- c. Wie sind die österreichischen Tageszeitungen mit der Ausrufung der 1. Republik Österreich am 12. November 1918 umgegangen? Wird vom kleinen Staat gesprochen, der alleine nicht existieren kann oder sieht man in der Demokratie eine Chance?

Die Ausrufung der 1. Republik Deutschösterreich wird von allen Zeitungen als positiver Schritt in die Zukunft aufgenommen und in zahlreichen Artikel kommentiert. Es wird auch versucht die Stimmung vor dem Parlament in Wien für die, die nicht dabei sein konnten, einzufangen. Trotz aller Freude über den neuen Staat, so ist dessen Gründung noch vorerst überschattet von den Defiziten in der Versorgung. Diese Bedrohung wird von allen Zeitungen thematisiert und als großes Problem für das neue Deutschösterreich erkannt. Vielfach wird vom alten Habsburgerreich als Organismus gesprochen, der ohne seine Einzelteile nicht überleben kann, doch konkrete Konsequenzen neben der Lebensmittelversorgung werden noch nicht angeführt. Die Zeitungen bleiben hier vorläufig sehr abstrakt und es gibt keine genaueren Analysen, was die Aufteilung der Monarchie nun konkret bedeutet. Man sieht sich jedoch in der aktuellen Situation als gleichberechtigter Staat neben den anderen neuen Nationalstaaten, wie der Tschechoslowakei, und man findet im Zusammenschluss aller Deutschen des Reiches neuen Mut. Gleichzeitig wird auch die Idee des Anschlusses an das Deutsche Reich eingebracht, was nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eigentlich rechtlich gesehen möglich sein sollte. Vor allem die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ lehnen diese Idee in der ersten Analysezeit jedoch ab und wollen einen eigenen starken Staat Deutschösterreich erhalten. In der zweiten Analysephase hat eine Veränderung statt gefunden. Alle Zeitungen befürworteten den Anschluss sehr positiv und für manche stellt er schon eine Tatsache dar. Man erkennt verschiedene Vorteile nicht nur auf dem wirtschaftlichen Sektor, besonders die „Arbeiter-Zeitung“ sieht im Anschluss den Sieg des Sozialismus und propagiert heftig dafür. Der Anschluss wird nur sehr selten in Frage gestellt, etwa von der „Reichspost“, die anführt welche Sanktionen im Falle eines Anschlusses von Seiten der Entente drohen würden, aber auch dies kann die anderen Zeitungen nicht von der großen Freude über den Anschluss abbringen.

Dass Deutschösterreich ohne den Anschluss vielleicht gar nicht lebensfähig wäre, diese Meinung findet sich in den Zeitungen in dieser Forschungsarbeit nicht wieder. Der

Anschluss wird vor allem als ein Völkerrecht gesehen und als beste Lösung, nachdem sich auch die anderen Nationalitäten zu eignen Staaten zusammengeschlossen haben. Ganz im Gegenteil findet man auch Darstellungen in den Zeitungen, die sich positiv über die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschösterreichs äußern und dessen Vorteile, wie eine große Industrie und die Wasserkraft, erörtern. Der neue Staat wird von den Zeitungen nicht als große Katastrophe ohne Chance auf Bestand dargestellt. Die Analyse zeigt ein positives Bild über Deutschösterreich, auch, aber nicht vor allem durch die Anschlussidee.

d. Welche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten finden sich im Vergleich der Berichterstattung von Zeitungen aus Wien und Regionalzeitungen?

Inhaltlich gesehen werden die großen politischen Themen, wie das Ende des Krieges und die Gründung Deutschösterreichs, gleich bearbeitet wie in den beiden großen Wiener Zeitungen. Auch die Regionalmedien orientieren sich bei ihrer Darstellung der aktuellen politischen Geschehnisse anhand von großen Parteilinien oder religiösen Einflüssen und weniger am regionalen Faktor. Dieser kommt eher bei Themen des alltäglichen Lebens, wie der Lebensmittelversorgung oder in Berichten über Unruhen und Plünderungen zu tragen. Es finden sich in allen Zeitungen die kurzen amtlichen Meldungen der Heeresleitung, sowie zahlreiche andere überregionale amtliche Meldungen abgedruckt. Man kann feststellen, dass die Regionalzeitungen tendenziell weniger Platz haben, etwa aufgrund des Formats oder der Seitenanzahl. Dies führt dazu, dass in den Regionalzeitungen noch weniger analysiert wird und man sich zumeist auf eine einfache Darstellung der Ereignisse beschränken muss. Unterschiede ergeben sich auch im Einfluss der regionalen Faktoren der Bundesländer. So wird das Thema der Lebensmittelversorgung anders behandelt, da sich auf dem Land andere Probleme ergeben als in der Stadt. So wird auch der Rückfluss der Soldaten von der Front anders geschildert, je nach Region. Trotz eines regionalen Schwerpunktes versuchen die Zeitungen aber immer die Situation im ganzen Land wieder zu geben und nichts auszulassen. Neben der ähnlichen Darstellung der internationalen Verhältnisse findet man aber in den Regionalzeitungen auch die politischen Agitationen der regionalen Parteizentralen. Die einzelnen Bundesländer erkennen, dass sie nun mehr Einfluss

haben, als es früher im großen Reich der Fall war und wollen nun ebenfalls auf dem Felde der Politik in den neuen Staat eingreifen und das Zepter nicht einfach an Wien übergeben. Die Untersuchung ergibt, dass speziell für die Regionalzeitungen viele Entwicklungen zu schnell von statten gehen. Besonders das Vertrauen in die Regierung in Wien ist geschwächt und man hat Angst, erneut bei politischen Entscheidungen übergangen zu werden. Das Selbstvertrauen der Regionen ist aber vorhanden und so versuchen sich die Regionalmedien auch gegen die schnellen politischen Entwicklungen in Wien zu wehren und anzuprangern.

- e. Gibt es Selbstreflexionen der Zeitungen über das eigenen Verhalten im Krieg? Wie wird mit dem eigenem Handeln und der Rolle der Zeitungen im Krieg umgegangen?

„Es ist kaum möglich, in dem engen Rahmen, den die Papiernot spannt, auch nur die wichtigsten der stürmenden Ereignisse zu verzeichnen. Sie zu erörtern und zu beleuchten, ist ganz unmöglich.“ (Tages-Post, 12.11.1918, 1)

So beschreibt Dr. Karl von Görner recht treffend die Situation der Journalisten am Ende des Ersten Weltkrieges. Es zeigt sich, dass sowohl im ersten wie auch im zweiten Analyseteil zahlreiche Geschehnisse im In- und Ausland auf die Zeitungen einbrechen, die mit der Geschwindigkeit der Ereignisse in der Berichterstattung kaum Schritt halten können. An der Tagesordnung steht noch der eigene Kampf ums Überleben, denn die Zeitungen haben mit der finanziellen Not und der Ressourcenknappheit zu kämpfen. Man erkennt außerdem, dass nun nur Zeit ist die Menschen zu informieren und nicht über vergangenes nachzusinnen. Die Zeit zur Selbstreflexion und einen Rückblick auf das eigene Handeln scheint noch nicht gekommen zu sein. Ein Problem für viele Zeitungen in dieser Zeit ist auch der geringe Informationsfluss und die Schwierigkeit an gesicherte Informationen zu kommen.

In der ersten Analysephase ist die Zensur noch aufrecht und in den Zeitungen finden sich vereinzelt weiße Flecken. Obwohl der Krieg dem Ende zugeht, sind noch immer Spuren der Zensur zu entdecken. Danach finden sich in der „Reichspost“ sowie in der „Salzburger Chronik“ nur kurze Abdrucke der amtlichen Meldung zur Aufhebung der

Vorzensur. In beiden Zeitungen findet aber dazu keine Reflexion oder ausführlichere Behandlung dieses Themas statt, in manchen Regionalzeitungen wird auf das Thema der Aufhebung der Zensur gar nicht eingegangen. Die geringe Berichterstattung über die schrittweise Aufhebung der Zensur mag auch am fehlenden Vertrauen der Redaktionen in die neuen Verordnungen liegen oder an der Unzufriedenheit, dass die Zensur noch nicht zur Gänze abgeschafft wurde. Ein mögliches Fehlen dieser Verarbeitung des Themas Pressefreiheit kann auch daran liegen, dass im Vordergrund der praktischen Arbeit der Presse noch dringendere Fragen der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse standen. Es finden sich zu diesem Zeitpunkt noch keine ausschweifenden Berichte und Freude über die nun errungene Pressefreiheit, wie man vielleicht hätte annehmen können. Die politischen Geschehnisse überragen die Tatsache der Pressefreiheit.

In dieser chaotischen Zeit erkennen die Zeitungen ihre große Verantwortung, die von Desinformation und damit einhergehend zahlreichen Gerüchten aufgewühlte Bevölkerung aufzuklären. Sie versuchen Falschmeldungen aufzuklären und damit die Angst in der Bevölkerung zu minimieren. Einige Zeitungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, dieser Panikentwicklung mit ruhigen Worten entgegen zu wirken. Besonders in einem Staat der alle bestehenden Strukturen abreist um neue aufzubauen, bilden die Zeitungen eine verlässliche Konstante, die wichtige Informationen an die Bevölkerung weiter gibt. Die Zeitungen wirken in dieser Zeit als Korrektiv um die Bevölkerung zu stabilisieren. Neben der Darstellung von zahlreichen Verbrechen, die nicht verschwiegen werden können, finden sich auch Berichte über Ordnung, die Bevölkerung beruhigen sollen, um die Lage nicht noch weiter zu dramatisieren und keine weitere Panik auszulösen.

Eine Reflexion der Zeitungen über das eigene Handeln oder über das Handeln anderer Zeitungen findet nur sehr spärlich am Ende der zweiten Analysephase in der Berichterstattung Platz. In kurzen Stellen wird auf einzelne Vergehen von Zeitungen in der vergangenen Zeit eingegangen, die mit ihrem überbordendem Patriotismus die Bevölkerung anzustacheln versuchten oder die ihrer Meinung und Blattlinie nicht treu geblieben sind und sich der jeweils stärkeren Strömung im Staat unreflektiert angepasst haben. Es zeigt sich also im kleinen Bereich ein Einsetzen von Reflexionen über die Taten der Zeitungen im Krieg, aber immer in der Form, dass andere Zeitungen angeprangert

werden. Von ausführlichen Berichten auch über die Taten der eigenen Zeitung kann in dieser Forschungsarbeit nicht gesprochen werden.

11. Forschungsausblick

Es hat sich gezeigt, dass in Anbetracht der Fülle an Tageszeitungen die in dieser Arbeit analysiert wurden, mit der qualitativen Inhaltsanalyse zahlreiche Ergebnisse eruiert werden können. So konnte ein differenziertes Bild dieses historischen Zeitabschnittes mit seinen verschiedenen Ausrichtungen zu den damaligen Ereignissen gezeichnet werden und eine Fülle an Themenbereichen erörtert werden. Viele Ansätze konnten in dieser Arbeit aber aufgrund des spezifischen Forschungsinteresses nicht zur Gänze dargestellt werden und bieten sich als weiterführend Forschungsthemen an. So kann etwa das Verhältnis zu Wilson und der Entente noch tiefergehend untersucht werden, oder die Darstellung der wechselseitigen Beziehung zum Deutschen Reich und Kaiser Wilhelm II. Eine nähere Betrachtung der Behandlung alltäglicher Probleme in Artikeln, vor allem in den Regionalzeitungen, bietet sich ebenfalls an. Auch in der Analyse von rein militärischer Berichterstattung gibt es noch viel Raum für weitere Forschungen. Die Untersuchung über die Selbstreflexion der Zeitungen kann durchaus noch auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden, da wie in der Beantwortung der Forschungsfragen bereits erläutert, keine besonderen Berichte zu diesem Thema im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit gefunden werden konnten. Außerdem gibt es in den österreichischen Archiven noch zahlreiche andere Tages- oder Wochenzeitungen aus dieser Zeit, deren wissenschaftliche Betrachtung sich sicherlich lohnen würde.

In dieser Forschungsarbeit wurde zum Großteil eine explorative, daher qualitative Vorgehensweise gewählt, da es noch keine nennenswerte vorhergehende wissenschaftliche Auseinandersetzung zu diesem Bereich der Kommunikationsforschung gab und mit der Untersuchung dieser Tageszeitungen wissenschaftliches Neuland betreten wurde. Es bietet sich deshalb auch an, mittels quantitativen Methoden die Zeitungen zum Ende des Ersten Weltkrieges zu untersuchen.

Eine mögliche Wirkung und Einfluss der Berichterstattung auf die Rezipienten ist von dieser Analyse ausgenommen. Im Sinne der Medienwirkungsforschung kann ein Einfluss

der Massenmedien nicht von der Hand gewiesen werden und es ergeben sich daher zahlreiche Anregungen für die weitere Erforschung dieser Quellen und dieses ereignisreichen Abschnittes in der österreichischen Geschichte.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die Analyse der Tageszeitungen zum Ende des Ersten Weltkrieges ein fruchtbares Forschungsergebnis hervor brachte und es auf diesem Forschungsgebiet noch weitere zahlreiche Ansätze für weitere kommunikationswissenschaftliche Untersuchungen gibt.

12. Literaturverzeichnis

Berger, Peter (2008): Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien: Fakultas.

Dussel, Konrad, (2011): Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster: Lit.

Faulstich, Werner (Hrsg.) (1994): Grundwissen Medien, München: Fink.

Goldinger, Walter (1986): Der Staatsrat 1918/19. In: Ackerl, Isabella, (Hrsg.): Österreich November 1918: die Entstehung der Ersten Republik; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien: Verl. für Geschichte u. Politik, 55-65.

Haberl, Elisabeth (2011): Das Nationalitätenproblem der österreichisch-ungarischen Monarchie und das Völkermanifest als letzter Rettungsversuch durch Kaiser Karl und Maximilian Hussarek, Wien, Dipl.

Josef, Felix (1979): Staatliche Pressestellen in Österreich von 1848 bis 1938: unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1938, Wien, Diss.

Kiefer, Marie Luise (2005): Medienökonomik, München: Oldenbourg.

Kinder, Hermann/ Hilgemann, Werner/ Manfred, Hergt (2006): Dtv-Atlas Weltgeschichte: von den Anfängen bis zur Gegenwart, aktualisierte Neuauflage, München: Dt. Taschenbuch-Verlag.

Kislinger, Manfred (2011): Österreich-Italien 1914/1915: die gegenseitige Wahrnehmung in der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" und des "Corriere della Sera", Wien, Dipl.

Krumeich, Gerd (2004): Wacht an der Somme, Der Erste Weltkrieg als Propagandaschlacht. In: Burgdorff, Stepan/Wiegrefe, Klaus (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg, Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 84-90.

Krumeich, Gerd (2014): Der Erste Weltkrieg : die 101 wichtigsten Fragen, München: Beck.

Kuprian, Hermann J. W. (1997): An der Schwelle zum 20. Jahrhundert – Staat und Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg. In: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hrsg.): Österreich im 20. Jahrhundert: ein Studienbuch in zwei Bänden, Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg Band 1, Wien: Böhlau.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, Weinheim: Beltz.

Melischek, Gabriele/Seethaler Josef (2005): Von der Lokalzeitung zur Massenpresse: Zur Entwicklung der Tagespresse im österreichischen Teil der Habsburgermonarchie nach 1848. Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 7, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 52-92.

Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (2006): Presse und Modernisierung in der Habsburgermonarchie(unveröffentlichtes Skript). Erschienen in: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band 8: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Neck, Rudolf (1979):Die politische Publizistik in der Ersten Republik. In: Zöllner, Erich (Hrsg.) (1979): Öffentliche Meinung in der Geschichte Österreichs. Wien: Österr. Bundesverlag, 95-102.

Quandt, Siegfried (Hrsg.) (1993): Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis, Gießen: Justus-Liebig-Univ.

Rauchensteiner, Manfred (1997): Österreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918 In: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hrsg.): Österreich im 20. Jahrhundert: ein Studienbuch

in zwei Bänden, Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg Band 1, Wien: Böhlau, 65-98.

Rauchensteiner, Manfred (2013): Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, Wien: Böhlau.

Rieger, Paul (1959): Der Zerfall des österreichischen Nationalitätenstaates und die politische Tagespresse Wiens. Wien, Diss.

Rosenberger, Bernhard (1998): Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges Köln ; Wien: Böhlau.

Sandgruber, Roman (1995): Ökonomie und Politik: Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart Teil 3 19. und 20. Jahrhundert. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.): Österreichische Geschichte, Wien: Ueberreuter.

Schausberger, Norbert (1986): Deutsche Anschlußaspirationen 1918/1919. In: Ackerl, Isabella, (Hrsg.): Österreich November 1918: die Entstehung der Ersten Republik; Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien: Verl. für Geschichte u. Politik, 66-100.

Schwendinger, Christian (2011): Kriegspropaganda in der Habsburgermonarchie zur Zeit des Ersten Weltkriegs, Eine Analyse anhand fünf ausgewählter Zeitungen, Hamburg: Diplomica Verlag

Steininger, Rolf (1997): 12. November 1918 bis 13. März 1939: Stationen auf dem Weg zum Anschluß. In: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hrsg.): Österreich im 20. Jahrhundert: ein Studienbuch in zwei Bänden, Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg Band 1, Wien: Böhlau, 99-152.

Vocelka, Karl (2009): Geschichte Österreichs, München: Wilhelm Heyne Verlag.

Vocelka, Karl (2010): Geschichte der Neuzeit, 1500 – 1918, Wien: Böhlau.

Wandruszka, Adam (1979): Die österreichische Presse in der franzisko-josephinischen Epoche. In: Zöllner, Erich (Hrsg.): Öffentliche Meinung in der Geschichte Österreichs. Wien: Österr. Bundesverlag, 89-95.

Internet:

Bohrmann, Hans (2001): Die Zeitung als Quelle wissenschaftlicher Arbeit, <http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/kons-restaurierung/allg-bohrm.html> (2.12.2013)

Klein, Jochen (2013): Zeitungen als Quellen, <http://www.uni-konstanz.de/FuF/Philo/Geschichte/Tutorium/Themenkomplexe/Quellen/Quellenarten/Zeitung/zeitungen.html> (2.12.2013)

Österreichische Nationalbibliothek: Pflichtexemplare, http://www.onb.ac.at/about/sammelrichtlinien_plichtexemplare.htm (2.12.2013)

ANNO Historische österreichische Zeitschriften und Zeitungen: Was ist ANNO? <http://anno.onb.ac.at/wasistanno.htm> (9.12.2013)

Bundesministerium für Landesverteidigung: Bündnissysteme in Europa 1914 <http://www.bmlv.gv.at/omz/galerie.php?id=27> (13.01.2014)

Asseburg, Muriel (2011): Arabischer Frühling <http://www.dpd.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/> (13.12.2013)

13. Quellenverzeichnis

Arbeiter-Zeitung: Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, Wien: Vorwärts Verlag, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Grazer Mittags-Zeitung, Graz: Stiasny, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Innsbrucker Nachrichten, Innsbruck: Wagner, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Linzer Tages-Post: Organ der Liberalen Partei in Oberösterreich, Linz: Wimmer, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Reichspost: unabhängiges Tageblatt für das christliche Volk, Wien: Herold, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Salzburger Chronik, Salzburg: Zaunrith, 21.10.1918 – 14.11.1918.

Vorarlberger Volksblatt, Bregenz : J.N. Teutsch, 21.10.1918 – 14.11.1918.

14. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Bündnissysteme in Europa 1914.....19

Abbildung 2: Nationalstaaten hervorgegangen aus der Habsburgermonarchie 1918.....30

Tabelle 1: Entwicklung der Leserdichte in Österreich.....43

Tabelle 2: Auflistung der Zeitungen aus Wien.....56

Tabelle 3: Auflistung der Zeitungen aus den Bundesländern.....56

15. Anhang

Lebenslauf

Angaben zur Person

Name: Carmen HiertzBakk. BA

Adresse: Landstraßer Hauptstraße 86/2/8

Geburtsdatum: 27.08.1988

Staatsbürgerschaft: Österreich

E-Mail: carmen_hiertz@gmx.at

Schulische und Akademische Ausbildung

1994-1998: Volksschule Wolfau

1998-2002: Unterstufe Evangelisches Gymnasium Oberschützen

(Schwerpunkt Musik, Chor und Klarinette)

2002-2006: Oberstufe Evangelisches Gymnasium Oberschützen

(Schwerpunkt Musik, Chor und Klarinette)

2006-2007: Wirtschaftsuniversität Wien, Betriebswirtschaftslehre

2007-2010: Universität Wien, Bachelorstudium Publizistik- und

Kommunikationswissenschaft

2008-2012: Universität Wien, Bachelorstudium Geschichte

2011-2014: Universität Wien, Masterstudium Publizistik- und

Kommunikationswissenschaften

Berufliche Erfahrung

2013 PR Junior Consultant, communicativepublicrelations, Wien

Sept. – Dez. 2013 Redaktionsassistentin, ORF, Sendung heute leben, Wien

Apr. – Jun. 2013 Ing. Emanuel Strunz- Gedächtnisstipendium Frequentis AG
Dokumentationsarchiv Funk, Wien

Abstract

Mit dem Ersten Weltkrieg hat sich in der Vergangenheit vor allem die Geschichtswissenschaft beschäftigt, doch auch eine kommunikationswissenschaftliche Betrachtung der damaligen Ereignisse stellt einen wichtigen Forschungsansatz dar – weißt aber noch immer große Lücken auf. Diese Arbeit soll sich daher auf neues Gebiet wagen und sich mit dem Ende des Krieges, dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der darauf folgenden Ausrufung der 1. Republik Österreich, sowie die Verarbeitung dieser Ereignisse in den Zeitungen der Zeit befassen. Die Erforschung der in den Medien vertretenen Meinungen bildet einen wichtigen Beitrag zur Kultur- und Mediengeschichte Österreichs, denn durch Zeitungen kann ein breites Spektrum an Ideen und Ansichten einer Zeit gezeigt werden.

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Forschungsarbeit besteht darin, zu erfahren, wie in den Zeitungen über diese Phase der österreichischen Geschichte berichtet wurde und welche Schlüsse man daraus ziehen kann. Wie wird diese Umbruchphase medial vermittelt? Hierbei stellt vor allem der regionale Vergleich durch die Analyse der Darstellungen von Zeitungen unterschiedlicher österreichischer Gebiete einen wichtigen Punkt dar. Gibt es Unterschiede in der Berichterstattung oder findet sich ein gemeinsamer Tenor? In welcher Art und Weise wird mit dem Ende des Krieges umgegangen und wie fällt die Reaktion der Zeitungslandschaft auf die neue Republik Österreich und den damit einhergehenden Zerfall der Habsburgermonarchie aus?

Die im Folgenden erörterten Forschungsfragen sollen vor einem geschichtlichen Hintergrund und mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht und die Ergebnisse der einzelnen Zeitungen miteinander verglichen werden. In dieser Arbeit wird zur Beantwortung der Forschungsfragen eine Zeitungsanalyse mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durchgeführt. Ein Ziel soll sein, die thematische Vielfalt der Zeitungen in Bezug auf die Fragestellungen zu erarbeiten und in zusammengefasster Form mit Unterstützung von Zeitungsausschnitten und Zitaten auszuarbeiten und darzustellen. Danach sollen die erarbeiteten Kategorien in Anbetracht des historischen Kontextes analysiert werden und miteinander in Zusammenhang gebracht werden.